

M MENSCHEN MACHEN MEDIEN

Medienpolitische ver.di-Zeitschrift Nr. 6-7/11 Jahrgang 60

ver di

Migrantinnen
in den Medien Weg mit dem
Kopftuchklischee

inhalt

titelthema: migrantinnen in den medien

- 8 **Weg mit dem Kopftuchklischee**
Von Bärbel Röben
- 10 **Gegengift zu Sarrazin**
Marjan Parvand ist Vorsitzende der „Neuen deutschen Medienmacher!“
- 12 **Die Prominente und das Opfer**
Professorin Margreth Lünenborg über Migrantinnen in den Medien

aktuell

- 4 **Streikbereit**
EXTRA-Ausgabe von M und D+P über aktuelle Tarifkämpfe
- 4 **Initiative zur Tarifeinheit nicht mehr mitgetragen**
- 4 **Tarifeinigung für Verlagsangestellte in Rheinland-Pfalz / Saarland**
- 5 **Verhandlungen in Nord und Bayern**
- 5 **Tarifniveau gehalten**
Saarbrücker Abschluss für drei Holtzbrinck-Zeitungen
- 14 **Ausbaufähig**
Bundskonferenz der ver.di-Selbstständigen in Berlin

kolumne

- 6 **Viel Feind, viel Ehr**
50 Jahre Panorama:
Zeitgeschichte mitgeschrieben

porträt

- 7 **Nicht nur über den Krieg**
Kameramann Stefan Nowak war in Libyen und vor der Küste Mosambiks unterwegs

medienpolitik

- 15 **Drucksache Bild**
Studie der Otto-Brenner-Stiftung über die Rolle der Bild-Zeitung
- 16 **Sozialer Kahlschlag**
Lobbyverein „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ führt Sparkampagne um radikalen Subventionsabbau
- 18 **Weniger Zahlen, mehr Analysen**
Neue Herausforderungen für die Rezeptionsforschung
- 19 **Forschungslücke**
Angebote sollten Austausch mit Gleichgesinnten ermöglichen
- 20 **Zeit für Generalrevision**
Berlin: Politik als öffentlich-rechtlicher Programmgestalter



print

- 21 **Kündigung passé**
Bauer schickt weiter Abmahnungen an Betriebsrätin
- 22 **Vielfalt ade**
Zeitungen in Mecklenburg-Vorpommern hängen an einem Tropf

rundfunk

- 24 **Sauber abgezockt**
Betrug beim Kinderkanal wirft ein schlechtes Licht auf die gesamte Branche
- 26 **Akzeptabel**
Tarifrunde 2011 bei ARD und ZDF – fünf Abschlüsse

film

- 27 **Chance für neuen Schub?**
Filmmuseum Potsdam wird in Hochschule „Konrad Wolf“ integriert

- 28 **Rastplatz für Reflektion**
Dokville: Eine Art Bilanz und ein Blick in die Zukunft
- 29 **Tarifverhandlung Kino ergebnislos**
Arbeitgebervertreter ohne besseres Angebot
- 29 **Haustarifvertrag für UCI**
Bundesregelungen übernommen

bildung

- 30 **In der Suchschleife**
Praktika als zusätzliche Probezeit auf Kosten der Gesellschaft
- 31 **Kränkelt die Journalistik?**
Medienausbildung an Hochschulen: Trend zur PR

recht

- 32 **Zweitbestes Ergebnis**
VG Wort: Wahlen, Beschlüsse und heftige Diskussion

Fahndungserfolg

Von Harald Gesterkamp | Mehr als viereinhalb Jahre nach der Ermordung der Journalistin Anna Politkowskaja vor ihrem Haus in Moskau vermelden die Russen einen Fahndungserfolg. Der mutmaßliche Todesschütze Rustam Machmudow wurde am 31. Mai in Tschetschenien festgenommen; zwei Tage später wurde bereits Anklage erhoben. Jahrelang war mit internationalem Haftbefehl nach Machmudow gesucht worden; schließlich fand man ihn im Haus seiner Eltern. Die russischen Behörden erhoffen sich von der Ergreifung einen Befreiungsschlag. Denn kein anderer Fall – neben den Prozessen gegen den früheren Ölunternehmer und Kreml-Kritiker Michail Chodorkowski – belastet das Menschenrechts-Image des heutigen Ministerpräsidenten und früheren Staatschefs Wladimir Putin so negativ wie die Ermordung der Redakteurin der *Nowaja Gaset*a im Oktober 2006. Eine lückenlose Aufklärung des Mordes und eine Bestrafung der Verantwortlichen würde die Außendarstellung der russischen Machthaber erheblich verbessern. Doch ist zu bezweifeln, ob das Verbrechen tatsächlich aufgeklärt wird. Ein erster Prozess gegen zwei Brüder Machmudows, die bei der Tat geholfen haben sollen, wurde nach schlampigen Ermittlungen und mangelhafter Beweisführung eingestellt. Schon da hatten Beobachter das Gefühl, dass mehr verschleiert als aufge-

kommentiert

klärt wird. Und weiterhin ist fraglich, ob die Staatsanwaltschaft tatsächlich nach den Auftraggebern für den Mord suchen wird. Anna Politkowskaja hat Verbrechen des russischen Militärs in ihren Artikeln genauso kritisiert wie jene der tschetschenischen Aufständischen. Auf beiden Seiten hat sie sich Feinde gemacht, beide haben von ihrem Tod profitiert. Es ist schwer vorstellbar, dass die russischen Behörden ernsthaft nach den Hintermännern fahnden werden, wenn tatsächlich eine Spur zum Kreml führen sollte.

Wahrscheinlicher ist, dass man sich mit einer Verurteilung Rustam Machmudows begnügen wird. Es kann gut sein, dass man ihn anhand eines DNA-Abgleichs mit Spuren von der Tatwaffe überführen kann. Auch einen Abgleich mit Videoaufnahmen soll es geben. Aber wirklich aufgeklärt wäre die Ermordung Anna Politkowskajas dann immer noch nicht.

Somit ist es schlüssig, wenn Menschenrechtler in der Festnahme und Anklage nur einen kleinen ersten Schritt sehen. Die Suche nach den Hintermännern und ein Ende der Straflosigkeit für die brutalen Übergriffe auf Journalisten müssen folgen. Zufrieden sein kann man erst, wenn auch die Kolleginnen und Kollegen in Russland frei und ohne Angst ihrer Arbeit nachgehen können. Bis dahin dürfte es noch ein langer Weg sein.

- 32 Neue Regelungen für METIS beschlossen
33 Total-Buy-out abgelehnt
AGB der Tageszeitung Nordkurier teilweise rechtswidrig
33 Autorenversorgungswerk: Mit 55 Antrag stellen!
33 Sieg für Freie über Bauer Achat KG

internationales

- 34 Bissig und aufmüpfig
The Clinic – eines der wenigen unabhängigen Medien in Chile
35 Konkrete Solidarität
„Journalisten helfen Journalisten“ unterstützt Reporter in Krisengebieten
36 Philippinischer Radiojournalist erschossen
36 Auf der Flucht
Nothilfebericht von ROG zum Weltflüchtlingstag
37 Diskussionsfreudig
Jahrestreffen (Annual Meeting) der EFJ in Belgrad
37 Bestes Foto und Blogaward

rubriken

- 38 Service
42 Impressum
43 Leute / Preise

Ringen um gute Medienarbeit

Für einen Journalismus, der diesen Namen noch verdient, für Zeitungen und Zeitschriften von hoher inhaltlicher und technischer Qualität muss offenbar in Deutschland mehr den je gestritten werden. So war es notwendig, die Binsenweisheit „Qualität kostet!“ auf ein Plakat zu schreiben und auf die Straße zu gehen. Tausende Tageszeitungsredakteure, Verlagsangestellte und Drucker taten das in den vergangenen Wochen während der laufenden Tarifrunden, die – ginge es nach dem Willen der Arbeitgeber – zu weniger Geld für mehr Leistung, zu noch mehr Arbeitsverdichtung aufgrund anhaltender Ausdünnung der Belegschaften und letztlich zu einer Abwertung der Medienberufe führen würden. Ganze Landstriche wie Mecklenburg-Vorpommern wehren sich gegen zunehmende Einfalt anstatt Vielfalt, weil drei Zeitungen quasi zu einer verschmelzen (S. 22).

Wenn diese M-Ausgabe im Briefkasten liegt, sind die Auseinandersetzungen für den Erhalt der Flächentarif- und für neue Gehaltstarifverträge noch in vollem Gange. In einer gemeinsamen Extra-Ausgabe – ein

Novum – werden M und Druck+Papier im Juli darüber berichten (S. 4). Die nächste reguläre M erscheint dann Anfang September. Den „Journalismus“ im Boulevard-Blatt *Bild* nimmt eine aktuelle Untersuchung der Otto-Brenner-Stiftung unter die Lupe. Fazit: *Bild* sei kein journalistisches Produkt mehr, sondern zu einer emotional aufputschenden Marketingmaschine verkommen, so die Verfasser Hans-Jürgen Arlt und Wolfgang Storz. Und weiter: Sie sei ein politischer Machtfaktor ohne demokratische Legitimität! Wie *Bild* Stimmung und Politik macht, wird anhand der Berichterstattung über die Griechenland- und Eurokrise belegt (S. 15). Da verwundert es dann schon gewaltig, dass die Johanna-Quandt-Stiftung eben jene Serie, die die Griechen oberflächlich als Lügner und Betrüger abstempelt, mit dem Medienpreis für „exzellenten Wirtschaftsjournalismus“ auszeichnet (Kommentar S. 3). Zu hoffen ist, dass auch dieser Prämierungsfall die Diskussion über journalistische Standards beflügelt, die dieser Tage bereits durch die Erkennung und Aberkennung des Henry-Nannen-Preises für

die beste Reportage entfacht worden ist. Der Autor, des im *Spiegel* veröffentlichten Beitrags „Das Stellwerk“ über Horst Seehofer, hatte den Leser glauben machen wollen, er sei vor Ort gewesen und beschreibe aus eigenem Erleben. Ganz die Wahrheit war das nicht! Die journalistische Aufgabe wahrheitsgemäß zu berichten und aufzudecken was nicht sichtbar sein soll, erfordert einen kritischen distanzierenden Blick zur Politik und einen fachlichen Überblick. Umso dringlicher in Zeiten eines wachsenden Wirtschafts-Lobbyismus, bei dem viel Geld in die Hand genommen wird, um Politik und öffentliche Meinung zu beeinflussen wie es die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft tut. (M berichtete 10/2008, 8–9/2009) Eine der neusten Kampagnen der INSM unter dem eindrucksvollen Motto „Subventionen sind Gift“ greift den jährlichen Bundeszuschuss zur Künstlersozialkasse, die Steuerbefreiung für Zuschläge der Sonntags-, Feiertags- oder Nacharbeit und die Filmförderung an (S. 16/17).

Karin Wenk,
verantwortliche Redakteurin

& aufgespießt Journalismus – enthüllt

Von Hans-Jürgen Arlt | Die Johanna-Quandt-Stiftung prämiert mit ihrem Medienpreis „exzellenten Wirtschaftsjournalismus“ und „fördert das Urteilsvermögen junger Journalisten“. In diesen Tagen prämiert und fördert sie die Politpropaganda der Axel-Springer-Enkel gegen das griechische Volk. Sie zeichnet *Bild* für eine fünfteilige Serie aus, deren erster Teil die Überschrift trägt: „BILD enthüllt. Die Euro-Lüge. So haben uns die Griechen reingelegt“. Seitenweise „die Griechen“ als Lügner und Betrüger darzustellen und die rot-grüne Bundesregierung als deren Handlanger abzuschildern, wird als „exzellenter Wirtschaftsjournalismus“ gefeiert.

In der fünfköpfigen Jury des Medienpreises sitzen die drei bekannten Journalisten Stephan-Andreas Casdorff (Chefredakteur, *Der Tagesspiegel*), Helmut Reitze (Intendant, Hessischer Rundfunk) und Roland Tichy (Chefredakteur, *WirtschaftsWoche*). Die *Bild*-Serie erschien im Herbst 2010, inszeniert als Enthüllungsjournalismus, garniert mit den Namen von zehn Personen, die „in Athen, Bonn, Berlin, Wien und Brüssel“ recherchierten, will sagen, des Telefons und der E-Mail mächtig sind. Präsentiert wird das Ganze als Politikitsch für Wutbürger, die die Welt nicht mehr verstehen und überall Verschwörung wittern, wahlweise in den Farben schwarzbraun und rotbraun erhältlich.

Warum ist diese Preisverleihung einen Kommentar wert, obwohl sie für sich selbst spricht und über die Quandt-Stiftung sowie über die drei Jury-Journalisten mehr verrät als diesen lieb sein kann? Der Journalismus bildet das Herzstück der öffentlichen Kommunikation unserer Gesellschaft. Die Werbung und die PR halten wir aus. Wir wissen, wie wir sie einzuschätzen haben. Auf den Journalismus aber, auf seine Informationen und Interpretationen müssen wir uns – gewiss nicht blind, aber doch ein Stück weit – verlassen können. Unsere Urteilsfähigkeit in den öffentlichen Angelegenheiten der Kommune, des Landes, Europas, des Globus hängt davon ab, dass wir mit brauchbaren Nachrichten, fundierten Meinungen, realitätstüchtigen Deutungen versorgt werden.

Wenn ein Volk zum Schurken gemacht wird statt über die Verücktheiten des Finanzmarktes zu reden; wenn die Herkulesaufgabe des europäischen Einigungsprozesses als bloßes politisches Schmierentheater dargestellt wird; wenn ein Massenmedium für seine Auflage alles tut, solange es auf Kosten anderer geht – und das als vorbildlich ausgezeichnet wird, dann handelt es sich in der Tat um eine Enthüllung: Vor uns steht ein Verständnis von Journalismus, der als Magd der Selbstvermarktung eines Mediums seine Bestform findet. Herzlichen Glückwunsch. (Seite 15)

Initiative zur Tarifeinheit nicht mehr mitgetragen

Die Initiative zur Tarifeinheit, die der DGB gemeinsam mit den Arbeitgeberverbänden (BDA) im September 2010 ergriffen hat, wird von ver.di „nicht länger mitgetragen und unterstützt“. Außerdem soll ver.di den DGB auffordern, „ebenfalls eine gesetzliche Regelung der Tarifeinheit nicht mehr anzustreben“. Das beschloss der ver.di-Gewerkschaftsrat in seiner Mai-Sitzung. Er bekräftigte zugleich, dass der Grundsatz der Tarifeinheit für ver.di seinen hohen Stellenwert für die Gewährleistung einer solidarischen und einheitlichen Interessenvertretung aller Beschäftigten in den Betrieben und Dienststellen behält. Die Initiative hatte in ver.di zu einer breiten Diskussion geführt. Die Fachgruppen des Bereiches Medien, Kunst und Industrie kritisierten das Vorgehen bereits im Herbst 2010 scharf und lehnten eine gesetzliche Regelung zur Tarifeinheit ab (M 8–9/2010). Inzwischen liegen die im Vorfeld des ver.di-Bundeskongresses erfolgten Beschlüsse der Landesbezirks-, Fachbereichs- und Personengruppenkonferenzen vor. Danach lehnt eine Mehrheit der Delegierten erkennbar jede gesetzliche Regelung der Friedenspflicht grundsätzlich ab.

Der DGB-Bundesvorstand beschloss daraufhin im Juni: „Das politische Ziel der Tarifeinheit ist und bleibt richtig, um die Tarifpolitik zu stärken und die Tarifautonomie sicherzustellen. Der DGB sieht allerdings unter den gegebenen Bedingungen keine Möglichkeit, die Initiative von BDA und DGB weiterzuverfolgen.“ Red. ■

Tarifeinigung für Zeitungsangestellte

In Rheinland-Pfalz/Saarland konnte am 10. Mai ein Tarifabschluss für die Angestellten Zeitungsverlage erreicht werden. Danach gibt es eine Einmalzahlung von 250 Euro bis zum 30. Juni 2011 und weitere 600 Euro für den Zeitraum vom 1. Juli 2011 bis 30. Juni 2012. Ab 1. Juli 2012 greift eine lineare Gehaltserhöhung von 2,0% und eine Einmalzahlung von 50 Euro für den Zeitraum vom 1. Juli 2012 bis 30. Juni 2013. Der Manteltarifvertrag wird bis 31.12.2013 unverändert wieder in Kraft gesetzt. Auszubildende und Altersteilzeitler erhalten 50% der Einmalzahlungen, bei den Teilzeitbeschäftigten erfolgt dies anteilig. Der Tarifvertrag hat eine Laufzeit bis zum 30. Juni 2013. Red. ■



Foto: Bert Bostelmann

Machtvolle Demonstration in Frankfurt am Main gegen Tariffabbau

Streikbereit

EXTRA-Ausgabe von M und D+P über aktuelle Tarifikämpfe

„Wer Dumpingpreise sät, der kann keinen Qualitätsjournalismus ernten“, war nur eine Plakataufschrift von vielen am 9. Juni auf dem Römer in Frankfurt am Main. Tausende Redakteure und Drucker waren zusammen gekommen, um gegen Tariffabbau zu streiken. Seit Wochen ringen Beschäftigte aus den Zeitungsverlagen und der Druckindustrie um neue Tarifabschlüsse. Allen voran die Kolleginnen und Kollegen aus Baden-Württemberg, gefolgt von NRW, Bayern und Nord.

Dem Verlegerwillen nach geht es bei Mantel- und Tarifverträgen ans Eingemachte. „Die BDZV-Vertreter beharren auf der Verschlechterung des Manteltarifvertrags durch Streichung des Urlaubsgeldes“, so Frank Werneke, dju-Verhandlungsführer und stellvertretender ver.di-Vorsitzender nach der fünften Verhandlungsrunde für die 14.000 Redakteurinnen und Redakteure sowie die Freien an Tageszeitungen. Über ein Tarifwerk 2 sollen die Einstiegsgehälter für Redakteure bis zu 30 Prozent abgesenkt werden. „Es geht hier offenbar nicht um die Sicherheit der Arbeitsplätze, sondern darum, den Kolleginnen und Kollegen Geld aus den Taschen zu ziehen. Dafür gibt es angesichts der wirtschaftlichen Situation keinen Anlass“, machte Werneke deutlich. Die dju in ver.di fordert für die Tageszeitungsredaktionen den Erhalt der im Mantel- und Gehaltstarifvertrag geregelten Arbeits- und Entlohnungsbedingungen, den Fortbestand des Altersversorgungs-Tarifvertrags und vier Prozent Tarifierhöhungen für Gehälter und Honorare.

Der Bundesverband Druck und Medien (bvdmd) will die Arbeitszeiten in den Druckereien bis auf 40 Stunden ohne Lohnausgleich erhöhen, die Helferlöhne absenken und weniger Fachkräfte an den Maschinen arbeiten lassen.

Die Verhandlung für Zeitungsredaktionen wurde am 15. Juni ohne Annäherung vertagt. Die Streiks und andere Protestaktionen werden fortgesetzt. Die nächste Verhandlungsrunde findet am 29. Juni in Berlin statt. Für die Druckindustrie wird am 28. Juni ebenfalls in Berlin weiter verhandelt.

Zu diesem Zeitpunkt ist die vorliegende Ausgabe von M bereits gedruckt und die Mitgliederzeitung ver.di-PUBLIK geht am 29. Juni in Druck. Über einen Teil der Ereignisse vom Nachmittag des 29. Juni kann in der vorliegenden PUBLIK im „Brennpunkt“ auf Seite 3 noch berichtet werden. Die Nachrichtenlage über die Tarifaueinandersetzungen in Zeitungsredaktionen, Verlagen und Druckindustrie kann sich aber bis zum Eintreffen von PUBLIK und M bei den Leserinnen und Lesern weiter gravierend ändern und es vergeht einige Zeit bis Ende August die nächsten Ausgaben unserer Publikationen erscheinen. Deshalb ist für die zweite Juli-Woche zur aktuelleren Information der betroffenen Mitglieder – als Premiere – eine gemeinsame, reich bebilderte EXTRA-Ausgabe von MMM und der ver.di-Branchenzeitung DRUCK+PAPIER geplant. Sie wird nach einem breiten Verteiler direkt in die Druckbetriebe, Zeitungsredaktionen und ver.di-Geschäftsstellen versandt. Weitere Exemplare sind kostenlos erhältlich über die E-Mail-Adresse drupa@verdi.de oder Telefax 030/6956-3012. Eine PDF der EXTRA-Ausgabe steht gegen Ende der 27. Kalenderwoche unter www.drupa.verdi.de (Menüpunkt „Archiv“) und www.tarifrunde-print.verdi.de zum Download bereit und ist zu bestellen über die genannte E-Mail-Adresse. wem/hem ■

<http://tarifrunde-print.verdi.de>

Tarifniveau gehalten

Saarbrücker Abschluss für drei Holtzbrinck-Zeitungen

Kurz vor der Feier zum 250jährigen Jubiläum der *Saarbrücker Zeitung* und vor allem nach Streiks und verschiedenen gewerkschaftlichen Aktionen der letzten Wochen wurde in der Nacht zum 7. Juni ein Haustarifvertrag für die drei Holtzbrinck-Zeitungen *Saarbrücker Zeitung*, *Pfälzischer Merkur* und *Trierischer Volksfreund* abgeschlossen.

Die geltenden Flächentarifverträge sind bis Ende 2013 unverändert gesichert, für das Druckhaus sogar bis Mitte 2014. Für die drei Redaktionen und Verlage gibt es 2011 eine Einmalzahlung von 500 Euro, Anfang 2012 von 400 Euro und ab 1. Oktober 2013 eine Tarifierhöhung von 1,5 %.

Die Tarifierhöhungen fallen damit in der Zeit bis Mitte 2013 etwa geringer aus als in dem als Richtschnur dienen Flächentarifabschluss für Verlagsangestellte in Rheinland-Pfalz und im Saarland. Obwohl die Gewerkschaften außer für das Druckhaus keinen generellen Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen durchsetzen konnten, ist für die Redaktionen und Verlagsbereiche dennoch eine relative Sicherheit der bestehenden Stellenumfänge und Arbeitsorganisation erreicht worden. Andernorts praktizierte Formen der Auslagerungen und Umwandlung von Arbeitsplätzen in Leiharbeit zum Zwecke der Kostensenkungen werden nicht mehr

stattfinden können. Zudem wurden tarifvertragliche Zusagen von der Geschäftsführung erreicht, Auszubildenden, Volontärinnen und Volontären, Pauschalisten und befristet Beschäftigten nach Möglichkeit feste Stellen anzubieten.

Im Druckhaus werden drei Abschlagszahlungen von je 500 Euro für 2011 bis 2013 gezahlt, die auf künftige Lohn-erhöhungen aus einem Flächentarifabschluss für die Druckindustrie angerechnet werden können. Grundsätzlich wurde für das Druckhaus eine Verlängerung des Standortsicherungstarifvertrages erreicht. Damit sind betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen. Es wurden Besetzungsregeln fixiert und Freischichten gesichert. Der Manteltarifvertrag Druckindustrie gilt weiter.

„Die Arbeitgeber-Entscheidung, aus der Tarifbindung im Verleger-Verband zu fliehen ist eindrucksvoll und wirkungsvoll von den betroffenen Beschäftigten beantwortet worden. Das Verhandlungsergebnis zeigt zwar deutliche Züge eines Kompromisses. Ebenso deutlich hat sich aber auch gezeigt: durch eine gemeinsame Streik- und Tarifbewegung aller Kolleginnen und Kollegen aus Technik, Verlag und Redaktion ist dieser Tarifierfolg gelungen“, erklärte ver.di-Verhandlungsführer Matthias von Fintel.

Red. ■

Nord: Fünf Prozent mehr Gehalt gefordert

Am 30. Juni endet die Laufzeit der Gehaltstarifverträge für die Angestellten der Zeitungsverlage Hamburg und der Zeitschriftenverlage in Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern. Die ver.di-Tarifkommissionen für die Zeitungsverlage Hamburgs und die Zeitschriftenverlage in Hamburg und Norddeutschland haben die Kündigung der Gehaltstarifverträge und die Forderung von fünf Prozent mehr Gehalt beschlossen. Zudem soll die Laufzeit auf zwölf Monate begrenzt sein. Red. ■

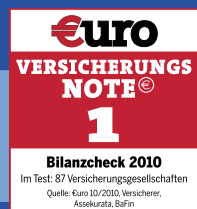
Bayern: Keine Einigung bisher möglich

Auch in der dritten Verhandlungsrunde der Gehalts- und Lohnverhandlungen für die Angestellten in den bayerischen Zeitungsverlagen haben die Vertreter des Verbandes bayerischer Zeitungsverleger (vbzv) lediglich das völlig unzureichende Angebot aus der zweiten Runde wiederholt: in mehr als zwei Jahren sollen die Einkommen um gerade mal zwei Prozent steigen. Die aktuellen Preissteigerungen wären damit allenfalls zu einem Drittel ausgeglichen. Den Rest sollen die Beschäftigten, die in vielen Verlagen immer mehr Aufgaben unter Stress und Hektik bewältigen müssen, aus der eigenen Tasche drauflegen. Eine Einigung war so bisher nicht möglich. Am 20. Juli soll es weitergehen. Red. ■

Anzeige

Premium-Vorsorge

Näheres unter: presse-versorgung.de/mm



Ausgezeichnete Vorsorge
für die Medienbranche



Presse-Versorgung



Viel Feind, viel Ehr

50 Jahre Politmagazin Panorama: Zeitgeschichte mitgeschrieben

Von Fritz Wolf | „Heute wollen wir uns mal ein wenig mit der Bundesregierung anlegen“. Dieser süffisante Satz von Panorama-Chef Gert von Paczensky ist in die Fernsehgeschichte eingegangen. Dabei ging es um gar nicht viel. Die Adenauer-Regierung hatte einen Bericht über die politische Arbeit der Regierung vorgelegt, in dem die PR dominierte und wichtige Fakten fehlten: „Und über 300 Fotos auf Kosten der Steuerzahler“. Beim heutigen Standard von Polit-PR kann man darüber höchstens noch lächeln. Damals gab's Ärger. „Wir hatten immer viel Zuspruch und viel Krach“, erinnert sich Gert von Paczensky viele Jahre später.

Vor 50 Jahren ging mit „Panorama“ vom NDR das erste Politikmagazin im deutschen Fernsehen auf Sendung. Das war, als die Welt noch fein in links und rechts gestrickt war, die CDU gegen den „Rotfunk“ wettete und es für die Magazinmacher zum guten Ruf gehörte, von den CDU-Politikern wie Stoltenberg, Albrecht und Kohl gehasst zu werden. „Panorama muss abgeschafft werden wollen“, deklamierte Hans-Jürgen Börner, der von 1976 bis 1986 zur Panorama-Redaktion gehörte: „Wenn sie nicht mindestens dreimal pro Jahr vor dem Rundfunkrat auftauchen, waren sie schlecht“. Viel Feind, viel Ehr.

Natürlich war im Rückblick vorher immer alles besser als heute. Ohne ein wenig Legendenbildung geht es nicht. Aber man wird schon sagen können, dass die Redaktionen und die Autoren Zeitgeschichte mitgeschrieben haben. 1962 die „Spiegel-Affäre“ mit Franz-Josef-Strauß. 1978 deckte Stefan Aust auf, dass der furchtbare Marinerichter und Ministerpräsident Hans Filbinger 1945 auch ein zweites Todesurteil gegen Deserteure unterschrieben hatte. Das Magazin übte Kritik an der Medienmacht Springer und BILD schon früh, 1963, agitierte dafür, dass Vergewaltigung in der Familie ein Straftatbestand würde und beteiligte sich 1974 an der Kampagne gegen den Abtreibungsparagraphen 218. Der Beitrag dazu stammte von Alice Schwarzer, war starker Tobak und wurde erstmal aus dem Programm genommen. Daraufhin weigerte sich Peter Merseburger, die Sendung zu moderieren,

die Texte wurden in einem leeren Studio von Jo Brauner eingesprochen. Auch ein Beitrag über Brokdorf 1976 wurde den Magazinmachern von der Intendanz zunächst untersagt und erst nach öffentlichem Druck ausgestrahlt.

■ Mehr Talkshow-Gewächs

Inzwischen war die Landschaft der Politmagazine gewuchert. Ab 1965 waren sie alle nach und nach auf Sendung gegangen, „Monitor“, „Report“, „Kontraste“. Die Geschichte der ARD-Magazine ist auch eine Geschichte der politischen Einflussnahme, und zwar gegenseitig: Als Versuch der Magazinmacher, die Politik zu beeinflussen und als Versuch der Politik, die Magazine und ihre politische Haltung zu beeinflussen. Hübsche Pointe: „Monitor“ war einst eine Gegen gründung zu „Panorama“, das in der Politik und im WDR als links und unbequem galt. Einmal beschlossen die Intendanten von ARD und ZDF, die politischen Magazine seien so wichtig, dass der konkurrierende Kanal (damals nur ZDF) die Zuschauer nicht mit Unterhaltung von der Politik weglocken dürfe. Die Politmagazine als geschützte Art. Diesen Schutz verloren sie in den siebziger Jahren. Neue Themen sickerten ein, Umweltfragen tauchten auf, hier und da wurden auch humoristische Politikglossen gewagt, die immer schief gingen (bis heute ist „Toll“ von „Frontal 21“ die einzige Glosse geblieben, die wirklich funktioniert).

Sprung in die Gegenwart. 2006 mussten die Politmagazine Sendezeitkürzungen hinnehmen, parallel zur Ausdehnung des Talkshow-Gewächss. Der Zuschauerzuspruch ist weitgehend stabil geblieben, aber die Magazine erlitten das Schicksal der durchschlagenden Wirkungslosigkeit von Klassikern. Schon lange klagen attackierte Politiker nicht mehr auf Gegendarstellung. Totschweigen ist erfolgreicher. Und für Interviews stehen die meisten ohnehin nicht mehr zur Verfügung.

Daran sind die Talkshows schuld. Hier müssen Politiker nicht mit unangenehmen Nachfragen rechnen und können sich selbst darstellen. Inzwischen gehören zu den wichtigen Stilmitteln der Politik-

magazine, Fax mit Interviewabsagen oder dürre Statements in die Kamera zu halten oder vergeblich, aber sichtbar an Türen von Entscheidungsträgern zu klopfen. Recherchen sind schwieriger geworden, das Tabubrechen erübrigt sich mangels Tabus und Investigation heißt harte Arbeit. „Monitor“-Chefin Sonia Mikich hat das einmal so ausgedrückt: „Heutzutage sind die meisten investigativen Leistungen keine Enthüllungen des völlig Unbekannten mehr, sondern das sture Drehen an der rostigen Schraube Aufklärung.“

Die Antwort auf den Ansehensverlust des investigativen Reporters war der invasive Reporter. 2008 führte Panorama das Beiboot „Panorama – Die Reporter“ ein, eine Form der Presenter-Reportage, abgucken von der BBC. Jetzt durften die Zuschauer dabei sein, wie Christoph Lüttger eine SPD-Veranstaltung infiltrieren oder Christine Adelhardt den Hamburger Ex-Innensenator beim Koksen in Buenos Aires stellen konnte. Lüttger hat mit seinen Recherchen über den Textildiscounter Kik und den Finanzdienstleister Carsten Maschmeyer dem Magazin auch wieder öffentliche Aufmerksamkeit verschafft. Nachteil der Presenter-Reportagen: Reporter filmen Reporter beim Reportieren, diese schienen sich nicht nur ständig ins Bild, sondern auch vors Thema und fahren in den Beiträgen fast so viel Auto wie Tatort-Kommissare.

„Wir haben die anderen Magazine gezwungen, auch aktuell und politischer zu werden“, so beschrieb Gert von Paczensky die Wirkung des frühen „Panorama“. Solche Konkurrenz findet man heute nicht mehr und sich mit der Bundesregierung anzulegen, ist auch kein Medienkunststück mehr. Seit zehn Jahren leitet Anja Reschke die Redaktion und zum Jubiläum gab's eine Presenter-Dokumentation über die Drehbuch-Dokus bei den Privaten. Das konnte man dann auch als Statement über das Selbstverständnis verstehen: das wahre Fernsehen gegen das Lügenfernsehen. ■



► Fritz Wolf

Fritz Wolf ist Medienfachjournalist mit einer besonderen Neigung zum Dokumentarfilm. Als Freier muss er fleißig publizieren, jüngst eine Studie über Lokaljournalismus („Salto Lokale“) und demnächst eine Untersuchung zur „Wa(h)re Information im Fernsehen“.

Foto: privat

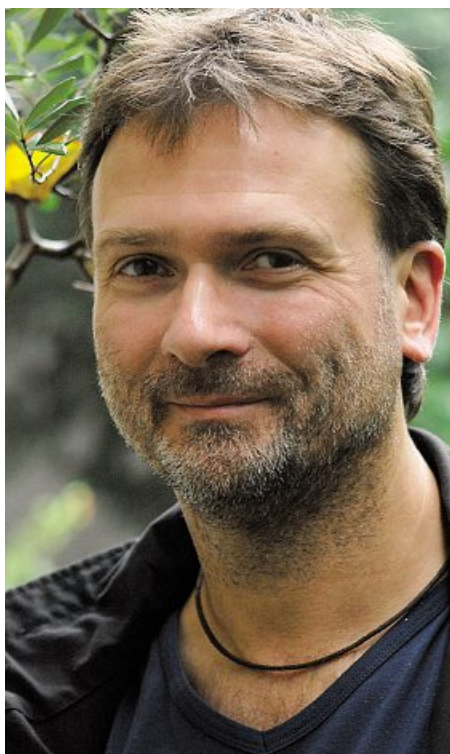


Foto: Jan Jacob Hofmann

Nicht nur über den Krieg

Kamermann Stefan Nowak war in Libyen und vor der Küste Mosambiks unterwegs

Von Gitta Düperthal | Nein, keineswegs sei er nur in der Krisenberichterstattung tätig. Sagt Stefan Nowak, sonst ein ruhiger und nachdenklicher Mann, energisch. Er legt Wert darauf, seinen Beruf als Kamermann vielseitig wahrzunehmen. Kürzlich war der Freelancer für die private Sendergruppe RTL, NTV, Vox und RTL 2 in Libyen. Er hat über den Befreiungskrieg der Rebellen für die Nachrichten und das RTL-Nacht-Journal berichtet. Zu Tsunami, Erdbeben und Atomkatastrophe hat er Bilder aus Japan geliefert. Doch dann ist er wieder für das ZDF mit der Kamera unterwegs: Drei Wochen lang mit einer Expedition vor der Küste von Mosambik oder er dreht Bilder im Zoo von Teneriffa für die Doku-soap-Reihe „Palmen, Papageien & Co“.

■ Nicht aus der Perspektive des Abenteurers

Er hat Bootsführerscheine, taucht, dreht auch unter Wasser. Und wenn der Hub-schrauber keine Kameramontierung hat, setzt er sich auf die Kufe und filmt. Der 49-Jährige ist in seinem Job ein alter Hase, und kann auf die Ausbildung eines renommierten Lehrmeisters zurückgreifen. 1995 hatte er seinen Job als Fotograf beim *Tagesspiegel* gekündigt und als Assistent des französischen Journalisten und Kameramanns Jean-Claude Ramigé das Handwerk gelernt. „Du kannst nicht nur Geschichten über den Krieg machen, sonst kommst Du komisch drauf“, habe dieser ihn beim Dreh über den Bosnien-Krieg gelehrt, als sie gemeinsam im Landrover nach Sarajevo unterwegs waren: Wichtig sei die Mischung.

Nach Nowaks Erzählungen hört sich das Metier des Kriegsreporters anders an, als man sich das landläufig vorstellt. Auch

er kennt jene Nächte in Hotelbars in Kriegsgebieten, wenn es in der Dunkelheit zu gefährlich ist, sich noch mal auf den Weg zu machen. Wenn beim Zusammensitzen unter Kolleginnen und Kollegen abends der Anblick verbrannter Leichen, zeretzter Körperteile, trauernder Überlebender verarbeitet wird. Wenn die Anspannung der Gefahr sich langsam löst, möglicherweise selber nur kurz dem Anschlag eines Heckenschützen entkommen zu sein. Manchmal falle dann nur ein Satz: „Es war scheiße“ – und jeder wisse, was gemeint ist. All das hat Nowak selber erlebt und gesehen. Oft genug sei er in Situationen geraten, schnell begreifen zu müssen, wann die Stimmung kippt, um sich dann zu entscheiden, abzuhaufen. Gut findet Nowak, dass es dann Kollegen gibt, die er liebevoll Ersatzfamilie nennt. In Libyen habe er manchmal seine Abende im Hotel nur mit seinem Stringer – so nennt man ortskundige Dolmetscher, die Journalisten mit ihrem Wissen und ihren Verbindungen im Krisengebiet behilflich sind – und arabischen Kollegen beim Tee verbracht. Und viel erfahren: Beispielsweise dass der Krieg hätte verkürzt werden können, wenn die westlichen Länder den Öl-Kauf bei Muammar al Gaddafi eingestellt hätten, so dass dieser kein Geld für Waffen und Söldner hätte ausgeben können.

Nowak sieht seinen Job in Krisengebieten nicht aus der Perspektive des Abenteurers. Er hat in zwei Instanzen um die Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer gekämpft – und dann Zivildienst gemacht. Er will sich vor Ort von der Wahrheit überzeugen und diese übermitteln: „Wenn es einen Gott gibt, der Grausamkeiten des Krieges zu verantworten hat, so kann ich nur Atheist sein“, sagt er.

In Libyen hätten die gegen den Diktator Gaddafi kämpfenden Rebellen ihn mit Achtung behandelt und mit Essen versorgt. Klempner, Studenten, Professoren, kurz der Querschnitt der Bevölkerung habe hier zur Waffe gegriffen, um sich vom Joch der Diktatur zu befreien. Sie wissen, dass ausländische Journalisten ein hohes Risiko eingehen, um über den Freiheitskampf zu berichten. Es gibt natürlich

mitunter auch andere Erlebnisse: Britische Kollegen seien von jüngeren Rebellen festgenommen und geschlagen worden. Angst habe er jedoch nicht, die lähme bloß, erklärt Nowak. Die Arbeitsbedingungen müssten aber stimmen: Ein Team, dem man vertrauen kann und die Freiheit, jederzeit abrechnen können, wenn man sich nicht sicher fühle.

■ Engagiert sich für Kollegen

Dann leitet Nowak zu einem anderen Thema über. Er liebt es, Geschichten zu erzählen, und kann es. „Reisen bildet“, sagt er. So habe er beispielsweise die Hierarchie der Armut kennengelernt. Im Vergleich zu Slumbewohnern in Haiti sei ein Hartz IV-Bezieher hierzulande quasi reich: „Er hat eine Wohnung, einen Fernseher, muss nicht auf der Straße leben“. Nowak ist geradlinig. Schon mit 15 Jahren, habe er gewusst, dass er Dokumentarkamermann werden wollte. Mit Vorbildern der Auslandskorrespondenz sei er aufgewachsen – und klassischen Dokumentarfilmern wie Georg Stefan Troller. Nowak hat sich früh politisiert und ist in den Journalismus eingestiegen. Für das *Kölnner Volksblatt* hat er ehrenamtlich Artikel über Hausbesetzer, Themen aus der Arbeitswelt oder in Deutschland lebende Migranten bebildert.

Nowak hat Überzeugungen, ist uneitel, und sich für manche Presseanfrage einfach zu schade. Es muss in so einem Fall schon um etwas gehen. Als Vorstandssprecher des ver.di-Filmverbandes West engagiert er sich für seine Kollegen. Gerade für Freiberufler sei es wichtig, miteinander zu kommunizieren, damit es keine Preisdrückereien gibt und man sich nicht gegeneinander ausspielen lässt. In der Fernsehbranche gehe es mitunter „härter als auf einem orientalischen Basar“ zu. Nowak lamentiert nicht, sondern löst solche Probleme ganz cool: „Lieber mit dem Preis erstmal rauf gehen, und sich dann runterhandeln lassen“. Seine Empfehlung: „Rede mit deinen Kollegen über Arbeitsbedingungen und Preise, damit diese nicht ins Bodenlose abrutschen.“ Und: „Schön billig ist nun mal kein Qualitätsmerkmal!“ ■

Weg vom Kopftuchklischee

„Knüppel im Kreuz – Kind im Bauch“ betitelte der „Spiegel“ 1990 einen Artikel über die unterdrückte „Kopftuchtürkin“. Zwanzig Jahre später ist sie immer noch der Prototyp der Migrantin in deutschen Medien. Aber mittlerweile gibt es neben dem Opfer viele andere Typen, die ein positiveres, facettenreicheres Bild von Migrantinnen zeigen. Und es gibt immer mehr Journalistinnen mit Zuwanderungshintergrund. Bewegt sich etwas in Medien und Köpfen?

Von Bärbel Röben

Ende der 80er Jahren waren die türkischstämmige Schauspielerinnen Renan Demirkan in der ZDF-Serie „Die Reporter“ oder die in Indien geborene Moderatorin des ARD-„Weltspiegel“ Navina Sundaram noch Ausnahmeerscheinungen in deutschen Medien. Das gesellschaftliche Klima damals spiegelt sich in einem Leserbrief, den die Weltspiegel-Redaktion erhielt: „Sehr geehrte Herren! Es ist ein Skandal, dass diese Sendung von einer Ausländerin moderiert wird. Es ist weiter ein trauriges Zeichen, dass sich bei Euch kein Mann findet, der das macht. Diese Dame soll doch in ihr Kaffernland gehen.“

Inzwischen ist Deutschland Einwanderungsland. Die Medien stellen sich darauf ein und einige suchen gezielt Personal mit Migrationshintergrund. Einige Beispiele: Die *Frankfurter Rundschau* stellte 1999 Canan Topcu ein, um besseren Zugang zur türkischen Community zu erhalten. Seit 2004 gibt es eine „Integrationsoffensive“ beim WDR, um Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zu gewinnen. Das ZDF entschied sich 2007 bewusst für die irakischstämmige Dunja Hayali als neue Moderatorin für die „heute“-Nachrichtenredaktion. Die angestrebte „Normalität“ ist dennoch nicht erreicht. „Jeder fünfte Einwohner im Land besitzt

einen sogenannten Migrationshintergrund, aber nur jeder fünfzigste Journalist“, kritisiert Marjan Parvand, Vorsitzende des Vereins „Neue deutsche Medienmacher“ (s. Seite 10/11).

In der Tat sind Migrantinnen im Vergleich zu ihrem Bevölkerungsanteil in den Medien weiterhin stark unterrepräsentiert. In Zeitungsredaktionen stellen sie nach einer Erhebung des Soziologieprofessors Rainer Geißler Ende 2008 nur 1,2 Prozent des Personals. Lediglich bei der Datenauswertung der Altersgruppen hat er nach Geschlecht unterschieden. Danach machen Frauen bis 35 Jahre mehr als die Hälfte der migrantischen Mitarbeitenden in den Redaktionen aus.

Die jüngeren Migrantinnen scheinen also – zumindest zahlenmäßig – auf dem Vormarsch zu sein. Das lassen auch zwei wissenschaftliche Fallstudien vermuten, die bei der Erhebung der Repräsentation des Personals mit Zuwanderungshintergrund erstmals explizit zwischen Männern und Frauen differenzieren. Nach meiner Befragung in Frankfurter Medien 2005 liegt der Anteil des migrantischen Personals insgesamt bei drei bis 16 Prozent. Dabei kommt auf drei Migrantinnen eine Migrantin. 2009 stellte Katharina Fritsche

in ihrer Magisterarbeit fest, dass in den Berliner Radioredaktionen dagegen die Frauen unter den Medienschaffenden mit Migrationshintergrund dominieren, die insgesamt auf 10,1 Prozent kommen. Migrantinnen haben aber in seltensten Fällen Führungsaufgaben und stellen das Gros der Freien.

„Normalität“, die gesellschaftliche Vielfalt spiegelt, fehlt nicht nur in den Redaktionen, sondern auch in den Medienbildern, die Menschen unterschiedlicher Herkunft oder verschiedenen Geschlechts nicht gleichberechtigt präsentieren. So ist eine geschlechtersensible Sprache in deutschen Medien immer noch die Ausnahme. Wen wundert es da, dass Zugewanderte bis Ende der 70er Jahre pauschal als (männliche) „Gastarbeiter“ präsentiert wurden, obwohl Frauen bereits ab 1965 als Arbeitsmigrantinnen nach Deutschland kamen? In den 70er Jahren setzte man „Migrantin“ – als Anhängsel ihres Mannes – gleich mit der türkischen Hausfrau, die als „Opfer patriarchalischer Unterdrückung“ galt, analysiert Christine Huth-Hildebrandt, Frankfurter Professorin für soziale Arbeit.

■ Zumeist negative Darstellung

Als „Gastarbeiter“ in den 80er Jahren sprachlich zu „Ausländern“ oder wohlmeinend schönredend zu „ausländischen Mitbürgern“ mutierten, erschienen Migrantinnen als „kulturell rückständig“ im Gegensatz zu den „emanzipierten“ deutschen Frauen. Nach Huth-Hildebrandt wurden sie als Folie benutzt, um im beginnenden Integrationsdiskurs „Fremdheit“ zu markieren, d.h. das Anderssein der Ausländer und das „hierarchische

Die Journalistin und Fernsehmoderatorin, Dunja Hayali (v.l.n.r.), die Drehbuch-Autorin Philippa Ebéné, die Schauspielerin Dennesch Zoudé und die Schauspielerin, Sängerin und Fernsehmoderatorin, Mo Asumang, auf der Veranstaltung „Migrantinnen in Deutschland – Brückenbauer in die Welt“ (2008) die unter dem Motto „Miteinander in Vielfalt – für ein weltoffenes Deutschland“ stand.



Verhältnis von Mehrheitsgesellschaft und Minderheiten erklären und festschreiben zu können.“ Das bestätigt die Soziologin Stanislaw Paulus in einer Studie zu muslimischen Frauen in Fernsehdokumentationen öffentlich-rechtlicher Sender aus den Jahren 2000 bis 2006: Das „Motiv der Kopftuch tragenden Muslima“ fungiere „als Sinnbild eines Modernitätsdefizits und einer damit verbundenen unüberbrückbaren Differenz zur Mehrheitsgesellschaft.“

Inzwischen kursieren unterschiedliche Medienbilder von Migranten und Migrantinnen, die je nach Sozialstatus, Herkunft, Geschlecht variieren. Männer werden eher aktiv und bedrohlich dargestellt – zunächst im Zusammenhang mit Kriminalität, Gewalt, Drogenhandel. Seit dem Anschlag auf das World Trade Center 2001 dominiert das Bild des „Terroristen“ – vor allem von zugewanderten Männern aus arabischen Ländern. Frauen erscheinen dagegen vor allem als schutzbedürftige Opfer im Kontext von Prostitution, Menschenhandel, in der „Kopftuchdebatte“ als unterdrückte Muslima. Gemeinsam ist beiden Geschlechtern eine zumeist negative Darstellung im Zusammenhang mit Islam, Parallelgesellschaft, Asyl. So weigert die Bundesregierung sich zurzeit, Flüchtlinge aus Nordafrika aufzunehmen – mit dem Argument, sie belasteten das deutsche Sozialsystem. Daneben gibt es aber zunehmend mediale Präsentationen von erfolgreich Integrierten, deren ökonomischer und demografischer Nutzen für die deutsche Gesellschaft betont wird.

Das sind Ergebnisse verschiedener Studien über Zugewanderte in den Medien – zumeist vermeintlich geschlechtsneutral als „Migranten“ gefasst. In ersten Arbeiten seit Mitte der 90er Jahre findet

sich zwar auch eine Thematisierung der Doppeltdiskriminierung von Migrantinnen qua Herkunft und Geschlecht, die später auf andere Differenzsetzungen wie Schichtzugehörigkeit erweitert wurde. Doch Forschungsgelder für größere systematische und repräsentative Untersuchungen zum Themenkomplex flossen erst in diesem Jahrtausend.

■ Musterbeispiele für Integration

So konnte die Berliner Journalistikprofessorin Margreth Lünenborg 2008 das Projekt „Migrantinnen in den Medien“ starten, das vom nordrhein-westfälischen Integrations-Ministerium gefördert wird. Lünenborg analysierte mit ihrem Team erstmalig auf breiter empirischer Basis die Repräsentation von Migrantinnen in deutschen Tageszeitungen und befragte junge Frauen mit und ohne Zuwanderungshintergrund zu Bildern von Migrantinnen in ihren Köpfen und den Medien. Nach den Befunden dominiert zwar weiterhin das Bild des hilfsbedürftigen Opfers. Aber es gibt auch andere Rollen. So tauchen Migrantinnen in der alltagsnahen Lokalberichterstattung von Tageszeitungen ganz gleichberechtigt als „Nachbarin“ auf – z.B. im Kollegenkreis oder als Fan des örtlichen Fußballvereins. Eine weitere durchweg positive Rolle ist die der „Erfolgreichen“, die – auch vor allem im Lokalen – als „Musterbeispiel für Integration“ präsentiert wird. Erste Ergebnisse sind in dem gerade erschienenen Buch „Migrantinnen in den Medien“ publiziert (s. Interview S. 12/13).

In der Berliner Studie nannten die befragten Migrantinnen immer wieder ein Vorbild, das bei ihnen allen unum-

stritten war: Die TV-Moderatorin Nazan Eckes, deren Eltern aus der Türkei stammen. Auf sie seien sie stolz, sie biete positive Identifikationsmöglichkeiten. Eckes ist eines von insgesamt 32 Mitgliedern des Bundesbeirates für Integration, der am 23. Mai 2011 erstmals unter Vorsitz von Staatsministerin Maria Böhmer zusammenkam. 2010 sagte Eckes in einem Interview mit der *Neuen Westfälischen*: „Es ist unmöglich, wenn man in zwei Kulturen aufwächst, sich festzulegen. Ich finde diese Zwischenwelt ganz schön, darin fühle ich mich wohl. Heute, wo sich Kulturen und Religionen vermischen, kann man überall zu Hause sein. Und ich bin es dort, wo ich mich menschlich und beruflich entfalten kann.“

Doch in einer solchen kosmopolitischen Zwischenwelt können nur wenige leben, denn berufliche und menschliche Entfaltungsmöglichkeiten sind immer noch ungleich verteilt – entlang sozialer, ethnischer, geschlechtlicher, kultureller, religiöser Grenzziehungen. Eine Hürde für qualifizierte Migranten und Migrantinnen ist z.B. ihr Aufenthaltsstatus. So müssen internationale Studierende innerhalb eines Jahres nach ihrem Examen eine Stelle finden, um in Deutschland bleiben zu können und haben keine Chance, sich wie deutsche Staatsangehörige hartnäckig mehrmals zu bewerben. Auch sind KandidatInnen mit Migrationshintergrund oft älter als deutsche, weil sie im Bildungssystem höhere Hürden zu überwinden haben oder aus finanziellen Gründen länger für die Erfüllung der Qualifizierungsvoraussetzungen brauchen. Bei Frauen verzögert die Familienphase zuweilen die berufliche Karriere.

In Anbracht dieser Benachteiligungen hilft nur eine starke Lobby. Die Interessen und Forderungen von Migrantinnen decken sich einerseits mit denen deutscher Frauen, andererseits mit denen von Männern, die auch eine Zuwanderungsgeschichte haben. Bis in die 90er Jahre wurde die doppelte Diskriminierung der Migrantinnen in den Medien qua Geschlecht und Herkunft von deutschen Frauen kaum thematisiert. Zunächst setzten sich einzelne Gleichstellungsbeauftragte wie Pari Niemann beim NDR in Hannover für die Belange von Migrantinnen ein, dann leisteten auch Journalistinnenverbände Lobbyarbeit. Der Journalistinnenbund veranstaltete 2002 eine Tagung zu Gender und Diversity. Die Medienfrauen von ARD und ZDF forderten bei ihrem Herbsttreffen im November 2003 erstmals, MigrantInnen in Sendungen und Personalpolitik stärker zu berücksichtigen.

In der Berliner Befragung kritisieren die jungen Migrantinnen eine „mangel-



Archivfoto: dpa / Arno Burgi

de Solidarität unter Frauen“. Ihre nicht-deutsche Herkunft scheint für migrantisches Journalistinnen bisher ein stärkeres Band zu sein als ihre Geschlechtszugehörigkeit. So gab es seit den 90er Jahren auch verschiedene Anläufe, eine gemeinsame Interessenvertretung von männlichen und weiblichen Medienschaffenden mit Migrationshintergrund aufzubauen. Einige Beispiele aus dem breiten Spektrum dieser Initiativen: Zusammen mit anderen internationalen Studierenden des Dortmunder Instituts für Journalistik initiierte Pantea Bahrami 1996 das Migranten Medien Zentrum MMZ, das über zehn Jahre lang Projekte wie „NRW gegen Rassismus“ und größere Veranstaltungen zu MigrantInnen und Vielfalt in den Medien organisierte.

1999 gründete der Schauspieler Tayfun Bademsoy in Berlin die Agentur „Foreign faces“ – als Lobby für Kollegen und Kolleginnen mit ausländischen Wurzeln, die in deutschen Produktionen mitwirken. Als er 2004 als Geschäftsführer ausstieg, leitete Rudolf Oshege die Agentur unter dem Namen „International Actors“ weiter. 2005 schlossen sich Akteure aus Film und Fernsehen, Kultur, Medien- und Migrationsforschung in der Bundesinitiative Fernsehen und Integration zusammen – unter ihnen neben Tayfun Bademsoy andere renommierte Schauspieler und Drehbuchautoren wie Hussi Kutlucan und Feridun Zaimoglu. Inzwischen ist es

ruhig geworden um die beim Zentrum für Kunst und Medientechnologie Karlsruhe (ZKM) angesiedelte Initiative, die sich für Unterhaltungsformate einsetzt, in denen die Lebensverhältnisse der zugewanderten Bevölkerungsgruppen authentisch dargestellt werden.

■ In die Debatte einmischen

Die zurzeit wohl stärkste Lobby für Medienschaffende mit Migrationshintergrund ist der Verein „Neue deutsche Medienmacher“, der 2008 entstand. Bundesweit aufgestellt, zählt er mittlerweile über 300 Mitglieder. Er will sich „in die Debatte einmischen und für eine ausgewogenere Berichterstattung und mehr Kolleginnen und Kollegen mit einem so genannten Migrationshintergrund einsetzen – nicht nur vor und hinter der Kamera, dem Mikrophon und an den Redaktionstischen, sondern auch in den Planungsstäben, Führungsetagen und Aufsichtsgremien,“ heißt es auf der Website. So unterstützen die Neuen Medienmacher mit einem Mentorenprogramm die überwiegend migrantischen Studierenden, die beim Bildungswerk Kreuzberg crossmedial für Radio, Fernsehen und Online ausgebildet werden. Der Verein sucht Leute, die in den kooperierenden Redaktionen in relativ hohen Positionen sitzen und bereit sind, als Mentor oder Mentorin aufzutreten.

Auch in Gewerkschaften finden Medienschaffende mit Migrationshintergrund Unterstützung. 2006 wurde im Journalistenverband Berlin-Brandenburg das „Interkulturelle Netzwerk“ gegründet, das „einen Erfahrungsaustausch und die Entwicklung von Forderungen für mehr Interkulturalität in den Medien ermöglichen“ sollte. Koordinatorin Minou Amir-Sehhi organisiert Roundtablegespräche – am 25. Mai z.B. mit Sawsan Chebli, Grundsatzreferentin für Interkulturelle Angelegenheiten des Berliner Senats. Die mittlerweile in der Gewerkschaft ver.di aufgegangene IG Medien hatte bereits 1994 versucht, einen Arbeitskreis Medien und Migranten zu etablieren, der aber wieder auseinander fiel. Etwas Ähnliches gebe es bei ver.di „jetzt leider nicht“, beschreibt Migrationsbeauftragte Sonja Marko den Status quo und fügt hinzu: „Die Journalisten und Journalistinnen mit Migrationshintergrund sind in der Personengruppe der Freien oder im Fachbereich Medien organisiert. Der Beruf ist für sie wohl eher handlungsleitend als ihr Migrationsstatus“. Das sei im Kampf gegen Diskriminierung hier möglicherweise auch „die hilfreichere Variante“.

So gibt es viele verschiedene Wege zum gleichen Ziel: Menschen in ihrer Individualität zu respektieren – jenseits sozialer, ethnischer, geschlechtlicher, kultureller, religiöser Zuordnungen oder wie es Sonja Marko ausdrückt: „Ich bin ich!“ ■

Gegengift zu Sarrazin

Marjan Parvand ist Vorsitzende der „Neuen deutschen Medienmacher“

Von Bärbel Röben | Ein lauer Juniabend in Köln, die Fenster im Café-Theater „die wohngemeinschaft“ sind weit geöffnet, eine bunte Runde von Frauen und Männern lauscht der kleinen Gruppe auf der Bühne, die Texte aus dem „Manifest der Vielen“ vorträgt – einem Buch, das sich als „Gegengift zu Sarrazin“ versteht. Dreißig profilierte Autorinnen und Autoren mit Migrationshintergrund haben über ihr Leben in Deutschland, über Fragen zu Identität und Heimat geschrieben. „Besonders der Text zur Integrationsverweigerung hat mir gut gefallen. Habt ihr die Debatte nicht auch satt“, fragt eine zierlich und zugleich sportlich wirkende Frau mit fester Stimme aus dem Publikum. Es ist Marjan Parvand, Vorsitzende der „Neuen deutschen Medienmacher“ und Planungsredakteurin bei ARD-Aktuell.

Integrationsverweigerer Ekrem Senol schien ihr aus der Seele gesprochen zu haben: „Wir müssen uns nicht integrieren, denn Deutschland ist ein freiheitlicher Staat, der Ihnen das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit gibt.“ Nach der Lesung, die ihre Kölner Medienmacher-Mitstreiterinnen organisiert haben, wird Marjan Parvand noch lange in kleinen Grüppchen weiterdiskutieren. Obwohl sie bereits seit sechs Uhr früh auf den Beinen ist: Arbeiten in Hamburg, Gespräch mit Integrationsminister Schneider in Düsseldorf in Sachen Medienmacher und abends in Köln die Lesung. Dazwischen nimmt sie sich noch Zeit für ein Gespräch mit mir, denn am nächsten Tag ist der Terminkalender noch enger: Medienmacher-Vorstandssitzung und dann wieder zurück nach Hamburg.

Energiebündel, Powerfrau – wie kann man die sympathische, natürlich wirkende, selbstbewusste Frau mit dem wuscheligen hochgesteckten Haar und den lebendigen tiefbraunen Augen charakterisieren? Blicken wir auf ihren steinigen und doch irgendwie gradlinigen Lebensweg: Geboren wurde Marjan Parvand 1970 in Teheran. Fünf Jahre später sind die Eltern mit ihr und dem Bruder in die USA ausgewandert. Als „überzeugte Demokraten“ entschieden sie sich nach dem Umsturz 1979 in den Iran zurückzukehren – allerdings zunächst nur für ein paar Monate, um zu sehen, „was sich da tut“. Im Zuge der Islamischen Revolution wurde die amerikanische Botschaft aber besetzt und alle Dokumente, auch ihre Pässe verbrannt oder landeten im Reißwolf. Da die meisten Länder ihre Beziehungen zum



Foto: Michael Greve-Röben

Iran abbrechen, dauerte es Jahre, bis die Familie neue Papiere erhielt.

1984 wanderte sie dann nach Deutschland aus – zunächst nach Bremen, wo sie sechs Monate lang „nur Aufenthaltsstatus hatten“. Dann zog die Familie nach Hamburg. Marjan Parvand konnte endlich wieder zur Schule gehen – zunächst in eine Klasse für Schüler ausländischer Herkunft. Dort hatte sie einen Lehrer, der ihr ohne Vorurteile begegnete und die deutsche Sprache von Grund auf beibrachte. „Einer der wichtigsten Menschen in meinen Werdegang ist dieser Lehrer Herr Busse“, sagt Marjan Parvand, weil er sie förderte und dazu beitrug, dass sie aufs Gymnasium kam. 1990 machte sie ihr Abitur – mit einem so glänzenden Notenschnitt, dass sie Medizin studieren konnte. „Meine Eltern waren natürlich bannig stolz, aber es war nicht das Richtige für mich, ich war todunglücklich, fand’s total langweilig und brach das Studium ab.“ Sie entschied sich für Germanistik, Medienkultur und Amerikanistik und begann schon während des Studiums für Zeitungen zu schreiben, machte gegen Ende ein Fernsehpraktikum. Als sie in Hamburg ihre Magistraarbeit schrieb, jobbte sie bereits beim Heute Journal. „Ich habe dafür gekämpft, dass ich da hinkomme, wo ich bin“.

„Ich habe gar nicht so viele Praktika gemacht, sondern habe von Anfang an – da ich auch wenig Geld hatte während des Studiums – darauf bestanden, dass ich bezahlt werde. Dadurch war ich Teil der Redaktion und habe die Aufgaben erledigt, die man erledigen musste – ich habe z. B. die Medienseiten der *Hamburger Morgenpost* geschrieben und Fernsehfilme be-

sprochen.“ Beim ZDF Morgenmagazin in Berlin arbeitete sie von 1999 bis 2001 als Redaktionsassistentin. Dann wechselte sie zum privaten Nachrichtensender N 24, wo sie als Redakteurin eingestellt wurde. Bevor der Sender 2001 von München nach Berlin zog, pendelte sie zwischen beiden Städten. In den Redaktionen hätten die meisten sich gefreut, dass sie fließend Englisch, Farsi und Deutsch spreche, sie sei aber nicht auf Migrationsthemen festgelegt worden.

„Irgendwie muss ich was richtig gemacht haben“, meint sie rückblickend. Sicherlich sei es wichtig gewesen, eine Bezahlung zu fordern und selbst auch Themen vorzuschlagen und durchzusetzen, die sie spannend fand. Ein gesundes Selbstbewusstsein sei „total wichtig“, meint Marjan Parvand, die aus einer Bildungsfamilie stammt – mit belesenen Eltern, die ihre Kinder ermuntern, zu sagen, was sie denken. Es gebe auch Journalisten und Journalistinnen mit Migrationshintergrund, die ein solches Selbstbewusstsein erst in Jahren entwickeln, weil sie nicht wie sie durch Elternhaus und Schule gefördert wurden.

■ Hürden sehen und überwinden

„Meine Karriere ist so lange glatt verlaufen, wie ich selbst die Hürden nicht gesehen habe, die es für Journalisten mit Migrationshintergrund gibt“, bilanziert Marjan Parvand. So wollte sie stärker in der N 24-Parlamentsredaktion mitarbeiten, da sie sich sehr intensiv mit Innenpolitik beschäftigt. Aber sie hatte das Gefühl, dass es bei N 24 relativ klar war, wo der Redaktionsleiter stand und wie er sein Personal aussuchte: „Ich passte halt nicht in sein Bild der innenpolitischen Redakteurin.“ Um politisch aktiv zu werden, sei es wichtig, „zu erkennen, woher man kommt“, sagt Marjan Parvand. Politisch geworden sei sie erst 2005, 2006, weil sie bis dahin alle Hürden mit Engagement und Hartnäckigkeit überwinden konnte.

Im Netzwerk der „Neuen deutschen Medienmacher“ sei ihr bewusst geworden, was sie nicht habe machen können – wegen ihres Migrationshintergrunds.

„Am Anfang waren wir eine Handvoll Journalisten, die sich in Berlin in irgendwelchen Kneipen getroffen und einander erzählt haben, was ihnen stinkt“, erinnert sie sich. Die eine habe gesagt, sie wolle nicht immer „die Migrantin vom Dienst“ sein. Die andere meinte, es gebe überhaupt keinen Nachwuchs und sie selbst habe oft die stereotype Berichterstattung beklagt: „Wenn’s um Migranten geht, bleibt mir die Luft weg. Wenn wir wieder die Frau mit Kopftuch zeigen von hinten mit drei Alditüten und die Kinder vorne weg. Das will ich nicht!“ Durch diese Treffen seien sie politisiert worden. Sie hätten das Gefühl gehabt, es ändere sich nichts, wenn sie nicht den Mund aufmachten. Da sie sich von anderen Organisationen zu Medien und Migration nicht vertreten fühlten, gründeten sie 2008 die „Neuen deutschen Medienmacher“ – in Anlehnung an die Neue Deutsche Welle, mit der sie in den 80er Jahren musikalisch sozialisiert wurden. „Wichtig ist, dass wir ein Netzwerk wurden von Leuten, die über sich selbst sprechen.“

Die Politisierung der Marjan Parvand schreitet voran. Als sie 2008 bei ARD Aktuell anheuerte, warb sie offensiv und erfolgreich mit ihrem Migrationshintergrund: „Internationalisieren Sie doch Ihre Redaktion!“ In einem *vorwärts*-Interview 2009 sagte sie noch selbstbewusst: „Wir haben die Quote nicht nötig!“ Und heute? Als Verein hätten sie dazu noch keine klare Positionierung, erläutert die Vorsitzende. Sie selbst sei inzwischen aber der Meinung, dass die Quote kommen muss. Bei ARD Aktuell sei Erkan Arian außer ihr der einzige fest angestellte Redakteur mit Migrationshintergrund. In den Redaktionen sehe sie, dass es qualifizierten Nachwuchs gibt, der aber nicht zum Zug kommt. Das will Marjan Parvand zusammen mit den Medienmachern ändern. ■

Wer wir sind

– Wir sind ein bundesweiter Zusammenschluss von Journalisten & Journalistinnen mit Migrationshintergrund.

Was wir meinen

– Jeder fünfte Einwohner im Land besitzt einen sogenannten Migrationshintergrund, aber nur jeder fünfzigste Journalist. In den Medien fehlen oftmals Perspektiven von Migranten und hinreichende Kompetenz für die Darstellung gesellschaftlicher Vielfalt.

Was wir wollen

– Wir wollen mehr Kolleginnen und Kollegen mit Migrationshintergrund nicht nur vor und hinter der Kamera und dem Mikrofon und an den Redaktionsstellen, sondern auch in den Planungsgremien, Führungsetagen und Aufsichtsgremien.
– Wir wollen mehr interkulturelle Kompetenz und Sensibilität in der journalistischen Arbeit und Berichterstattung und in der Aus- und Fortbildung der Medienberufe.
– Und wir wollen uns einmischen: für eine sensible und spannende Berichterstattung einsteigen, uns gegen diskriminierende und stereotype Berichterstattung wehren.

Was wir tun

– Wir sind Ansprechpartner für interkulturellen Journalismus.
– Wir treten gezielt diskriminierender Berichterstattung entgegen.
– Wir bieten ein Forum für Information & Austausch und zur gegenseitigen Unterstützung & Förderung.

Arbeiten Sie in unserem Netzwerk mit! Und/oder unterstützen Sie den Verein durch eine Spende oder Ihre Mitgliedschaft!



www.neuemedienmacher.de

Die Prominente und das Opfer

Professorin Margreth Lünenborg über Migrantinnen in den Medien

„Migrantinnen in den Medien – Darstellungen in der Presse und ihre Rezeption“ heißt das Buch, das Margreth Lünenborg, Journalistikprofessorin an der Freien Universität Berlin, im März dieses Jahres zusammen mit ihren Mitarbeiterinnen Annika Bach und Katharina Fritsche im transcript-Verlag publiziert hat. Die Forscherinnen untersuchten die Darstellung von Migrantinnen in fünf deutschen Tageszeitungen und führten sechs Gruppendiskussionen mit jungen Migrantinnen und deutschen Frauen. Dabei wurden „stereotype, aber auch widerständige Bilder sichtbar“.

M | Sie haben die Regionalzeitungen Kölner Stadtanzeiger und Westdeutsche Allgemeine, das Boulevardblatt Bild und die überregionalen Zeitungen Frankfurter Allgemeine und tageszeitung (taz) jeweils vier Monate lang untersucht – in den Jahren 2005 bis 2008. Welche Bilder von Migrantinnen tauchten dort auf? Welche verschiedenen Typen konnten Sie herausarbeiten?

MARGRETH LÜNEBORG | Wir unterscheiden „die Prominente“ als deutlich sichtbare Rolle, häufig als Star in Medien und Kultur, der oft auch exotisiert oder sexualisiert wird, also keineswegs nur eine positive Darstellung erfährt. Dann gibt es „die Erfolgreiche“ als eine Frau, die in ihrem professionellen Handeln sichtbar wird, etwa die Hochschulprofessorin, die Lehrerin, die als erfolgreich in ihren Jobs sichtbar werden. Der Typus „das Opfer“, der in reinen Zahlen am häufigsten vorkommt, wird sichtbar als Opfer patriarchaler Strukturen ihrer Herkunftskultur, zuweilen auch als Opfer der deutschen Mehrheitsgesellschaft, das nicht wertgeschätzt, nicht gesehen, an den Rand gedrängt wird. Wir haben „die Unerwünschte“ gekennzeichnet als diejenige, die teils illegal im Lande ist, Grenzen, Regeln, zuweilen auch Gesetze verletzt, also negativ gelabelt wird. „Die Nachbarin“ haben wir die normale alltägliche Durchschnittsfrau genannt, deren Migratin-Sein nicht explizit markiert wird, sondern die Teil der Gesellschaft ist – eine Rolle, die vergleichsweise selten auftritt, am stärksten in der Lokalberichterstattung. Die jungen Frauen, die wir in

Gesprächsrunden dazu befragt haben, wie sie diese Medienbilder wahrnehmen, vermissten gerade diese Rolle schmerzlich.

M | Was war für Sie persönlich das wichtigste bzw. überraschendste Ergebnis?

LÜNEBORG | Unsere Ausgangsfrage war: In welcher Weise wird Geschlecht und Ethnizität miteinander verwoben? Ich hätte nicht erwartet, dass in so deutlicher Weise die Repräsentation der weiblichen Migrantinnen geradezu komplementär zu männlichen Migranten ist – also während der aggressive männliche Ausländer als uns Deutsche bedrohend medial inszeniert wird, erscheint die Migrantin als die Schutzbedürftige, das Opfer, das geradezu der Hilfe der deutschen Mehrheitsgesellschaft bedarf. Mir scheint, dass im Zusammenfügen einer männlichen und weiblichen Rolle die Wirkmacht noch mal in besonderer Weise hergestellt wird.

M | Migrantinnen werden in der taz zwar am häufigsten thematisiert, tauchen aber vor allem als Opfer auf. Wie beurteilen Sie angesichts dessen die Berichterstattung der taz?

LÜNEBORG | Man kann deutlich erkennen, dass es in der taz eine hohe Sensibilität in dem Themenfeld gibt. Die vergleichsweise häufige Identifizierung von Beiträgen ist zum Teil auch einer sprachlichen Sensibilität geschuldet, da die taz als einzige Zeitung explizit zwischen Migranten und Migrantinnen unterscheidet – durch das große Binnen-I und ähnliches. Hier wird sprachlich auch deutlich gemacht, dass sich in der Gruppe der migrantischen Bevölkerung Frauen verbergen. Zum anderen ist Migration ein Thema, das für die taz eine hohe Bedeutung hat –

um Ausgrenzungsprozesse, Prozesse des Randständigigmachens von Migrantinnen und Migranten in den Fokus zu nehmen. Die brisanten Themen sexuelle Gewalt, Ehrenmorde, Zwangsverheiratung werden in der taz sehr aufmerksam wahrgenommen. Hier wird ein aufklärerisches Moment sichtbar. Zugleich – das wird an unseren Befunden sehr deutlich – entsteht dadurch ein Negativ-Bias, indem die arme, schutzbedürftige, opferhafte Frau extrem sichtbar gemacht wird und andere positivere, vielfältigere Rollen fehlen.

M | Diese Vielfältigkeit, die Sie bei den überregionalen Zeitungen vermissen, finden Sie ja bei den anderen. Im Buch-Klappentext heißt es: „Dagegen liefern besonders Lokalpresse und Boulevardzeitungen (auch) vielfältige Entwürfe unter Einschluss lebensweltlicher Bezüge“. Mich wundert der positive Befund zur Boulevardpresse, da Bild Migrantinnen doch zumeist als Prominente – und zwar häufig sexualisiert darstellt ...

LÜNEBORG | Die Sexualisierung würden wir natürlich nicht positiv bewerten, aber es gibt durchaus ein sehr viel weiteres Spektrum unterschiedlicher Rollen, Identitäten, Handlungs-

räume als wir sie in der Politikberichterstattung erkennen können. Je enger wir an dieses journalistische Feld heranrücken, das demokratietheoretisch immer als das normative Kerngeschäft bezeichnet wird, desto massiver finden wir den Rückgriff auf triviale Stereotypen, auf Entsubjektivierung. Hier werden nicht einzelne Frauen sichtbar gemacht, sondern hier wird nur noch mit Mustern gearbeitet: die Zwangsprostituierten, die Osteuropäerinnen. Je stärker wir im Feld der Politikberichterstattung sind, desto weniger tauchen han-

delnde Subjekte auf, desto stärker wird auf Opferrepräsentationen und auf Gruppen als amorphe Identitäten zurückgegriffen. Wir finden positivere Varianten einerseits in der Lokalberichterstattung durch mehr lebensweltliche Nähe, andererseits auch im Bereich der Boulevardzeitung, die eine bunte Lebensvielfalt darstellt. Das sind die erfolgreichen Schauspielerinnen, Musikerinnen, das ist auch



Bild: Ansgar Koch



die Gattin des prominenten Fußballers – keineswegs automatisch aufklärerische Momente. Aber eine simple Dichotomie – hier Qualitätsjournalismus, der Aufklärerisches leistet, da die Boulevardpresse, die triviale Muster liefert – ist in diesem Themenfeld einfach nicht zutreffend, sondern man hat es hier mit kontraintuitiven Entwicklungen zu tun.

M | Von den namentlich gekennzeichneten Artikeln waren 14 Prozent von MigrantInnen verfasst. Stammen von ihnen auch die Beiträge, in denen Migrantinnen differenzierter, weniger stereotyp dargestellt wurden?

LÜNENBORG | Man kann kausal nicht so argumentieren, weil die namentlich gekennzeichneten Artikel insgesamt nur einen Teil des Gesamtkorpus ausmachen.

M | Immerhin mehr als die Hälfte: 700 von 1200 Artikeln.

LÜNENBORG | Das sind dann Autoren- und Autorinnenbeiträge, die eher subjektive Darstellungsformen umfassen. Die Nachricht ist ganz selten ein Namensbeitrag. Insofern bin ich vorsichtig, so etwas herzuleiten. Interessant ist natürlich schon, dass wir eine deutliche Unterrepräsentanz von migrantischen Journalisten und Journalistinnen – zwischen 1 und 5 Prozent in der Profession insgesamt – haben, in diesem Material der Anteil aber merklich höher ist. Klar ist es gut, dass sie als Autoren und Autorinnen auftreten. Problematisch ist es, wenn daran erkennbar wird, dass migrantische Journalisten allein zu Experten für Migrationsthemen werden. Es ist deutlich, dass mit diesen Autoren und Autorinnen einfach neue andere Lebenswelten erschlossen werden, auf die deutschstämmige Journalisten in der Regel gar keinen Zugriff haben – nicht zuletzt aufgrund mangelnder Sprachkenntnisse.

M | Außer einer Inhaltsanalyse haben Sie ja auch eine Rezeptionsstudie gemacht – in Form von Gruppen-Fokusgesprächen. Die befragten Migrantinnen kritisieren die stigmatisierende Berichterstattung – vor allem in Politik und Nachrichten!

LÜNENBORG | Die jungen Frauen kritisieren allesamt den Ausschluss aus den dominanten Mediendiskursen, die in journalistisch-nachrichtlichen Informationsangeboten in Deutschland stattfinden. Es sind teilweise hoch gebildete Migrantinnen, die deutlich machen: Ihr Leben, ihre Lebenswelten finden im Journalismus nicht statt. Das wird als systematischer Ausschluss wahrgenommen. Diese Aussagen müssten bei jedem Verleger und jedem Programmplaner einen Aufschrei auslösen. Hier werden vielfältige Ressourcen verschenkt – gesellschaftlich und auch ökonomisch als potenzielles Publikum.

M | Positiv sehen die Frauen dagegen Unterhaltungsserien, Soaps, wo über alltägliche Rollen Normalität hergestellt werde, wo sie Identifikationsmöglichkeiten finden. Bestätigen das die bisherigen Befunde Ihres aktuellen Projekts zu Migrantinnen im Fernsehen?

LÜNENBORG | Wir sind mittendrin, deshalb bin ich mit Zahlen zurückhaltend, aber es ist ganz offensichtlich, dass Unterhaltungsformate – non-fiktionale Unterhaltungsformate, aber eben auch fiktionale Formate – vom „Tatort“ bis zur Daily Soap – ein deutlich breiteres Repertoire an Repräsentationen beinhalten. Sie setzen sich in einem viel stärkeren Maß mit der Frage auseinander, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, dass wir es mit einer multiethnischen Bevölkerung zu tun haben. Es ist offenkundig, dass es da ein redaktionelles Bewusstsein gibt, dass da auch relevante Publikumssegmente sind, die man umwerben muss – indem man exemplarische Identifikationsange-

bote macht. Das kann über prominente Schauspieler und Schauspielerinnen, über Moderatoren, Moderatorinnen, durch ein Format wie „Türkisch für Anfänger“ funktionieren, das kann aber auch alltäglicher durch einen hohen Anteil migrantischer Kandidaten und Kandidatinnen in Castingshows sein. Da geht es auf einer ganz anderen Ebene um gesellschaftliche Partizipation. Gemeinsam mit meiner Kollegin Elisabeth Klaus geht es uns dabei um cultural citizenship, um eine kulturelle Teilhabe an Gemeinschaft, die sich aktuell auch in solchen Formaten ausdrückt.

M | Welche Schlüsse ziehen Sie aus den Befunden? Was muss sich im Journalismus ändern, um die gleichberechtigte politische und mediale Teilhabe aller Menschen in unserer Gesellschaft zu befördern?

LÜNENBORG | Jenseits der Frage, ob mit mehr Migranten in den Redaktionen die Berichterstattung so anders wird, ist es ein partizipatorisches Grundrecht, dass sie gleichermaßen am Journalismus in Deutschland zu beteiligen sind. Das sind dieselben Debatten, die wir vor 20 Jahren mit Blick auf Frauen im Journalismus geführt haben. Ich bin davon überzeugt, dass sich mit einer stärkeren Teilhabe von Migranten neue Lebenswelten, andere Bezüge zur Wirklichkeit auftun, die Redaktionen sich auch verändern. Und wenn wir über die Leistung von Journalismus in globalen Gesellschaften sprechen, dann ist ein nationalstaatlicher Rahmen einfach zu eng. In der Folge heißt das: Öffnung von Redaktionen, von Aus- und Weiterbildung für junge Migranten und Migrantinnen. Das heißt aber auch Qualifizierung und Weiterbildung von Journalisten und Journalistinnen, um sie zu sensibilisieren, eine Aufmerksamkeit zu schaffen für neue Themen in der globalen Einwanderungsgesellschaft.

Das Gespräch führte Bärbel Röben ■

Anzeige



**KAUSA
MEDIENPREIS
2011**

JETZT BEWERBEN!

**Der Preis für Nachwuchs-Journalisten
Einsendeschluss: 16.09.2011**

www.kausa-medienpreis.de



JOBSTARTER wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und dem Europäischen Sozialfonds der Europäischen Union. Durchgeführt wird das Programm vom Bundesinstitut für Berufsbildung. KAUSA – Koordinierungsstelle Ausbildung bei Selbstständigen mit Migrationshintergrund – ist ein Programmbereich von JOBSTARTER.



Ausbaufähig

Bundeskonzferenz der ver.di-Selbstständigen in Berlin

ver.di soll Solo-Selbstständige stärker in die gewerkschaftliche Arbeit einbeziehen, lautet eine Botschaft der 3. Bundeskonferenz für Freie und Selbstständige, die am zweiten Maiwochenende mit 33 Delegierten in Berlin stattfand.

Von der freien Kamerafrau bis zum Dozenten für Deutsch als Zweitsprache: Der prozentuale Anteil Selbstständiger an der ver.di-Mitgliedschaft ist laut Geschäftsbericht der BKS in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen. Von den 2,1 Millionen ver.di-Mitgliedern (Jahresende 2010) sind rund 30.000 selbstständig. Seit 2009 gibt es ein Selbstständigenpolitisches Programm, mit dem ver.di sich dem Wandel in der Arbeitswelt stellt.

Denn keine Gruppe unter den Erwerbstätigen in Deutschland ist in den letzten Jahren so stark gewachsen wie die der Solo-Selbstständigen: über 2,3 Millionen waren es im Jahr 2008, was etwa sechs Prozent aller Erwerbstätigen entspricht. Über drei Viertel von ihnen arbeiten im Dienstleistungsbereich und gehören damit zur klassischen Zielgruppe von ver.di, die als bisher einzige DGB-Gewerkschaft Selbstständige mit einer ehrenamtlichen Struktur vertritt und ihnen umfassende Beratung bietet. Im Fachbereich Medien, Kunst und Industrie sind Solo-Selbstständige keine Exoten. Weniger hat sich herumgesprochen, dass dieser Status in allen Fachbereichen vorkommen kann. Die Motive, selbstständig zu arbeiten, reichen vom Wunsch nach selbstbestimmter Arbeit bis zur Vermeidung von Erwerbslosigkeit. Bei der dritten Bundeskonferenz der ver.di-Selbstständigen am 13. und 14. Mai traten diese unterschiedlichen Motive und Selbstverständnisse deutlich hervor. Das Spannungsfeld zwischen gesundem Selbstbewusstsein und der Versuchung, sich die eigene Lage schönzureden sowie der Notwendigkeit, bei Honorarverhandlungen selbstbewusst aufzutreten, war auch in Workshops und Pausen ein wiederkehrendes Diskussionsthema.

Neben freien Journalisten, Schauspielerinnen und bildenden Künstlern war auch der Fachbereich Bildung, Wissenschaft und Forschung gut vertreten. Nach Einschätzung der Konferenzteilnehmer gibt es aber sowohl in diesem Bereich als auch im Fachbereich 3 (Gesundheit) noch starke Defizite bei der Einbeziehung von Selbstständigen. Die Fachbereichssekretäre soll-

ten dafür sensibilisiert werden und die Mitglieder-datenbanken auf »versteckte« Solo-Selbstständige überprüfen, heißt es in einem Beschluss. Zudem solle das Beratungsangebot über das ver.di-Netzwerk mediafon hinaus ausgebaut werden: zumindest in den Landesbezirksbüros müsse es Ansprechpartner für die speziellen Probleme der Solo-Selbstständigen geben. ver.di müsse »publikumswirksam und nachdrücklich« auf den Skandal hinweisen, »dass immer mehr gesellschaftlich unverzichtbare und traditionell staatliche Aufgaben für Niedrig-Honorare von Solo-Selbstständigen übernommen werden.«

■ In der Satzung verankert

Eine Gemeinsamkeit zwischen den unterschiedlichen Berufsgruppen ist zum Beispiel die schlechte Planbarkeit von Auftrags-spitzen, wodurch unter anderem Termine für die ehrenamtliche Arbeit schwer zu organisieren sind. Nicht umsonst ist die Bundeskommission Selbstständige (BKS) auch deshalb als einziges ver.di-Gremium für die ehrenamtliche Selbstständigenarbeit verpflichtend in der Satzung verankert. Fachbereichsübergreifend sind auch Probleme mit Versicherungen und der Steuer. Unterschiede gibt es zum Beispiel bei der Suche nach potentiellen Verbündeten, die im Workshop »Organizing« angesprochen wurde. Für freie Journalisten sind dies fest angestellte Kollegen und Redakteurinnen, mit denen sie gut zusammenarbeiten sowie Betriebsräte von regelmäßigen Auftraggebern. Längst nicht im-

mer fühlen sich diese Betriebsräte für Honorarkräfte zuständig, obwohl sie es sind. Eine Schauspielerin und Synchronsprecherin kennt dagegen nur wenige fest angestellte Kolleginnen und Kollegen, denn »die gibt es kaum«. Sowohl in diesem Bereich als auch im Journalismus gibt es zahlreiche Nachwuchskräfte, die für extrem wenig Geld oder sogar umsonst arbeiten, vielleicht, um sich erst einmal einen Namen zu machen, in der Hoffnung, irgendwann doch auf elterliche Unterstützung und Nebenjobs verzichten zu können. Der Wettbewerb ist mitunter für alle Beteiligten ruinös. Deshalb wollen die ver.di-Selbstständigen ihre Vereinzelung überwinden. Eine wichtige Botschaft des »Organizing«-Workshops lautete: Fragen stellen und zuhören. Der Erfahrungsaustausch mit Solo-Selbstständigen anderer Berufsgruppen erweist sich als hilfreich.

Äußerst prekär ist auch die Situation von Dozentinnen und Dozenten in der Erwachsenenbildung, was sich nur langsam herumspricht. Selbst ver.di-Chef Frank Bsirske wusste in einer Talkrunde bei der Selbstständigenkonferenz nicht auf Anhieb, wie wenig ein Dozent für Integrationskurse verdient: Zwei solcher Kurse im Jahr – »und mehr schafft man nicht«, so der Dozent Karl Kirsch – umfassen rund 1.000 Unterrichtsstunden, die mit einem Brutto-Stundensatz von 15 Euro vergütet werden. Mit der nötigen Vorbereitung auf den Unterricht und der Bürokratie, die ein Selbstständiger nebenbei zu bewältigen hat, ist dies ein Vollzeitjob. Von den Jahreseinnahmen in Höhe von 15.000 Euro bleibt nach Abzug von Betriebskosten und Versicherungen ein Leben auf Hartz-IV-Niveau. »Dafür habe ich studiert«, so Kirsch. Bsirske betonte mehrfach, ver.di habe die strategische Bedeutung der Organisation von Solo-Selbstständigen erkannt und nehme das Thema sehr ernst.

Claudia Wangerin ■

Die ver.di-Bundeskommission Selbstständige (BKS) hat die Leipziger Journalistin Gundula Lasch (Foto) zu ihrer neuen Vorsitzenden gewählt.

Ihre Stellvertretung haben der Osnabrücker Dozent Peter Schulz-Oberschelp sowie die Bremer Rundfunkjournalistin Berit Böhme übernommen.



Foto: Ch. v. Polentz / transphoto.de

Drucksache Bild

Studie der Otto-Brenner-Stiftung über die Rolle der Bild-Zeitung:
Marketingmaschine oder simples Boulevardblatt?

gleich, solange es nur wirtschaftlich oder politisch verwertbar sei.

Eine steile These. Zu steil für die Medienjournalistin Ulrike Simon, die *Bild* nach wie vor für eine Art Leitmedium hält, ein „Leitmedium insofern, als man sich täglich daran orientieren kann, wie man es nicht macht, will man Anstand und journalistischen Kriterien genügen“. Ansonsten sei das, was bei *Bild* tagtäglich geschehe, „papiergewordener Populismus“, also ganz normaler Boulevardjournalismus, dies allerdings sehr konsequent.

Mit moralisierenden Argumenten könne man dem Phänomen *Bild* nicht beikommen, sagte *Tagesspiegel*-Redakteur Harald Schumann. Er mag nicht hinter längst erreichte Standards in der Kritik an Deutschlands größtem Boulevardblatt zurückfallen. Denn im Kern gehe es bei *Bild* nach wie vor darum, dass diese Zeitung „gnadenlos“ versuche, „Ressentiments, Vorurteile und nationalistische, populistische Thesen, zu Geld und Auflage zu machen“. Dadurch sei sie „selber ein Faktor der Politik“.

Ein politischer Machtfaktor zudem ohne demokratische Legitimität, findet auch Wolfgang Storz, Ex-Chefredakteur der *Frankfurter Rundschau* und Mitverfasser der Studie. Wie die „Drucksache *Bild*“ Stimmung und damit auch Politik macht, erläuterte er am Beispiel der Berichterstattung über die Griechenland- und Eurokrise.

Da wimmle es von Überschriften wie „Machen die Griechen den Euro kaputt“, „Also doch! Griechen wollen unser Geld“ oder „Streit um Milliarden-Hilfe – Warum zahlen wir den Griechen ihre Luxusrenten?“ Über die tatsächliche Höhe der Durchschnittsrenten in Griechenland kein Wort – die Faktenzusammenstellung erfolge streng selektiv nach dem erwünschten Dramatisierungseffekt. Die Griechen, so Storz, würden in der aktuellen Debatte von *Bild*, aber auch von anderen Blättern fast ausschließlich mit Stereotypen charakterisiert: „Sie sind eher faul, sie leben über ihre Verhältnisse, tun dies schon seit Jahren, sie betrügen und lügen – gemeint ist der Umstand, dass die Statistiken bei Eintritt in die Euro-Zone nicht korrekt waren – und das wird übertragen auf das Volk.“

Ganz im Gegensatz zu den fleißigen Deutschen, den selbst ernannten Export-

weltmeistern. „Dass permanente Überschüsse im Außenhandel nur möglich sind, wenn andere Länder Defizite machen und sich verschulden“, falle dabei unter den Tisch, monierte Harald Schumann. Eine „simple makroökonomische Erkenntnis“, die allerdings in der Berichterstattung zu dieser Krise natürlich in der *Bild*-Zeitung gar nicht vorkommt. Mit dieser unterbelichteten Sichtweise steht das Springer-Blatt allerdings nicht allein. Der wirtschaftspolitische Mainstream der meisten Blätter, so Schumann, erleichtere *Bild* die Strategie, mit der primitiven These „Wir retten die Griechen“, am Stammtisch zu punkten. Tatsächlich rette die EU allenfalls die Gläubiger der Griechen, während es den Griechen immer schlechter gehe.

Politikeinfluss begrenzt

Bei allem Populismus und Kampagnenjournalismus sollte aber der Einfluss von *Bild* auf die Politik auch nicht überschätzt werden. Das findet zumindest *Spiegel*-Redakteur Markus Feldenknecht, dessen Blatt erst unlängst auf dem Höhepunkt der Gutenberg-Affäre *Bild* eine kritische Titelseite widmete. Dafür gebe es einfach zu viele erfolglose Kampagnen, mit denen das Springer-Produkt an die Wand gefahren sei. Der überdurchschnittlich freundliche und wohlwollende Umgang des Blattes mit Guido Westerwelle habe diesem erkennbar nichts genützt. Auch die massive publizistische Kampagne zur Erhaltung des Berliner Flughafens Tempelhof sei gescheitert. Gleiches gelte für den maßgeblich von *Bild* gesteuerten Hype um das Ehepaar derer zu Gutenberg. Alle publizistische Schützenhilfe konnte am Ende den politischen Abstieg des Freiherren nicht aufhalten. Als Kronzeugen zitieren die Verfasser der Studie auch *Bild*-Gegner Günter Wallraff: „Von *Bild* unterstützt zu werden, das ist heute – im Gegensatz zu früher – weniger denn je eine Garantie, Erfolg zu haben.“

Günter Herkel ■

Was ist *Bild*? Ein populistisches Kampagnenblatt? Das Boulevard-Leitmedium für Journalisten? Nach einer Studie der Otto-Brenner-Stiftung ist *Bild* vor allem eine entfesselte „Marketingmaschine, für deren Betreiber journalistische Inhalte weitgehend entbehrlich sind“.

Verfasser der soeben publizierten Studie sind der Berliner Kommunikationswissenschaftler Hans-Jürgen Arlt und der Frankfurter Publizist Wolfgang Storz. In ihrem Band: „Drucksache *Bild* – Eine Marke und ihre Märkte“ untersuchten sie vor allem die Berichterstattung von Deutschlands größtem Boulevardblatt über die aktuelle Euro- und Griechenlandkrise. Die zentralen Thesen stellten sie unlängst in der rheinland-pfälzischen Landesvertretung in Berlin zur Debatte. Eingeladen zu dieser Veranstaltung im Rahmen des Mainzer MedienDisput hatte auch das Netzwerk Recherche.

Kein journalistisches Produkt

Viele Medienkritiker haben sich an *Bild* schon die Zähne ausgebissen. Hans-Jürgen Arlt, einer der beiden Autoren, begann mit einer zugespitzten These: Ambitionierte Blattmacher hätten heute zwei Möglichkeiten, nämlich „Journalismus machen und dafür die höchstmögliche Auflage anstreben oder die höchstmögliche Auflage anstreben und dafür alles machen“. Nach Arlts Auffassung hat sich *Bild* längst für die zweite Alternative entschieden, ist also mithin kein journalistisches Produkt mehr, sondern zu einer emotional aufputschenden Marketingmaschine verkommen. Volks-Bibel, Volks-Pizza oder Volks-Meinung – im Grunde sei alles



Bild: www.bild-studie.de

Links

www.bild-studie.de
www.otto-brenner-stiftung.de

Sozialer Kahlschlag

Lobbyverein „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ führt Sparkampagne um radikalen Subventionsabbau

Dass in wirtschaftlichen Krisenzeiten der Ruf nach Sparen ertönt, ist nichts Ungewöhnliches. Wenn aber die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ eine Kampagne für einen radikalen Subventionsabbau anzettelt, sollten kritische Gewerkschafter und Journalisten genauer hinsehen. Einige der Forderungen laufen auf sozial- und kulturpolitischen Kahlschlag hinaus.

„Sät man im Jänner Subventionen, fehl'n zur Ernte zig Millionen“ – mit dieser „Bauernregel“ meldete sich zu Jahresbeginn die berüchtigte Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) auf einer Pressekonferenz in Berlin zu Wort. Das Jahr 2011, so forderte INSM-Geschäftsführer Hubertus Pellengahr, dürfe nicht nur ein Superwahljahr, sondern „muss auch ein Super-Sparjahr werden“. Dafür wolle die Initiative „Mut machen und Anregungen geben“. „Anregungen“, die in einer bei dieser Gelegenheit vorgestellten Auftragsstudie zum „Subventionsabbau in Deutschland“ enthalten sind. „Subventionen“, so die Argumentation Pellengahrs, „sind Gift“. Denn: „Sie kosten viel Geld, bremsen das Wachstum und richten in der Sozialen Marktwirtschaft erheblichen Schaden an.“ Es sei jetzt an der Zeit, „Subventionen den Garaus zu machen“.

■ Im Visier: Künstlersozialkasse

Nun ist die Forderung nach Abbau staatlicher Hilfen vermutlich so alt wie die Existenz dieser Hilfen. Auch in Gewerkschaftskreisen wurde und wird gelegentlich über Milliarden-Subventionen für die Landwirtschaft, für den Bergbau oder gar für die Atomwirtschaft kontrovers diskutiert. Was aber die Finanzwissenschaftler des Kieler Instituts für Weltwirtschaft (IfW) unter Leitung von Alfred Boss in ihrem Gutachten vorschlagen, dürfte auch den Freunden selektiver Mittelkürzungen die Nackenhaare aufrichten. Sie empfehlen eine pauschale jährliche Kürzung „mit dem Rasenmäher“. Auf diese Weise seien „ohne Weiteres“ rund 58 Millionen Subventionen einsparbar. Dieses Geld stünde dann „für die dringend benötigte Haus-

haltskonsolidierung oder auch für Steuerentlastungen zur Verfügung“, jubeln die INSM-Lobbyisten auf ihrer Homepage.

Betrachtet man einzelne Kürzungsvorschläge im Detail, wird schnell deutlich, wohin die Reise gehen soll. Ein Dorn im Auge ist den Gutachtern beispielsweise der jährliche Bundeszuschuss an die Künstlersozialkasse. Die Begründung hat es in sich. „Die Zuschüsse des Staates verleiten den Einzelnen dazu, den Staat in der Verantwortlichkeit zu sehen und Sparleistungen zu reduzieren“. Auch werde dadurch zu Lasten anderer Berufe diskriminiert. Aus dem starken Anstieg der KSK-Mitgliederzahlen seit Anfang der neunziger Jahre wird gefolgert, es komme „offenbar zu Mitnahmeeffekten“. Eine Argumentation, wie sie unlängst – ebenfalls in diffamieren-

... Schließlich handle es sich bei den freischaffenden Künstlern und Publizisten um eine Gruppe, „die trotz ihres stolzen Selbstbildes einer gewollten Außenseiter- und Kreativexistenz zu den wirtschaftlich und sozial Deklassierten des Landes gehört“ ...

der Absicht – auch gegen die zunehmende Anzahl der Selbstständigen, die zusätzlich auf Hartz IV angewiesen sind, ins Feld geführt wurde. Perfide fragen die Gutachter, „ob eine alternative Tätigkeit nicht besser für die Geförderten wäre“ und ob die Subvention am Ende „Verführung statt Hilfe“ sei. Schließlich handle es sich bei den freischaffenden Künstlern und Publizisten um eine Gruppe, „die trotz ihres stolzen Selbstbildes einer gewollten Außenseiter- und Kreativexistenz zu den wirtschaftlich und sozial Deklassierten des Landes gehört“. Dass dieses Zitat aus der *Süddeutschen Zeitung* von 2007 stammt, macht die Sache nicht besser. Den Gipfel des Zynismus erklimmen die professoralen Gutach-

Wirtschaftslobby INSM

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) wurde im Jahr 2000 vom Arbeitgeberverband Gesamtmetall gegründet. Weitere Wirtschaftsverbände und Unternehmen tragen den Lobbyverein. Finanziert wird sie von den Verbänden der Metall- und Elektro-Industrie. Der Jahresetat der Initiative beträgt nach eigenen Angaben 8,32 Millionen Euro. Als Ziel ihres Wirkens beschreibt die INSM auf ihrer Website www.insm.de „die nachhaltige Förderung der Reformbereitschaft in Politik und Gesellschaft“. In der Beschäftigungspolitik tritt sie für eine Überprüfung des Sozial- und Arbeitsrechts ein, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Dabei soll sich die Tarifpolitik „stärker an den Bedürfnissen der Betriebsparteien ausrichten. Das heißt zum Beispiel: Ausbau flexibler Arbeitszeiten und Einbau flexibler Lohnkomponenten.“ Sie argumentiert unter anderem auch gegen Mindestlöhne und befürwortet Studiengebühren. Red. ■

ter im Schlusssatz des KSK-Kapitels: Es sei überdies „fragwürdig, dass andere Selbstständige wie etwa Ärzte und Anwälte ihre Altersvorsorge selbst finanzieren, während selbstständige Künstler subventioniert werden“.

Ein anderes Kapitel des Gutachtens widmet sich der „Steuerbefreiung bestimmter gesetzlicher und tariflicher Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit“. Nach Auffassung selbst der schwarz-

gelben Bundesregierung ist die Steuerbefreiung solcher Zuschläge sinnvoll. Denn: die etwa von Polizisten, Feuerwehrleuten, Pflegepersonal oder Schichtarbeitern auch außerhalb des Normalarbeitstages geleisteten Dienste seien nicht nur unvermeidbar, sondern auch im allgemeinen gesellschaftlichen Interesse. Die IfW-Gelehrten halten dagegen. Unter anderem mit dem Argument, die „Referenz einer für alle verbindlichen ‚Normalarbeitszeit‘ sei ohnehin „in einer modernen Gesellschaft anachronistisch“. Geradezu lächerlich erscheint, wie am Beispiel der Druckindustrie die Konsumenten verschiedener Printmedien im Interesse einer Subventionskürzung gegeneinander ausgespielt wer-

den sollen. „Wieso soll der Leser einer Zeitung in den Genuss einer Preissubvention kommen, wenn diese nachts gedruckt worden ist?“, wird da allen Ernstes gefragt. Gefolgt von der Anschlussfrage: „Wieso soll die steuerzahlende Allgemeinheit diesen Vorteil finanzieren und damit auch der Leser eines Buchs, das tagsüber hergestellt worden ist?“ Es dürfte müßig sein, gegen die wirtschaftsliberalen Ayatollahs vom IfW Argumente wie die Bedeutung einer erschwinglichen freien Presse für die Demokratie oder den Schutz der Familie ins Feld zu führen. Das Beste heben sich die Rasenmäher-Profis auch in diesem Kapitel für den Schluss auf. „Unter Verteilungsgesichtspunkten“ sei es „problematisch, dass andere Beschäftigte mit potentiell hohem Arbeitsleid staatliche Subsidien nicht beziehen“. Gemeint sind „etwa Polizisten, die Wohnungen von einsam Verstorbenen ausräumen, Kanalarbeiter, die Gestank und Dreck von Kanalisation ertragen müssen, oder Mähdrescherfahrer, die unter extremer Hitze und Staub leiden“. Oder aber auch leidgeprüfte JournalistInnen, die solchen professoral abgesegneten Bullshit publizistisch verarbeiten müssen, möchte man gequält hinzufügen.

Eine weitere Breitseite der Gutachter trifft die Filmförderung. Ein kulturpolitisches Instrument des Bundes, hinter dem das IfW schlicht „Ressourcenvergeudung“ vermutet. Dabei legen sich die Auftragswissenschaftler die Argumente zurecht, wie sie gerade passen. Mal wird auf Filme mit hoher Förderung verwiesen, die „oft nur wenige Zuschauer in die Kinos“ locken. Eine Seite weiter wird die vermeintlich sozialkritische Tränendrüse mobilisiert, wenn scheinheilig gefragt wird: „Ist es ‚gerecht‘, wenn der gut betuchte Produzent eines Kassenschlagers oder gar ein prominenter Filmschauspieler Mittel aus dem Steuertopf empfangen, in den nicht zuletzt Hartz-IV-Empfänger über ihre Verbrauchssteuern eingezahlt haben?“ An anderer Stelle wird zustimmend die *Welt* zitiert, wonach der deutsche Spielfilm „trotz einzelner Erfolge so etwas wie die Steinkohle der Kulturwirtschaft“ sei.

Genau hier wird das fundamentale Missverständnis der Gutachter deutlich. Wer staatliche Filmförderung mit Subventionen für die Steinkohleindustrie vergleicht, hat im Grunde nichts begriffen oder mit einem demokratischen Kulturbegriff nichts am Hut. Dass in Deutschland

über 90 Prozent der Mittel für Kultur aus staatlichen Haushalten aufgebracht werden, dass deutsche Kulturschaffende um diese Förderung von anderen Ländern beneidet werden – was kümmert's die Hardliner von IfW und INSM? „Die gebetsmühlenhafte Rede vom so genannten Subventionsabbau“ infolge angespannter Haushaltslagen sei für den Bereich der Kultur „mehr als nur ein laxer Sprachgebrauch“, urteilte bereits vor sechs Jahren die Enquete-Kommission Kultur in Deutschland bei Abgabe ihres Tätigkeitsberichts. Und weiter: „Der investive Charakter der Ausgaben für Kultur wird verkannt.“ Ähnlich äußerte sich der Deutsche Kulturrat, als er im Herbst 2010 die Verankerung des „Staatsziels Kultur“ im Grundgesetz forderte. Kulturrat-Geschäftsführer Olaf Zimmermann warnte damals davor, Kunst, Kultur und kulturelle Bildung „lediglich unter finanziellen Gesichtspunkten“ und „nur als Nutznießer und Empfänger öffentlicher Gelder aus den Taschen der Steuerzahler“ zu betrachten. Diese Sichtweise lasse außer Acht, dass es sich bei dieser Förderung „um keine Subvention, sondern um eine Investition in unsere Gesellschaft handelt“.

Subventionen mit dem Rasenmäher kürzen:

Dr. Alfred Boss (IfW) und Hubertus Pellengahr (INSM)



Foto: <http://www.flickr.com/photos/inism>

■ Aber Subventionen für Elektroautos verlangen

Dass auch die vermeintlichen Verfechter der reinen (Subventionsabbau-) Lehre sich zuweilen in Widersprüche verwickeln, belegte unlängst ein Disput auf Zeit Online. Es mache ja durchaus Sinn, wenn sich die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft „als eine Lobbygruppe vor allem der metallnahen Branche“ gegen Subventionen ausspreche, meinte ein Blogger. Vor diesem Hintergrund wirke es aber „geradezu unwirklich, wenn zum selben Zeitraum die Autobranche Milliarden-Subventionen für die Entwicklung von Elektroautos verlangt“. Subventionsabbau bedeute für die INSM wohl vor allem: „Die Subventionen der anderen.“ Die leicht verschämte Antwort der ertappten Lobbyisten auf den Leser-Blog: „Wenn es die Möglichkeit gibt, Subventionen in Anspruch zu nehmen, werden Unternehmen diese Unterstützung gerne annehmen.“ Genau deshalb trete man für eine „faire Lösung“ ein, nämlich die „Rasenmäher-Methode“, bei der keine Branche benachteiligt werde. Wiewohl von den Arbeitgeberverbänden finanziert, vertrete die INSM „hauptsächlich ordnungspolitische Grundsätze“.

Da liegt es doch nahe, die Initiative bei einem ihrer eigenen auf Plakaten verbreiteten Slogans zu packen: „Subventionen machen abhängig: Fangen Sie gar nicht erst an!“ **Günter Herkel ■**

Weniger Zahlen, mehr Analysen

Neue Herausforderungen für die Rezeptionsforschung

Für die Rezeptionsforschung als Teilbereich der Medienwissenschaft, ergeben sich durch die massenhafte Nutzung von Internet und sozialen Netzwerken neue Herausforderungen und neue Möglichkeiten, um das Verhalten der Mediennutzer ebenso wie die Auswirkungen der Mediennutzung zu analysieren und zu erläutern.

Schreiben die Medien über die Nutzung ihrer selbst, dann liest man vornehmlich Zahlen und Statistiken: Auflagen und Einschaltquoten, Nutzungsdauer und Verweildauer, Reichweiten und Bekanntheitsgrade. Ob bei den Studien von ARD und ZDF, den Privatsendern oder privatwirtschaftlichen Medienforschern, stets dominieren Zahlen. Auch im, gern als andersartig beschworenen Internet lässt die Wirtschaft die Wissenschaft am liebsten zählen: Seitenaufrufe und Klicks, Suchwort-Häufungen und Surf-Verhalten, Anzeigen-Klicks, Gefällt-mir-Klicks und Flatrr-Klicks.

Das vornehmlich statistische Erfassen von Anwesenheit oder Transaktionen mag für die Anzeigenabteilungen in Verlagen und Sendern und die Werbewirtschaft Arbeits- oder Existenzgrundlage sein. Doch was nützen sie den Redaktionen und Journalisten? Für Volker Gehrau, Professor für Kommunikationswissenschaft an der Universität Münster, ermöglichen quantitative Erhebungen sehr wohl Aussagen zur Nutzungsqualität: „Es gibt ein Maß dafür, wie viel Prozent der Leute eine gewählte Sendung auch zu Ende sehen. Diese Zahl spiegelt auch bei geringer Reichweite gute Qualität wieder.“ Was aber im Umkehrschluss heißt, dass auch ein vermehrtes Wegschalten von einer Sendung etwas aussagt. Die Gründe dafür wären wohl nur durch tiefer gehende Befragungen zu ermitteln. Doch genau davon liest man viel zu selten.

Stattdessen konstatiert eine Art Kanon der Medienbeobachtung, dass die Nutzung der „klassischen“ Medien Zeitung, Radio, Fernsehen mehr und mehr an „das Internet“ verloren ginge, an den PC und die internetfähigen Mobilgeräte. Doch genau diese „Internet-Nutzung“ als solche sagt heutzutage nichts mehr aus, weil das „Online sein“ der Normalfall für alle möglichen

Nutzungsfälle ist: Nach bestimmten Webseiten suchen oder sich treiben lassen, E-Mails schreiben oder in Foren diskutieren, in Lexika nachschlagen oder Fachzeitschriften online lesen, Online einkaufen und verkaufen, Fernsehen oder Radio online verfolgen, private oder kommerzielle Videos auf Youtube anschauen, originäre Webradios hören oder Podcasts herunterladen, Musik hören, alleine oder in Netzwerken Online-Games spielen, Kommentare schreiben, chatten, in Foren diskutieren, SMS schreiben, Wetter und Nahverkehr checken. Aber ist das alles auch „Medien-Nutzung“?

Für Patricia Müller, Wissenschaftliche Mitarbeiterin der TU Ilmenau, Fachgebiet Public Relations und Technikkommunikation, komme in der Medienwirkungsforschung der „interpersonalen Kommunikation“ schon seit jeher eine wichtige Rolle zu, beispielsweise in den Gesprächen über Nachrichten oder Politik: „Die politische Partizipation in Form von Leserbriefen oder Kommentaren wurde bereits in früheren Studien durchaus einbezogen.“ Diese 'Anschlusskommunikation' sei einer von vielen Wirkungsfaktoren, mit denen Medien Meinungen oder Einstellungen der Menschen beeinflussen, so Müller.

■ Spannende Phänomene

Jedoch werde die früher vornehmlich private Kommunikation durch das Internet und entsprechende Plattformen zunehmend öffentlich, sagt Dr. Andreas Fahr vom Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung an der Ludwig-Maximilians-Universität in München. „Und die öffentliche sowie medienvermittelte Kommunikation ist ein Kerngebiet der Kommunikationswissenschaft.“ So gesehen, müsste für die Wissenschaftler, speziell für die Rezeptionsforscher, mit den sozialen Netzwerken eine neue Zeitrechnung begonnen haben. Die Untersuchungsfelder öffnen sich quasi von selbst – sofern die Nutzer diese Transparenz aus Vorsicht vor Datenmissbrauch nicht einschränken. „Sicherlich können Nutzer mittels Privatsphäre-Einstellungen ein gewisses Maß an Kontrolle darüber erlangen, welche Botchaften tatsächlich an die Öffentlichkeit

Links

<http://egora.uni-muenster.de/ifk/>:
<http://www.ifkw.uni-muenchen.de/index.html>
Ilmenau: <http://www.tu-ilmenau.de/pr/>
<http://www.uni-trier.de/index.php?id=8321>

DGPuK: <http://www.dgpuk.de/>
Miriam Meckel: <http://www.miriammeckel.de/>
Jan-Hinrik Schmidt:
<http://www.schmidtmitdete.de/>

gelangen“, sagt Patricia Müller. „Allerdings ist diese Öffentlichkeit für zahlreiche Nutzer ein integraler und gewollter Bestandteil ihres Nutzungserlebens. Es ist gewollt, dass Kommentare von einer breiten Nutzerschaft gelesen, Tweets weitergeleitet und kommentiert werden und idealerweise ein Dialog entsteht, der sich nunmehr nicht auf den Freundeskreis, Vereine oder Ähnliches beschränkt, sondern auch auf Politiker oder Unternehmen ausdehnen kann. Dass sich dabei zum einen auch online Meinungsführer durchsetzen und sogenannte Intermediäre für einen großen Teil des Nachrichtenflusses verantwortlich sind und zum anderen die klassischen Massenmedien als Akteure im Social Web durchaus eine maßgebliche Rolle spielen, das sind zwei spannende Phänomene, zu denen aufschlussreiche Studien zu erwarten sind.“

So plädiert unter anderem der Schweizer Kommunikationsprofessor Dr. Thomas Friemel dafür, die von Soziologen etablierte Methode der „Sozialen Netzwerk-Analyse“ als Werkzeug für die Rezeptionsforschung in Social Media-Umgebungen zu nutzen. (s. Interview). Dafür spricht wohl auch, dass die Reichweite von manchen Social Media Plattformen, wie derzeit Facebook oder Youtube, längst nicht mehr zu unterschätzen sei, „das hat politische und gesellschaftliche Relevanz“, so Andreas Fahr. Dass nun neben den Journalisten, als traditionellen Kommunikatoren, die Nutzer selbst als öffentliche Kommunikatoren agieren, sei ein wirklich neues und auch wirkungsstarkes Phänomen. Nicht zuletzt habe sich der Medienbegriff in den vergangenen Jahren verändert, so Fahr. Dem müsse die Medienwirkungsforschung natürlich Rechnung tragen. Und der Trierer Soziologe Michael Jäckel verweist auf die „Chancen der gegenseitigen Wahrnehmbarkeit von Kommunikatoren und Rezipienten und die Möglichkeit des Rollentausches“. Für ihn gäbe es in der Rezeptionsforschung nun die Notwendigkeit, Wirkung auch im Sinne von Mitwirkung zu thematisieren.

Mit Analysen der Verknüpfung von persönlichen Mediennutzungen mit veröffentlichten Meinungs-Äußerungen zu gesell-

schaftlich relevanten Diskussionen bietet die Rezeptionsforschung zudem durchaus pragmatische Antworten auf aktuelle Fragen nach Optionen und Risiken sozialer Netze und Medien. Mehr noch, die Kommunikationswissenschaften als solche hätten nun die Chance, sich als Ansprechpartner zu etablieren: „Wir haben einiges zu bieten, was wir nicht genügend anbieten“, erklärte die in den USA forschende

Medienwissenschaftlerin Miriam Meckel auf der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Publizistik und Kommunikationswissenschaft DGPK Anfang Juni in Dortmund.

Journalisten, ebenso Politik und Medien, könnten von den Erkenntnissen profitieren. Dafür müssten die Medienwissenschaftler jedoch auch auf die Öffentlichkeit zugehen, sich genau jenen Dialogen stellen, die sie selbst untersuchen, so der

Tenor der Auftaktveranstaltung der Tagung. Mit eigenen Blogs, zum Beispiel, wie sie unter anderem Miriam Meckel oder der Hamburger Kommunikationswissenschaftler Jan-Hinrik Schmidt betreiben. Letzterer findet an Kritik und Anregungen seiner direkten Leser nicht nur großen Gefallen, sondern hat auch Spaß am Disput: „Im Web schlagen die Labormäuse zurück“, so Schmidt.

Henry Steinhaus ■

Forschungslücke

Angebote sollten Austausch mit Gleichgesinnten ermöglichen



Foto: privat

Dr. Thomas N. Friemel, Oberassistent am Institut für Publizistikwissenschaft und Medienforschung (IPMZ) der Universität Zürich sprach mit M über Mediennutzer und die erforderliche Berücksichtigung ihrer Sozialstrukturen und Diskussionsbedürfnisse.

M | In sozialen Netzwerken, wie Facebook oder Twitter, entstehen auf Basis von Mitteilungen ebenso kurzzeitige wie permanente Öffentlichkeiten, die in der Summe den Ausmaßen und Wirkungen von Massenmedien gleichzukommen scheinen. Wie reagiert die Wissenschaft darauf?

THOMAS FRIEMEL | In der Mediennutzungs- und -wirkungsforschung dominierte in den letzten 60 Jahren eine individualistische Perspektive. Das heißt, die Wissenschaft betrachtete die Rezipienten in der Regel nur als Individuum und nicht als Teil eines sozialen Netzwerks von Freunden, Verwandten und Bekannten. Obwohl bereits in den 40er Jahren deutliche Befunde zur Relevanz des sozialen Umfeldes vorlagen, blieb die empirische Forschung hierzu eher eine Randerscheinung. Dies erklärt sich unter anderem durch forschungspraktische Gründe: es ist sehr viel

aufwändiger und komplexer, soziale Netzwerke zu untersuchen, als eine Zufallsstichprobe. Diese Forschungslücke offenbart sich durch das Aufkommen des Internets und die jüngsten Entwicklungen der Social Media Networks noch deutlicher als zuvor, neue Erklärungsansätze sind gefragt. Hier bietet sich die Methode der 'Sozialen Netzwerkanalyse' an. Sie entwickelte sich in den letzten 30 Jahren insbesondere in der Soziologie und hat das Potenzial für einen Paradigmenwechsel.

M | Einen Paradigmenwechsel für Wissenschaft und Forschung – oder für die Medienwirtschaft?

FRIEMEL | Sowohl als auch. So könnten die Leserstatistiken eben nicht mehr nur Kennzahlen umfassen, welche die Individuen beschreiben, wie beispielsweise Alter, Geschlecht oder Einkommen. Vielmehr ließen sich auch Informationen zur Sozialstruktur erheben, etwa die Größe eines Netzwerks, seine Dichte, seine Homogenität beziehungsweise seine Heterogenität, seine geografische Ausdehnung, die in ihm stattfindenden Beziehungsarten und so weiter.

M | Was tritt bei derartigen Erhebungen an Erkenntnissen zu Tage?

FRIEMEL | Untersuchungen von Freundschafts- und Gesprächsnetzwerken zeigen, dass die Mitglieder dieser Netzwerke sehr ähnliche Medieninhalte nutzen. Ein wesentlicher Befund der jüngsten Forschung hierzu ist, dass eine solch hohe Homogenität nicht allein durch Beeinflussungsprozesse entsteht – also Flüsterpropaganda oder Meinungsführerschaft Einzelner. Vielmehr scheint die klassische Vorstellung von Diffusion und Beeinflussung je nach Situation gar eine untergeordnete Rolle zu spielen.

Den neueren, empirisch nachgewiesenen Erklärungen nach finden unter den Nutzern bei der Wahl von Gesprächspartnern gegenseitige Selektionsprozesse statt, ganz nach dem Motto „gleich und gleich gesellt sich gern“: Personen, welche die gleichen Medieninhalte nutzen, werden also eher zu Freunden.

M | Übereinstimmung bei den Präferenzen für bestimmte Kultur- oder Medieninhalte trugen schon immer zu Gruppenbildung und Identitätsstiftung bei, ob auf Schulhöfen oder für Stammtischrunden. Was ist in den Online-Netzwerken anders?

FRIEMEL | Zwar findet bei Onlineausgaben von Zeitungen und anderen Medienprodukten die soziale Einbettung der Rezipienten bereits statt. So gibt es fast überall die Funktionen, Artikel an andere Personen verschicken, Kommentare hinterlegen oder Bewertungen abgeben. Jüngeren Datums ist die Anbindung an soziale Netzwerkplattformen wie Facebook, die zeigen, welche Artikel von welchen Freunden positiv bewertet werden. Doch diese Funktionen bedienen alle nur die Diffusion durch Beeinflussung. Wesentlich seltener auf den Homepages der journalistischen Medien sind derzeit noch Angebote, die den Austausch mit Gleichgesinnten ermöglichen, wie beispielsweise offene Diskussionsforen. Dabei entspricht dies durchaus einem ernst zunehmenden Bedürfnis. Dafür spricht die Fülle an Fan- und Diskussionsforen zu allen möglichen Medieninhalten, die auf meist selbst organisierten Plattformen stattfinden. Für die Medienproduzenten ist es eine vielversprechende Chance, wenn sie den Austausch von Gleichgesinnten auf den eigenen Plattformen ermöglichen.

Die Fragen stellte Henry Steinhaus ■

Links

<http://www.friemel.com/home.php>
Jährliche Konferenz zu Sozialen Netzwerk
Analysen: <http://www.asna.ch/>

Zeit für Generalrevision

Berlin: Politik als öffentlich-rechtlicher Programmgestalter?

Wie sieht die Zukunft von ARD und ZDF aus? Jenseits von Finanznöten und Quotendebatten stehen nach dem Skandal um die parteipolitische Ausbootung des ehemaligen Chefredakteurs Nikolaus Brender die internen Strukturen der Sender auf dem Prüfstand. In Berlin diskutierten unlängst grüne Medienpolitiker, Gremienvertreter und Senderverantwortliche über die Rolle der Rundfunkräte in den öffentlich-rechtlichen Anstalten.



Karikatur: Gerhard Mester

„Politik als öffentlich-rechtlicher Programmgestalter?“ lautete die leicht rhetorisch angehauchte Eingangsfrage der Veranstalter im Rahmen des Debattenzyklus „demokratie heute“. Jetzt, wo das neue Gebührenverfahren in Form einer Haushaltsabgabe ab 2013 unter Dach und Fach ist, können die Binnenstrukturen der Sender einer Generalrevision unterzogen werden. Für Hans J. Kleinsteuber, emeritierter Politologe und Medienwissenschaftler, steht die Causa Brender symptomatisch für die Folgen einer verhängnisvollen Fehlentwicklung. Schon bei der Gründung der Anstalten hätten sich die Politiker eine „erhebliche Präsenz“ in den Aufsichtsgremien in die Rundfunkstaatsverträge „hineingeschrieben“. An diesem Punkt müsse eine Reform einsetzen. Kleinsteuber plädierte dafür, „hochrangige Politiker“, vor allem Mitglieder der Exekutive, künftig von solchen Positionen auszuschließen. Auch die teilweise anachronistische Auswahl der so genannten gesellschaftlich relevanten Gruppen müsse überdacht werden. Anstelle von Vertriebenenverbänden sollten heutzutage eher Vertreter von NGO's, Bürgerinitiativen oder Elternorganisationen in den Räten agieren. Zudem könne ein Auswahlverfahren, bei dem die Kandidaten spezifische rundfunkpolitische Kenntnisse nachweisen müssten, analog zum BBC-Trust zur Erhöhung des Sachverständnisses in den Gremien beitragen. Zugleich seien mehr Öffentlichkeit und Transparenz vonnöten: in den weitaus meisten Sendern tagten die Räte hinter verschlossenen

Türen. Auch ein eigenständiger Rechtsstatus der Gremien könne hilfreich sein – die Räte arbeiteten in der Regel unter der Regie der Intendantenbüros. Schließlich gelte es auch, ernsthafte Beschwerdeinstanzen zu etablieren. So könne sich etwa ein Ombudsmann als Bindeglied zwischen Redaktionen und Rundfunkteilnehmern mit programmrelevanten Beschwerden auseinandersetzen.

■ Parteien-Einfluss zurückdrängen

Tabea Rössner, ehemalige ZDF-„Logo“-Redakteurin und medienpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, wünscht wie Kleinsteuber eine Zurückdrängung des parteipolitischen Einflusses in den Sendern. Sie bedauerte, dass nur die Fraktion der Linken die von den Grünen initiierte und vom renommierten Rundfunkrechtler Dieter Dörr verfasste Normenkontrollklage gegen den übermächtigen Einfluss von Staatsvertretern im ZDF unterstützt habe. Die SPD habe stattdessen eine eigene Klage eingereicht, über die das Bundesverfassungsgericht demnächst entscheiden werde. Rössner argwöhnte, die Sozis wollten mit der angestrebten sinnvollen Reduzierung der politischen Funktionäre im ZDF-Fernsehrat zugleich auch den Einfluss der kleineren Parteien minimieren.

„Unser Programm wird nicht gegängelt, wir machen Qualitätsjournalismus“, bekräftigte Elmar Theveßen, stellvertretender ZDF-Chefredakteur. Allerdings er-

innert er sich noch an seine Anfänge im Sender Mitte der neunziger Jahre. Damals sei es durchaus gelegentlich vorgekommen, dass den Redaktionen – von Vertretern aller Parteien – vorgezählt wurde, „wie viele Sekunden bestimmte Politiker bei ‚Mainz bleibt Mainz, wie es singt und lacht‘ im Bild zu sehen waren, weil man daran glaubte, wer häufiger auftritt, der gewinnt die Wahl“. Diese Zeiten seien vorbei. Weder das ZDF noch die ARD seien „Staatsfernsehen“, die Programmleute würden nicht gegängelt, in den Gremien werde sachlich und effizient gearbeitet.

Der Einrichtung einer Beschwerdeinstanz nach dem Modell Ombudsmann kann Bundesvorsitzender der Grünen Cem Özdemir, der selbst im ZDF-Fernsehrat sitzt, vor dem Hintergrund der parteipolitisch motivierten Auseinandersetzungen über das ZDF-Magazin „Frontal 21“ einiges abgewinnen. „Sobald wir anfangen, im Fernsehrat bei einem Beitrag über Atomkraft darüber zu diskutieren, ob der Einspieler zu lang oder zu kurz war, die Farbe freundlich oder bewusst unfreundlich gewählt war, begeben wir uns auf Glatteis“, warnte Özdemir. Eine solche Debatte sei von Politikern „nicht seriös zu führen“.

Programmbeschwerden sollten durchaus ernst genommen werden, findet Frank Werneke, ver.di-Bundesfachbereichsleiter Medien, Kunst und Industrie. Wenn diese aber wie im Fall „Frontal 21“ zum Anlass genommen würden, über journalistische Inhalte Rügen auszusprechen, sei dies eine „klare Grenzüberschreitung“. Darüber sei im Fernsehrat berechtigterweise sehr heftig diskutiert worden. Diese Debatte „im Livestream zu übertragen wäre interessant gewesen, da hätte es bei Youtube sicher im Nachhinein viele Abfragen gegeben“.

Werneke wandte sich – trotz des Falls Brender – gegen die Vorstellung, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk ständigen Manipulationsversuchen der Politik ausgesetzt sei. Zwar gebe es Versuche von Lobbyisten, Einfluss zu nehmen. Die entscheidende Frage sei aber: „Gibt es Intendanten und Intendantinnen, gibt es Chefredaktionen und gibt es selbstbewusste Redaktionen, die diese Einflussnahme abwehren?“ Dies, so Werneke, finde in aller Regel statt. Der Eindruck, dass es einen „politisch durchverfilzten öffentlich-rechtlichen Rundfunk“ gebe, sei jedenfalls ein „Zerrbild“. Mehr Transparenz im Sender – schön und gut, meinte Werneke. Es gebe aber „Dinge in den Gremien, die nicht in die Öffentlichkeit gehören“. Die öffentlich-rechtlichen Anstalten befänden sich in einem harten Wettbewerb mit privaten Medienanbietern. Teile der Geschäftspolitik dürften „nicht vor der Zeit an die privaten Wettbewerber durchgespielt werden“.

Günter Herkel ■

Kündigung passé

Bauer schickt weitere Abmahnungen an Betriebsrätin

Nach drei, jeweils vierstündigen Mediations-sitzungen zieht der Bauer-Verlag sein Begehren für die ersatzweise Zustimmung zur fristlosen Kündigung der Konzernbetriebsrätin Kersten Artus vor dem Hamburger Arbeitsgericht zurück. ver.di begrüßt diese Entscheidung und sieht sich in der Auffassung bestätigt, dass dieses Verfahren „weder juristisch noch politisch für den Medienkonzern durchzusetzen“ war.

Hamburgs ver.di-Chef Wolfgang Rose: „Wir freuen uns für Kersten Artus und den Betriebsrat. Die starke Solidarität und die vielfältige Unterstützung, auch überbetrieblich und bundesweit, hat dazu beigetragen, dass dieses Ergebnis gekommen ist.“ Martin Dieckmann, ver.di-Fachbereichsleiter (FB 8) im Norden, ergänzt: „Bauer wollte sich einer unbequemen und aktiven Betriebsrätin entledigen und die Belegschaft einschüchtern. Das ist nicht gelungen.“ Aber und auch gerade deshalb: „Die Forderung, wie auch in anderen Medienunternehmen eine vernünftige Zusammenarbeit von betrieblichen Interessenvertretungen und Unternehmensleitung zu praktizieren, bleibt bestehen.“

Und Kersten Artus selbst: „Die letzten Monate haben an den Nerven gezerrt.“ Doch die vielfältige Solidarität habe ihr geholfen. Neben vielen anderen bedankt sie sich besonders auf einer Bauer-Betriebsver-

sammlung bei „den Mitgliedern des Betriebsrates und des Konzernbetriebsrates. Sie haben sich bedingungslos solidarisch verhalten. Und mir zu keiner Sekunde das Gefühl gegeben, dass sie den Stress gerne loswerden möchten, den sie durch mich haben.“

Die Mediation als Instrument zur Klärung sieht sie allerdings in ihrem speziellen Fall kritisch: „Für Prozesse mit dieser politischen Dimension ist eine Mediation untauglich. Bauer und ich haben kein Kommunikationsproblem. Der Verlag wollte und will Macht demonstrieren.“ Mediation bedeute „keinen Waffenstillstand“. Gerade das habe sich nach dem Erfolg der Zurücknahme des Kündigungsbegehrens gezeigt: Zwar sei das Druckmittel des Lohnabzuges für angeblich nicht erforderliche Betriebsratsarbeit mittlerweile vom Tisch, doch der Bauer-Verlag lässt nicht locker.

■ Kein Grund zur Entwarnung

Vier neue Abmahnungen sind bei der engagierten Betriebsrätin und Gewerkschafterin eingegangen: Eine Abmahnung in der Redaktion, sie sei für Betriebsratsarbeit „im Betrieb unterwegs“, sei „nicht konkret genug“. Zweitens habe sie sich für ehrenamtliche Gewerkschaftsarbeit keine Genehmigung eingeholt. Und die Vorwür-

fe aus dem fristlosen Kündigungsbegehren zur betrieblichen und ehrenamtlichen Gewerkschaftsarbeit sind der Gegenstand der weiteren zwei neuen Abmahnungen. Das deutet aber darauf hin: Der Verlag bereitet die nächste Kündigung vor und „von daher“, sagt sie, „ist kein Grund zur Entwarnung gegeben.“

Und wie der Bauer-Verlag mit seinen Angestellten und Betriebsräten umgeht, zeigt sich nicht nur in Hamburg bei den Zeitschriften, sondern jüngst auch in Magdeburg bei der Bauer-Tageszeitung *Volksstimme*. Das dortige Druckzentrum wurde geschlossen und ausgelagert, „hinter einer Bretterwand“, so der damalige Betriebsrats- und KBR-Vorsitzende Thomas Laskowski, werde eine Leiharbeitsfirma installiert und er selbst wegen der Betriebsauslagerung mit Kündigung zum 31. August „entsorgt“. Über Jahre wurde der gesamte Verlag der *Magdeburger Volksstimme* aufgesplittet. Laskowski: „Das sind jetzt etwa 23 Einzelfirmen, ich hab da den genauen Überblick verloren, aber nahezu alle ohne Betriebsrat.“ Getroffen hat es auch die Redakteurin Renate Wähnelt. Sie rückte als Ersatzmitglied in den Betriebsrat nach, bekam aber nach der letzten Zersplitterungswelle in den neuen „Unterredaktionen“ kein Angebot und wurde gekündigt, wogegen sie nun vor dem Arbeitsgericht klagt. Der Güutetermin blieb erfolglos, weil Bauer kein Angebot vorlegte, der Kammertermin ist für November angesetzt. ver.di gibt der Redakteurin Rechtsschutz und setzt auf Sieg. Denn, so der ver.di-Landesbezirksfachbereichsleiter Michael Kopp aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen: „Das Unrecht hat Namen und Adresse: Heinz Bauer, Verleger, Hamburg.“ *Wulf Beileites* ■

Anzeige

UVK: Fachbücher für Journalisten

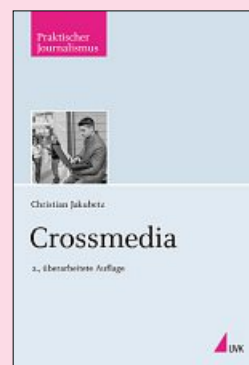


24,90 € (D)

Neu



24,90 € (D)

Neu-
auflage

19,90 € (D)

Neu-
auflage
www.uvk.de/journalismus

UVK Verlagsgesellschaft mbH



Vielfalt ade

Zeitungen in Mecklenburg-Vorpommern hängen an einem Tropf

Einfalt statt Vielfalt – davon können die 1,7 Millionen Einwohner in dem Bundesland an der Ostseeküste sich täglich überzeugen: Drei Tageszeitungen für ein ganzes Bundesland und die unterscheiden sich kaum. Gemeinsame Mantelredaktionen, Auslagerungen von ganzen Redaktions- und Verlags teilen, miserable Honorare für die freien Journalisten. Pressevielfalt geht anders, davon sind auch zunehmend die Politiker im Schweriner Landtag überzeugt. Und das nicht nur wegen der Wahl im September.

Rückblende, 2007, dju-Journalistentag in Berlin: Vor knapp vier Jahren wurde folgende Resolution verabschiedet: „Der Norden braucht seine regional verbundenen und unabhängigen Zeitungen. Die Teilnehmer rufen die Verleger der regionalen Tageszeitungen in Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein zur Sicherung der journalistischen Eigenständigkeit der Zeitungen auf. Es gilt, Qualität und Vielfalt, die Arbeitsbedingungen aller Beschäftigten und die demokratische Mitbestimmung der Redaktionen zu stärken und auszubauen.“ Und nicht zuletzt: „Die Pläne, Beschäftigte der *Ostsee-Zeitung* (OZ) und der *Lübecker Nachrichten* (LN) in eine Gemeinschaftsredaktion zu verschieben, bedrohen das publizistische Potenzial der beiden Zeitungen.“

Vier Jahre später, 15. Juni 2011: Ein kurzer Blick auf das publizistische Potenzial dieser beiden Tageszeitungen, deren gemeinsamer Inhaber Madsack in Hannover ist: Seite Eins: zwei Titel, gleiches Layout, aber immerhin: verschiedene Aufmacher. Seite Zwei, die Meinungsseite: weitgehend identisch. Total übereinstimmend dann der „Blickpunkt“, die Seite Drei, das „Gesicht“ einer Tageszeitung: gleiches Layout, gleiche Geschichte, gleiches Foto. Seite Vier, Politik: dito, nur das Layout variiert. Warum allerdings bei jeweils zwei kleineren Artikeln an der Trave über Libyen und Krankenkassen, an der Warnow hingegen über Griechenland und die FDP berichtet wird, erschließt sich dem Leser nicht. Richtig erfrischend abwechslungsreich dann Fünf und Sechs, den Seiten für Norddeutschland (LN) und Mecklenburg-Vorpommern (OZ). Doch Panorama, Wissen und Medien – absolut identisch. Selbst das Kreuzworträtsel kann man in beiden Zeitungen nur einmal lösen. Lediglich die Lokalseiten und Todesanzeigen unterscheiden sich wie bei eigenständigen Zeitungen.

Als Konzept hinter dem Einheitsbrei steht die Kooperation „Redaktions-Service Gesellschaft (RSG)“ von *Ostsee-Zeitung* und *Lübecker Nachrichten* mit Sitz in Lübeck. Hier werden die gemeinsamen Seiten konzipiert und gefertigt – noch. Denn mittlerweile plant der Madsack-Konzern, der beide Blätter 2009 von Springer kaufte, in größeren Dimensionen und will möglichst Inhalte in der gesamten Mediengruppe zwischen Ostsee, Sachsen, Hannover und Oberhessen nutzen. Die Ausdünnung der Redaktionen geht weiter.

Keine Vollredaktion mehr

Auch bei den beiden anderen Tageszeitungen in Meck-Pomm sieht es in Sachen Vielfalt nicht besser aus: Seit April 2009 haben der *Nordkurier* aus Neubrandenburg und die *Schweriner Volkszeitung* eine gemeinsame Mantelredaktion mit Sitz in Schwerin. Nicht, dass die beiden Zeitungen zu einem Konzern gehören, dennoch produzieren sie ihre Seiten gemeinsam. Der *Nordkurier* gehört zu je einem Drittel den *Kieler Nachrichten* (24,5 Prozent Beteiligung Madsack), der *Augsburger Allgemeine* (mediengruppe pressedruck) und der *Schwäbischen Zeitung* (Schwäbischer Verlag). Gesellschafter der *Schweriner Volkszeitung* ist zu 100 Prozent der Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag (sh:z). Die gemeinsamen Mantelredaktionen machen es möglich: Im ganzen Land gibt es keine Zeitung mehr mit einer eigenen Vollredaktion.



Proteste gegen miese Arbeitsbedingungen vor dem Haus der Ostsee-Zeitung

Alle drei Titel der ehemaligen SED-Betriebszeitungen sind fest in westdeutscher Verlegerhand und dementsprechend wird auf höchstem Niveau gejammert und über zu hohe Kosten lamentiert. Und gespart wird somit an allen Belegschaftsecken, nicht nur bei den Festangestellten, sondern auch bei den freien Mitarbeitern. Frech behaupten die Verleger, dass die im Februar 2010 zwischen ver.di/dju, DJV und dem BDZV abgeschlossenen Vergütungsregeln für freie Textjournalisten an Tageszeitungen im Osten keine Geltung hätten. Nach wie vor zahlen sie jämmerliche Zeilenhonorare, die, je nach Auflage, bei durchschnittlich 30 Cent je Druckzeile liegen. Eine „Führungsrolle“ auch hier der *Nordkurier* aus Neubrandenburg.

Noch heute gilt, was vor zwei Jahren der ehemalige *Nordkurier*-Mitarbeiter Gerd Koths in dem dju-Film „Schlaglichter auf die Wirklichkeit – Generalangriff auf Honorare und Gehälter“ (<http://www.vimeo.com/8979537>) über die Situation der Freien bei seiner Ex-Zeitung zusammenfasste: „Die Situation hat sich verschärft. Früher konnte man dadurch, dass man Zeilen geschunden hat, noch ein bisschen was dabei verdienen, aber seit es die neuen Honorarpauschalen gibt, kriegt man für einen Artikel im Lokalen etwa nur noch fünfzehn Euro. Und wenn wir ehrlich sind, hab ich die fünfzehn Euro an der Tankstelle schon ausgegeben, bevor ich überhaupt den Ort erreicht habe, an dem ich recherchieren will.“

Dass die Gegenwehr gegen solche

Praktiken durchaus auch zum Erfolg führen können, zeigt ein Urteil, das jüngst am Landgericht Rostock gegen den *Nordkurier* erging: Wesentliche Klauseln der „Allgemeinen Geschäftsbedingungen“ des Verlags stufte das Gericht als Knebelverträge ein und erklärte sie für nichtig. Richter Christian Möllenkamp hob dabei hervor, dass der Vergütungsanspruch eines freien Mitarbeiters durch Allgemeine Geschäftsbedingungen nicht einfach komplett ausgeschlossen werden kann. Genau das hatte die im Auftrag des Neubrandenburger Kurierverlages tätige Tochterfirma getan, indem sie sich vorbehielt, Beiträge „aus inhaltlichen, qualitativen oder rechtlichen Gründen“ nicht abzunehmen und dann auch nicht zu honorieren.

In der Szene werden der *Nordkurier* und sein Geschäftsführer Lutz Schumacher, besser bekannt unter dem Namen „Zumacher“ wegen der Entlassung einer gesamten Lokalredaktion in seiner Münsteraner Zeit, längst als die „Freibeuter der Branche“ gehandelt. Und sie geben ihr Bestes, dieses Image zu wahren: Im *Nordkurier*-Webauftritt war erst kürzlich die vierminütige Verlegeranleitung „Bastele dein eigenes Piratenschiff“ (<http://www.nordkurier.de/bcvideo/videocenter/index.html>) zu sehen. Mittlerweile verfügt der Verlag nicht mehr über nur ein Schiff, sondern über eine ganze Flottille. Bei ver.di spricht man inzwischen von mehr als einem Dutzend ausgelagerter Firmen.

Schon vor vier Jahren prophezeite der Schweriner ver.di-Fachbereichssekretär Michael Pfeifer: „Der Outsourcingprozess dürfte sich fortsetzen. Die in den Verlagshäusern auf Gewinnmaximierung gerichteten unternehmerischen Maßnahmen werden zu Qualitätsverlusten führen, die Akzeptanz in der Leserschaft und die Identifikation mit ihrer eigentlichen Heimatzeitung werden schwinden. Das führt zu Auflagenrückgängen. Die Abwärtsspirale bei den Printmedien schreitet voran.“

■ Sinkende Auflagen

In der Tat sackte bei allen drei Blättern die verkaufte Auflage gewaltig. Im Vergleich das 1. Quartal 2009 und 2011: Beim *Nordkurier* rutschte die Auflage von 92.684 auf 87.286, bei der *Ostsee-Zeitung* von 144.820 auf 141.303 und beim *Schweriner Volksblatt* von 99.110 auf 92.914 Exemplare.

Nicht zuletzt durch die unermüdlichen Aktionen der gemeinsamen Initiative „Qualität und Vielfalt sichern – Unser Land braucht seine Zeitungen“ von DGB, ver.di, dju und DJV (www.qualitaet-undvielfalt-sichern.de) haben die Politiker in Mecklenburg-Vorpommern sich mit dem Problem dieser sterbenden Zeitungslan-

dschaft in ihrem Bundesland beschäftigen müssen. Medienpolitische Sitzungen im Schweriner Landtag waren die Folge. Nicht nur die Frage der Pressevielfalt, sondern auch der Pressefreiheit wurden fraktionsübergreifend diskutiert. CDU-Medien-Experte Armin Jäger: „Ich glaube nicht, dass Fusionen, noch dazu solche, die über landsmannschaftlich geprägte Regionen oder gar über Landesgrenzen hinweg geschlossen werden, die Zeitungen für ihre Leser in Mecklenburg-Vorpommern attraktiver machen. Und ohne Attraktivität für den Leser, man kann auch sagen ohne einen Mehrwert, kann keine Zeitung überleben.“ Die medienpolitische Sprecherin Ute Schild von der SPD-Fraktion, ging auf dem Schweriner Pressetag 2009 noch einen Schritt weiter: „Die Pressefreiheit ist bedroht, wenn Zeitungen nur noch als Wirtschaftsbetriebe agieren.“ Zustimmung auch vom Fraktionschef der Linken, von Helmut Holter: „Der Zeitung gebührt der Anspruch der Daseinsvorsorge.“

Unterstützung erfahren die Politiker durch die bekannte Studie der Universität Hamburg von Elke Grittmann. Am Institut für Journalistik und Kommunikationswissenschaften verglich sie die drei Blätter, nahm als Grundlage stichprobenmäßig

Die Initiative „Qualität und Vielfalt sichern“ sieht sich in ihrer Arbeit bestätigt: Michael Silkeit, der am 4. September für die CDU ins Schweriner Parlament einziehen will, beklagte einen „Verfall der Medienlandschaft“, der sich in mangelnder Sorgfalt und Professionalität zeige.

■ Niedrigst-Lohnland

Als Ursachen dieser Entwicklung machte Regine Lück (Linke) die teilweise „erschütternden“ Arbeitsbedingungen aus: MV sei ein Niedrigst-Lohnland für freie Journalisten. Die Politik müsse überlegen, wie sie dieser Entwicklung entgegenwirke, ohne in die Pressefreiheit einzugreifen. So sprach sich Johann Georg Jaeger (Bündnis 90 / Die Grünen) wie die anderen Teilnehmer des Gesprächs für eine Überarbeitung des Landespressegesetzes aus. So könne dem mit-unter fehlenden Bewusstsein für die Bedeutung der Presse in der demokratischen Gesellschaft begegnet werden. Jochen Hoffmann (Freie Wähler) ergänzte: Transparenz über wirtschaftliche Verflechtungen, wie sie die Partner der Initiative „Unser Land braucht seine Zeitungen“ fordern, sei eine Möglichkeit, die Medien-Nutzer zu sensibilisieren.

Engagiert für Qualitätsjournalismus und Pressevielfalt



Ausgaben von 2003 und 2008. Ihr Fazit: Es bestehe ein Trend zur „totalen Vereinheitlichung“. Zitat aus der M vom Mai 2009: „Taucht in Lübeck wie in Rostock eine identische Berichterstattung auf, so wird die individuelle Note nur durch ausgetauschte Straßeninterviews gesetzt. Grittmann warnt vor monopolistischer Einfalt: „Hier geht grundsätzlich etwas verloren.“ Qualitätsjournalismus sieht anders aus, doch dafür fehlt es an Ressourcen.“

Im Herbst sind Wahlen in Schwerin. In den vergangenen Jahren haben die Politiker aller demokratischen Parteien in Sachen Medienpolitik für ihr Land einiges dazugelernt. Unisono sehen sie die Presse des Landes in einer schwierigen Situation. Das ist ein Ergebnis der Diskussionsrunde mit Kandidaten zur Landtagswahl, die der DGB in Rostock kürzlich veranstaltete.

Und dann ist da noch ein anderes Problem in Mecklenburg-Vorpommern. Neben der Sachlage „Einfalt statt Vielfalt“ der bürgerlichen Medien gibt es auch die rechte Presse. Es sind Gratis-Blätter wie *Anklamer Bote*, *Greifswalder Bote*, *Bote für Usedom* und *Stralsunder Bote*, die von einer NPD-nahen Initiative herausgegeben werden. Nicht bestrittenes Ziel von NPD und rechter Presse ist es, in die Lücken, die traditionelle Medien hinterlassen, vorzudringen. Originalton der rechten Webseite freies-pommern.de: „In den letzten Tagen verteilten viele fleißige Aktivisten den *Anklamer Boten* in der Hansestadt an der Peene. Inhaltlich geht es in der Ausgabe um die Themen Kinderschänder, die Ausgaben für Asylanten, den Schwund beim *Nordkurier*, die Streichung des Heizkostenzuschusses und vieles mehr.“

Wulf Beleites ■



Foto: dpa / Martin Schütt

**Vor Verhandlungsbeginn
im Landgericht Erfurt**

Sauber abgezockt

Betrug beim Kinderkanal wirft ein schlechtes Licht auf die gesamte Branche

Im Programm hat sich nichts geändert. Morgens verkündet das gutgelaunte Kikanichen nach wie vor sein fröhliches „Dibedibedab“, abends grummelt in Endlosschleife unge-rührt Bernd das Brot vor sich hin. Dabei ru-mort es hinter den Kulissen des Kinderkanals wie selten zuvor bei einem öffentlich-recht-lichen Sender. Vor dem Landgericht Erfurt muss sich der ehemalige Herstellungsleiter K. wegen Millionenbetrugs verantworten.

Bestechlichkeit und Untreue in 48 besonders schweren Fällen werden dem einstigen Mann aus der Kika-Führungsspitze vorgeworfen. Das Urteil wird Anfang Juli (nach Redaktionsschluss) erwartet. Berücksichtigt im Verfahren gegen K. wurden allerdings nur jene Rechnungen in Höhe von insgesamt 4,6 Millionen Euro, die seit 2005 ohne Gegenleistung an Produktions-firmen erstellt worden sind. Die früheren Betrugsfälle sind verjährt. Schon am ersten Verhandlungstag, am 6. Juni, hatte K. ein umfassendes Geständnis abgelegt. Als Erklärung für seine Spielsucht führte er neben der eigenen Überforderung auch das „raue“ Arbeitsklima an; der Umgang sei „brutal“ gewesen. Der 43jährige versicherte, dass außer ihm niemand beim Sender von den Scheingeschäften gewusst habe. Insgesamt waren im Verlauf von zehn Jahren unter Federführung des Angeklagten 8,2 Millionen Euro unterschlagen worden. Kaum vorstellbar, dass das bei einem jährlichen Etat von 38 Millionen Euro nie-mandem aufgefallen ist.

Aber das hat man sich bei früheren ARD-Affären auch schon gefragt. Erst die Schleichwerbung in Produktionen der Bavaria („Marienhof“), dann die Betrügereien der Sportchefs Jürgen Emig (HR) und Wilfried Mohren (MDR), schließlich die Affäre um NDR-Fernsehspielchefin Doris J. Heinze: In fraprierender Regelmäßigkeit kommen neue Skandale ans Licht. Jedes Mal wird beteuert, es handele sich um Einzelfälle. Doch die Kontrollmechanismen scheinen weitere Betrügereien nicht ver-

hindern zu können. Der Kinderkanal zum Beispiel ist durch die Landesrechnungs-höfe von Thüringen und Rheinland-Pfalz bis 2008 sechs Jahre lang geprüft worden. Untersuchungen durch die Revisionen von HR und ZDF ergaben ebenfalls keine Auffälligkeiten.

Das System K. funktionierte ganz ein-fach, und wäre es nicht dank der Selbst-anzeige seines Komplizen aufgefliegen, die beiden würden vermutlich auch weiterhin ungestört kassieren. K.s Partner war Ge-schäftsführer der Berliner Produktionsfir-ma Kopffilm. Er hat gestanden, den Kika gemeinsam mit K. um 6,7 Millionen Euro betrogen zu haben: Der Sender musste Rechnungen für Internetauftritte, Anima-tionen und grafische Arbeiten begleichen, deren Leistungen nie erbracht worden sind. Auf ähnliche Weise hat K. sich offen-bar weitere 1,5 Millionen gemeinsam mit anderen Firmen erschlichen. Die Ermitt-lungen gegen den ehemaligen Geschäfts-führer der Produktionsfirma sind abge-schlossen. Nach Angaben der Erfurter Staatsanwaltschaft wird der Prozess zeit-nah eröffnet.

■ Millionen für Glückspiel

Das Geld hielt bei K. allerdings nie lange vor: Er war notorischer Glücksspie-ler, und angeblich wusste man das auch beim Sender. So heißt es zum Beispiel laut *Spiegel* in einer von Intendant Markus Schächter unterzeichneten Vorlage für den Verwaltungsrat des ZDF, die Informa-tion über die Glücksspielleidenschaft K.s habe „nachweislich die Leitungsebene des Kika erreicht.“ Es hätte daher Veranlas-sung bestanden, den „fundierte Gerüch-ten“ nachzugehen – ein Frontalangriff ge-gen Frank Beckmann. Der war von 2000 bis 2008 Programmgeschäftsführer des Kindersenders, ist seit zweieinhalb Jahren Fernsehdirektor des NDR und weist die Anschuldigungen von sich. Nach der Spielleidenschaft des Herstellungsleiters

gefragt, antwortet Beckmann in einem In-terview mit dem NDR-Medienmagazin „Zapp“, er habe „in keinsten Weise einen Verdacht schöpfen können. Für mich war das ein Mann, auf den man sich verlassen konnte.“

ZDF-Eigengewächs Beckmann, der für das Kinderfernsehen der Mainzer unter anderem die Nachrichtensendung „logo“ moderiert hat, ist Ende 1997 als Leiter der Eigenproduktion zum Kinderkanal ge-kommen. Der Sender hatte im Januar je-nes Jahres den Betrieb aufgenommen; K. gehörte zu den Pionieren, die den Kika aufgebaut haben. Die im Dezember 2010 ans Licht gekommenen Betrügereien K.s seien für ihn „völlig unvorstellbar“ ge-wesen. Dass ihm die Unregelmäßigkeiten verborgen geblieben sind, begründet Beck-mann mit der vielerorts üblichen Aufgabenteilung: Er selbst war für die In-halte zuständig, K. kümmerte sich um die Finanzfragen; vor allem um die eigenen. Beobachter verweisen auf Gerüchte, die via „Flurfunk“ die Runde gemacht hätten. Neben der angeblich „ausgeprägten Spiel-leidenschaft“ K.s sei auch die Rede von ei-ner luxuriösen Urlaubsreise gewesen, einer großen Wohnung in Berlin, einer größe-ren Erbschaft. Womöglich ist das ganze Ausmaß des Skandals noch gar nicht be-kannt: Mitarbeiter des Thüringer Landes-kriminalamtes haben diverse Wohnungen und Firmen untersucht, eine davon ein angeblich renommierter Baden-Badener Trickfilmunternehmen. K. soll noch mit mindestens vier weiteren Firmen Schein-geschäfte abgewickelt haben. Die Staats-anwaltschaft ermittelt noch gegen 11 Per-sonen, sechs Geschäftsführer und fünf KiKa-Mitarbeiter. Beim MDR musste in Folge des Skandals Verwaltungsdirektor Holger Tanhäuser seinen Hut nehmen, Kika-Programmgeschäftsführer Steffen Kottkamp erhielt eine Abmahnung.

Die Allianz der deutschen Film- und Fernsehproduzenten nutzt die Aufdeckung der jahrelangen Betrügereien, um eine alte

Forderung zu wiederholen: Schon seit Jahren verlangt der Interessensverband eine detaillierte Auskunft über den genauen Umfang der öffentlich-rechtlichen Auftragsproduktionsmittel. In anderen Ländern, sagt ein der Allianz nahestehender Experte für Medienrecht, „ist die Transparenz viel größer, dort müssen die Sender Auskunft darüber geben, mit welchen Produktionsfirmen sie welche Umsätze machen. In Deutschland gibt es diese Vorschrift nicht. Die Intransparenz der deutschen Produktionsbranche sucht weltweit ihresgleichen.“ Die Hinweise der ARD-Mitglieder und des ZDF auf den Binnenpluralismus und die Kontrolle durch ihre Gremien lässt der Jurist nicht gelten: weil sich „deren Mitglieder in der Regel mit dem Sender solidarisieren.“ Fast naheliegend sei daher „die Vermutung, dass dieser Mangel an Transparenz auch gewisse Tendenzen der Mausehelei nach zieht.“ Ob der Kika-Skandal nicht möglich gewesen wäre, ist Spekulation, aber er hätte wohl zumindest nicht diese Ausmaße angenommen, denn: „Mehr Transparenz würde auch dazu führen, dass sich die Firmen gegenseitig stärker auf die Finger schauen.“

Quer durch alle Sender ist man sich allerdings in der Einschätzung einig, dass Missbrauch nie zu hundert Prozent auszuschließen sei, „sonst wäre die Welt ja frei von Verbrechen und Vergehen“, meint ZDF-Sprecher Walter Kehr: „Das gilt im Geschäftsleben wie im Straßenverkehr.“ Frank Beckmann vergleicht den Kika-Betrug mit dem Fall Heinze, deren Mausehelei im Sender ja angeblich auch niemandem aufgefallen sind: „Doris Heinze hat eine besondere Vertrauensstellung genossen, da hat man natürlich Entscheidungsspielräume. Der Betrug hat so reibungslos funktioniert, weil sie Komplizen in Produktionsfirmen hatte, die die Prozesse weiter verschleiert haben.“ Auch Beckmann ist überzeugt, es könne keine absolute Sicherheit geben: „Wenn jemand betrügen will, wenn jemand Regeln bricht und seine Vertrauensposition ausnutzt, wenn er dann auch noch Mitwisser und Mittäter hat, dann wird man einen Betrug nicht hundertprozentig verhindern können. Bei der Produktion von Fernsehfilmen gilt dasselbe wie auch sonst im Leben: Es muss ein gewisses Grundvertrauen geben.“ Ganz ähnlich äußerte sich MDR-Intendant Udo Reiter über den Kika-Herstellungsleiter: „Wenn jemand in einer solchen Position kriminelle Energie entwi-

ckelt, wird es gefährlich. Er missbraucht dann das Vertrauen, das man für seine Leitungsaufgabe in ihn gesetzt hat.“

Nach praktisch jeder Affäre haben alle Sender ihre Transparenzregeln überprüft und zum Teil verschärft. Wichtigste Sicherheitsvorkehrung ist das Vier-Augen-Prinzip, das beim Kika-Betrug systematisch ausgehebelt worden ist. ZDF-Sprecher Walter Kehr erklärt es so: „Grundsätzlich müssen die Genehmigungsstränge einer Auftragserteilung und der späteren sachlich-richtig-Zeichnung für die erbrachte Leistung sowie die Zahlungsanweisung voneinander strikt getrennt sein. Natürlich darf der Genehmiger nicht im Abhängigkeitsverhältnis zum Auftragserteilenden stehen.“ Die Zahlungsanweisung erfolge erst, wenn ein Auftrag „korrekt und vollständig ausgeführt worden ist.“

■ Richtlinien für Offenlegung

Beim SWR hat laut Sprecher Wolfgang Utz eine Überprüfung nach dem Kika-Skandal zu der Einschätzung geführt, „dass wir eine hohe Regelungsichte und -kontrolle erreicht haben, die nur mit erheblicher krimineller Intensität und das Zusammenwirken mehrerer Beteiligten durchbrochen werden kann.“ Das laufende Controlling „in den Direktionen, in der Hauptabteilung Finanzen und der Hauptabteilung Personal, Honorare und Unternehmensentwicklung gewährleistet, dass Auffälligkeiten zwischen Plan-Soll und Ist-Aufwendungen sichtbar werden.“ Das Alleinzeichnungsrecht gilt beim SWR nur für Beträge bis 25.000 Euro, beim Bayerischen Rundfunk gar nur bis 5.000 Euro.

Der BR hat sich nach Angaben von Sendersprecher Christian Nitsche bereits im Rahmen der „Marienhof“-Affäre intensiv mit dem Thema Korruption befasst und zusätzliche, nach eigener Ansicht beispielhafte Maßnahmen ergriffen, etwa die Anpassung der Beschaffungsordnung, Richtlinien für Offenlegung von Interessenskonflikten sowie einen verbindlichen Verhaltenskodex, der die Mitarbeiter zu einem integren Verhalten verpflichtet und Korruption jeglicher Ausprägung verhindern soll. In diesem werden Themen wie Nebentätigkeiten, Annahme von Geschenken oder die Verpflichtung von Angehörigen genau beschrieben, ebenso die grundsätzliche Gültigkeit des Vier-Augen-Prinzips. Erst kürzlich wurde neben einem Antikorruptionsbeauftragten auch die Stelle

eines Ombudsmanns eingeführt, der Informationen über Korruptionsverdacht entgegen nimmt. Beim BR setzt man aus Gründen der Korruptionsprävention zudem nicht bloß auf vier, sondern auf viele Augen. Für nachträgliche Änderungen in Projektplänen zum Beispiel sind gleich sechs Unterschriften erforderlich.

Beim WDR gab es laut Unternehmenssprecherin Gudrun Hindersin „schon vor der Aufdeckung des ‚Falls Heinze‘ umfangreiche Vorschriften in Programm- und Dienststanweisungen für den Umgang mit Personen und Programmverantwortung. Aus unserer Sicht wäre ein vergleichbarer Fall im WDR kaum vorstellbar gewesen.“ Auch beim Kölner Sender sind Unabhängigkeit, Glaubwürdigkeit und Integrität in einem Verhaltenskodex geregelt; einen Korruptionsbeauftragten und einen Ombudsmann gibt es hier bereits seit 2007.

Nach Meinung von Reinhold Kopp und Lutz Steffens gehen die öffentlich-rechtlichen Maßnahmen jedoch nicht weit genug. In einem Beitrag für epd media werfen die Juristen dem MDR „gravierende Organisationsmängel im Risikomanagement und im internen Kontrollsystem“ vor. Delegation von Verantwortung und Kontrolle von Prozessen seien nicht abgestimmt gewesen. Kopp und Steffens vergleichen die Rolle des Verwaltungsrats in einem öffentlich-rechtlichen Sender mit jener des Aufsichtsrats in einer Kapitalgesellschaft. Zu den Aufgaben gehöre daher „die umfassende Überwachung des internen Kontrollsystems, des dazu gehörenden internen Revisionssystems und des Risikomanagementsystems“. Korruptionsvorsorge „in gefahrgeneigten Geschäftsfeldern“ sei dabei ein Kernbestandteil. Den entschuldigenden Hinweis auf die neben- oder ehrenamtliche Tätigkeit der Verwaltungsratsmitglieder lassen die Anwälte nicht gelten: Die Übernahme eines solchen Mandats setze entsprechende Sachkunde voraus, „also die Mindestkenntnisse allgemeiner, wirtschaftlicher, organisatorischer und rechtlicher Art“, die erforderlich seien, um die anfallenden Geschäftsvorgänge „auch ohne fremde Hilfe zu verstehen und sachgerecht beurteilen zu können.“ In dieser Hinsicht hätten die Gremien der ARD-Sender „sichtlich Nachholbedarf“. Wenig Vertrauen haben die Juristen offenbar auch in die interne Aufklärung; vergleichbare Fälle würden bei privaten Unternehmen durchgängig von externen Kanzleien untersucht. Dem eng verbundenen Netzwerk aus Sendern, Produktionszulieferern, Förderungsinstitutionen und Werbepartnern, schließen Kopp und Steffens, würde es ohnehin gut tun, wenn unabhängige Experten „einen Blick auf die Geschäftsprozesse werfen würden.“

Tilman P. Gangloff ■



Logo: kika

Akzeptabel



Tarifrunde 2011 bei ARD und ZDF – fünf Abschlüsse

Inzwischen gibt es fünf Abschlüsse im Bereich der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten (DR, NDR, SR, SWR und ZDF). Es handelt sich um „Langläufer“ mit 21 bis 24 Monaten Laufzeit. Nur einer der Abschlüsse liegt über der Teuerungsrate – aber genau dieser Abschluss gilt nur für Angestellte und nicht für freie Mitarbeiter. Allesamt keine Jubelergebnisse, aber in Anbetracht der komplizierten Situation ein zu akzeptierendes Ergebnis.



Bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten hat jeder Sender seinen eigenen Haustarifvertrag. Es gibt also keinen Flächentarifvertrag für ARD und ZDF. Also getrennt marschieren und getrennt schlagen? Nein, dachten sich die Senderverbände in ver.di und verabredeten schon im Sommer 2010 ein konzertiertes Vorgehen. So wurden im September alle Vergütungstarifverträge gleichzeitig zu ihrem jeweils frühestmöglichen Termin gekündigt: Beim ZDF zum 31.12.2010, die meisten zum Ende März oder Ende April 2011; einige wenige Tarifverträge laufen noch später aus.

Auch auf weitgehend gleichlautende Tarifforderungen hatten sich die Senderverbände in ver.di verständigt: 5 % bei 12 Monaten Laufzeit, soweit möglich sollte auch eine Sozialkomponente enthalten sein. Ein solches Volumen würde zu Recht Erhöhung heißen, denn es läge deutlich über der aktuellen Teuerungsrate von fast 2,5 %.

Die Intendanten der Rundfunkanstalten vergleichen ihre Sender offensichtlich gerne mit dem Staatsdienst. Jedenfalls haben sie unisono den Tarifaabschluss im öffentlichen Dienst der Länder (TdL) vom Anfang dieses Jahres angeboten – allerdings zusätzlich mit Abstrichen. Dabei lag dieser Abschluss bereits deutlich unterhalb der Teuerungsrate – ist also genau genommen keine Erhöhung, sondern bloß eine Verringerung des Kaufkraftverlustes. Forderung und Angebot lagen also meilenweit auseinander!

Warum die Tarifrunde diesmal so schleppend in Gang kommt, hat einen tariftechnischen Hintergrund: Beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk gibt es zwei Mitarbeitergruppen, die Angestellten und die freien Mitarbeiter. Für die Angestellten ist es relativ einfach, einen Gehaltstarif-

vertrag so zu formulieren, dass bei ihnen auch das ankommt, was vereinbart wird. Da es im Rundfunk keine übertariflichen Lohnbestandteile gibt, kann der Arbeitgeber auch nichts anrechnen.

Bei den Freien ist es bisher noch nirgends gelungen, eine vereinbarte Erhöhung auch garantiert und vollständig ankommen zu lassen. Hier gibt es zu viele „Stellschrauben“, mit denen der Arbeitgeber das Einkommen von Freien verändern kann. Ihr Einkommen ist das Produkt aus Bezahlung pro Auftrag mal Anzahl der Aufträge. Selbst wenn man die Anstalt zwingen könnte, die Honorierung pro Auftrag anzuheben, hätte der Freie nicht automatisch auch ein höheres Einkommen, denn die Anstalt kann ihm einfach entsprechend weniger Aufträge erteilen. Aber noch nicht einmal das Honorar pro Auftrag ist exakt festgelegt. Anders als bei den Angestellten, für die es eine genaue Eingruppierung gibt, ist für Freie bei den meisten Anstalten lediglich ein Mindesthonorar für jede Tätigkeit festgelegt. Nach dem wird aber in der Regel fast niemand honoriert, bei solch einer miesen Bezahlung würden die meisten davonlaufen. Also wird real mehr gezahlt, vergleichbar mit außertariflichen Zulagen bei Angestellten, die der Arbeitgeber dann aber jederzeit auf Tarifierhöhungen anrechnen kann.

Bei einigen Anstalten gibt es einen Honorarraum, neben dem Mindesthonorar ist also auch noch ein Höchsthonorar für jede Tätigkeit festgelegt. Aber das hilft auch nicht weiter, wenn im Tarifvertrag nicht minutiös geregelt ist, unter welchen Voraussetzungen ein Honorar bei welchem Betrag innerhalb dieser Honorarspanne liegen muss.

Dass die Tarifsituation für die Freien so viel schlechter ist als bei den Angestellten hat auch den Grund, dass es für Freie schwierig ist zu streiken, ohne ihre Exis-

tenz zu riskieren. Deshalb haben sich die Senderverbände in ver.di darauf verständigt, Gehaltstarife und Honorartarife gekoppelt aneinander zu verhandeln und abzuschließen. Nur so kann man gemeinsam ein ausreichendes Drohpotential aufbauen, um auch für die Freien etwas zu erreichen.

Der erste Abschluss im Bereich von ARD und ZDF gelang beim NDR. Ein guter Abschluss, zwar mit 21 Monaten Laufzeit, dafür aber werden die Gehälter am Ende der Laufzeit um durchschnittlich mehr als 4,6 % höher liegen als bisher, das ergibt eine Tarifsteigerungsrate von über 2,6 % pro Jahr und liegt damit – wenn auch nur knapp – über der aktuellen Teuerungsrate. Gut an diesem Abschluss ist auch, dass er mit einem Sockelbetrag von 75 € im Monat eine deutliche Sozialkomponente enthält. Aber dieser Abschluss gilt nur für die Angestellten, über die Honorare der Freien soll später verhandelt werden – mit welchem Faustpfand?

Inzwischen sind (in dieser Reihenfolge) auch Abschlüsse bei SWR, ZDF, DR und SR gelungen. Im Volumen zwar etwas niedriger als beim NDR und leider teilweise ohne Sozialkomponente. Aber es sind Abschlüsse für Angestellte und für Freie. Die Laufzeiten betragen allesamt 24 Monate (wie bei der TdL), allerdings ist die Tarifrufte mit knapp 2,2 % etwas höher als die bei der TdL mit nur etwa 1,9 %.

Bezüglich des real Erreichten für die Freien unterscheiden sich die Abschlüsse durchaus; wo es bisher z.B. noch keine



Honorarfortzahlung im Krankheitsfall gab, konnte sie jetzt – auch unter solidarischem Verzicht der Angestellten – gesichert werden. Das oben geschilderte Grundübel

mit dem Produkt aus Betrag pro Auftrag und Anzahl der Aufträge, sowie mit den Mindesthonoraren ist aber auch diesmal noch nicht geknackt worden – schade! Bei den vielen noch ausstehenden Abschlüssen in den anderen Sendern wird genau darum gerungen. **Thobias Bossert** ■

+++ Tarifrunde im öffentlich-rechtlichen Rundfunk +++

**GUTE ARBEIT,
GUTES GELD!**

Chance für neuen Schub?

Filmmuseum Potsdam wird in Hochschule „Konrad Wolf“ integriert

Das Filmmuseum Potsdam wird zum 1. Juli 2011 zu einem Institut in der Hochschule für Film und Fernsehen „Konrad Wolf“ in Potsdam-Babelsberg. Gefeierte wird diese Integration offiziell erst am 3. November bei der Eröffnung der neuen ständigen Ausstellung „Traumfabrik – 100 Jahre Film in Babelsberg“. Doch zum Feiern ist nicht allen Beteiligten zumute. Viele Beschäftigte sehen der Konstellation mit Sorge entgegen.



Abbildungen © 2011 Filmmuseum Potsdam

Dabei sind beunruhigende Nachrichten für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des 1981 im Potsdamer Marstall (Foto rechts) eröffneten „Filmmuseums der DDR“ nichts Neues. Schon 2003 hatte das finanzschwache Brandenburg eine Wirtschaftlichkeitsstudie in Auftrag gegeben, ob das Filmmuseum erfolgreich aus der Reihe der Landesmuseen ausgegliedert werden könne. „Die untersuchten Modelle reichten von der Privatisierung bis hin zum Zusammenschluss sowie der Integration mit bestehenden Einrichtungen“, heißt es dazu auf eine Anfrage der Fraktion „Die Linke“ 2010. Die Antwort war damals nein.

Anfang der 1990er Jahre arbeiteten 35 Beschäftigte im Filmmuseum, 2007 wurde dem Museum angekündigt, dass es von 26 Personalstellen auf 21 Stellen zum Jahresende 2010 gesenkt werde. Die Direktorin Bärbel Dalichow protestierte damals energisch und sah durch den Personalabbau die Arbeit von 20 Jahren in Gefahr. Dazu kamen Kürzungen im Sachmitteleinsatz. Einen Ausweg hatte das Land in einer Koopera-

tion oder einem Zusammenschluss mit dem Filmmuseum Berlin – Deutsche Kinemathek erhofft, das vom Bund finanziert wird. Der künstlerische Leiter des Berliner Filmmuseums, Rainer Rother, erinnert sich, dass dies „interessante Überlegungen“ gewesen seien, die aber nicht detailliert genug durchdacht waren und auch keine finanzielle Grundlage hatten. Der Pressereferent des Bundeskulturministers erklärt, entsprechende Überlegungen seien „ausschließlich in der Presse diskutiert worden. Es haben aber zu diesem Thema keine förmlichen Gespräche unter Beteiligung des BKM stattgefunden, noch sind diese geplant.“

■ Keine Personalkürzungen

Das sah das Brandenburger Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur offenbar weniger förmlich, denn es unterstrich im Sommer 2010, es habe den Bund mehrfach zu überzeugen versucht, dass eine Bundesbeteiligung oder eine Übernahme des Filmmuseums Potsdam „museumsfachlich wie kulturpolitisch sachgerecht wäre“. Dies sei mit Hinweis auf die Haushaltskonsolidierung abgelehnt worden. Da diese „Optimalvariante“ nicht greife, sei nunmehr die Integration in die HFF die „vorrangige Entwicklungsoption“.

Am 1. Juli erhält das neue HFF-Institut Filmmuseum zunächst eine Doppelspitze: Direktorin Bärbel Dalichow wird das Haus in dieser schwierigen Phase zusammen mit dem HFF-Professor für Medienwissenschaft und Mediengeschichte Michael Wedel leiten. Weitere Personalkürzungen seien nicht geplant, so die Zusage des Landes Brandenburg. Die Beschäftigten des Filmmuseums bleiben im Landesdienst, bestätigt Personalratssprecherin Renate Schmal im Gespräch mit M. Die Zusammenarbeit mit dem Personalrat der HFF sei gut. Die Enttäuschung der Museumsmitarbeiter hat andere Gründe als die Angst um den Arbeitsplatz. Sie fürchten eine schlechende Verschiebung der Stellen und einen Bedeutungsverlust des Filmmuseums innerhalb der HFF, wenn entscheidende Personen der Fusion wie HFF-Präsident Dieter Wiedemann und Museumsdirektorin Bärbel Dalichow 2012 und 2013 in Ruhestand

gehen. Sie sind enttäuscht, dass sich das Land nicht zu seinem einzigartigen Filmschatz und dem geschlossenen Bestand der DEFA-Zeit bekennt.

Das Interesse der Studierenden zu wecken, sieht auch HFF-Präsident Wiedemann als Aufgabe, doch eine bauliche Möglichkeit, nämlich das 3.000-Quadratmeter-Archiv von der Pappelallee in ein neues Haus 6 der HFF umziehen zu lassen, hat sich bereits erledigt: „Die für den Neubau geplanten Mittel reichen dafür nicht aus“, so Wiedemann zu M. Doch Dalichow und Wiedemann setzen auf „Synergieeffekte“, um die Vermählung einer „Museumsbraut mit ausgeprägter Finanzschwäche“ (Dalichow in einer Presseerklärung zum Jahreswechsel) mit einem ebenfalls rechnenden Hochschulbräutigam („die Fusion zweier Armer“, schrieb die *Märkische Allgemeine*) zumindest zu einer erfolgreichen „Vernunfthe“ (Wiedemann) zu machen. Gemeinsame Drittmittel-Projekte, digitale und Akquise-Schulung der Museumsmitarbeiter, Einbindung von Lehrveranstaltungen in die Ausstellungen sowie ein europäischer Studiengang „Filmkulturerbe im digitalen Zeitalter“ schweben Dalichow vor. Der Master-Studiengang ist laut Wiedemann bereits entwickelt, die Einführung hänge aber von den Finanzen durch das Land ab. „Die HFF hat ihre Hausaufgaben gemacht...“

Der Vorstand des Fördervereins des Filmmuseums sieht die Fusion zwischen Hochschule und Museum „als einen sehr sinnvollen Zusammenschluss innerhalb des Netzwerks der Region“. Für den Vorsitzenden Ulrich Kling ist es „Chance und ein praktischer Schritt für einen neuen Schub“, den Marstall „zu einem weiteren Zentrum der Medienwelt“ zu machen. „Nachteile für das Filmmuseum durch die Fusion sehe ich nicht, und wenn sie sich zeigen sollten, werden wir sie hoffentlich ausräumen können.“

Der Filmverband Brandenburg in ver.di hat im Februar erklärt, die Hochschule könne für das Filmmuseum „genau der richtige Partner“ werden. Die Vorsitzende Katharina Riedel: „Die Verantwortung der Gestalter der Integration ist groß, das Vertrauen könnte größer sein...“

Susanne Stracke-Neumann ■



Rastplatz für Reflektion

Dokville in Stuttgart: Eine Art Bilanz und ein Blick in die Zukunft

„Dokumentarfilme zu produzieren, ist ein Luxus“ schilderte der junge Produzent Jochem Laube in einer Diskussionsrunde seine schmerzliche Erfahrung. Er hatte in der Filmakademie Ludwigsburg studiert, wo die Dok-filmklassen einen sehr guten Ruf haben und es mit der Programmierung „Junger Dokumentarfilm“ im SWR auch eine Öffnung zu den Sendern gibt. Aber dann musste er feststellen: als Produzent auf dem Markt überleben kann er mit Dokumentarfilm nicht.

Seit 20 Jahren arbeitet in Stuttgart das „Haus des Dokumentarfilms“, finanziell und personell dem SWR eng verbunden, und wollte auf dem inzwischen fest eingeführten Branchentreff „Dokville“ eine Art Bilanz ziehen und in die Zukunft schauen. Es hat sich im Lauf der Jahre viel verändert. Die Budgets sind gesunken und sinken immer noch. Die Technik, Filme herzustellen ist billiger und perfekter geworden. In den Sendern ist die Macht der Redakteure gestiegen, das Durchsetzungsvermögen der Autoren gesunken: „Heute zählen die Themen, nicht die Autoren“, so der Berliner Produzent Heiner Deckert.

Eine drastische Lagebeschreibung lieferte der Filmemacher Andres Veiel. Seiner

Ansicht nach steht dem Dokumentarfilm die große Krise erst noch bevor. Aus den Filmhochschulen des Landes kämen viele sehr gut ausgebildete Filmemacher, aber: „Dieses Land leistet es sich, seine besten Talente auf dem Gebiet des künstlerischen Dokumentarfilms zunächst aufzubauen, um sie dann systematisch verkümmern zu lassen“. Es gebe noch eine umfangreiche und vielfältige Produktion, doch bei näherem Hinsehen werde „offensichtlich, wie wenige Filme es gerade unter jungen Dokumentarfilmern gibt, die formal oder inhaltlich ins Risiko gehen, Neuland betreten, ihre Geschichten filmisch anders, unerwartet erzählen.“ Niemand könne sich unter den schlechten Produktionsbedingungen ausgiebige Recherche leisten und Filme drehen, die sich „mit den eigentlichen Krisen und den Machtverhältnissen des Landes auseinandersetzen“.

■ Code of Conduct für Sender

Wie werden Dokumentarfilme finanziert, wenn die Sender zwar immer mehr Ausspielkanäle füttern müssen, aber dafür nicht mehr Geld investieren? Inzwischen verhandeln die Interessenvertreter der Dokumentaristen, die AG Dok und die öffentlich-rechtlichen Sender miteinander. Es geht zum einen um einen gewissen Benimmcode. Er soll regeln, dass die Redaktionen auf eingereichte Projekte wenigstens antworten und im positiven Fall auch in angemessener Zeit Verträge vorlegen. Im Juni soll ein „code of conduct“ vorgelegt werden.

Vor allem aber geht es um Fragen der Finanzierung und

Kalkulation. Fernsehsender beteiligen sich kaum noch mit vollem Einsatz an der Produktion von Filmen. Zwischen 20 und 70 Prozent ist derzeit üblich. Gleichwohl möchten die Sender so viele Rechte wie möglich haben. Produzenten wie Wolfgang Bergmann etwa monieren, dass die Sender sich derzeit alle nur möglichen Online-Rechte im Vorgriff auf die Zukunft sichern wollen. Andererseits fühlen sich die Sender blockiert durch die langen Fristen der Kinoauswertung. Andere Finanzierungswege, etwa Crowdfunding über Online-Communities und Fangruppen werden nur für eine kleine Zahl themenzentrierter Filme gangbar sein.

Wie werden die nächsten zwanzig Jahre für den Dokumentarfilm ausfallen? Einige Tendenzen sind absehbar. Die Sender werden ihr Ausstrahlungsmonopol verlieren, sind jetzt schon dabei. Die Linearität des Programms wird sich auflösen, viele Zuschauer werden selbst über Zeit und Art ihrer Begegnung mit dem Dokumentarfilm entscheiden. Dazu müssen sie ihn dann erst in der Programmfülle finden. Das ist schon heute ein Problem, zumal die Sender die Filme zwar senden, wenn auch spät, aber nicht mehr für öffentliche Wahrnehmung sorgen.

Andres Veiel fand dazu einen schönen Begriff, mit dem sich arbeiten ließe und den man aus dem Museum kennt: den Kurator. Kurator ist, wer für die Kunst die Sorge trägt, sich um sie Sorgen macht. Der „nicht nur das verbreitet, was ohnehin existiert, sondern auswählt, fördert, Akzente setzt und damit nicht nur abgebildete Phänomene verbreitet, sondern Kontexte herstellt, Gewordenheiten sichtbar macht, indem hinter den Oberflächenreiz der Dinge geschaut, ihre Geschichtlichkeit herausgearbeitet wird.“ Eine große Aufgabe, die Veiel da den Sendern zuweist: „Das Kuratieren von Filmen, die sich vom Strom der Bilderflut abheben, die ihn strukturieren, verdichten, vertiefen – das wird eine der Hauptaufgaben des Fernsehens sein, will es sich nicht selbst abschaffen“.

Dazu müsse, so Veiel, auf die Sender auch politischer Druck ausgeübt werden. Die gegenwärtig anhebende Debatte um den Kultur- und Bildungsauftrag der öffentlich-rechtlichen Sender sieht Veiel hoffnungsvoll. „Das Genre wird in der Zukunft für ein demokratisches Gemeinwesen notwendiger denn je sein – als kulturelles Gedächtnis, als Instrumentarium, eine komplexen Wirklichkeit neu und in einem anderen Kontext zu betrachten, als Rastplatz der Reflektion – und damit als Sauerstoff einer Gesellschaft, die sich angesichts eines Terrors der informativen Verfügbarkeit immer mehr das Innehalten, die Reflektion, die Selbstvergewisserung leisten MUSS.“

Fritz Wolf ■



Foto: HDf

Gabriele Röthemeyer (links), Geschäftsführerin Filmförderung bei MFG Medien- und Filmgesellschaft Baden-Württemberg mbH mit dem Regisseur Wim Wenders, der 2011 den Deutschen Dokumentarfilmpreis erhielt

Tarifverhandlung Kino ergebnislos

Arbeitgebervertreter ohne besseres Angebot

Die Verhandlungen für die etwa 6.000 Kinobeschäftigten, zwischen dem Arbeitgeberverband HDF-Kino und ver.di wurden in der dritten Runde am 10. Juni nach vier Stunden ergebnislos beendet. Ein neuer Termin war bis Redaktionsschluss noch nicht vereinbart.

Obwohl die Arbeitgeber in der zweiten Verhandlungsrunde eine Verbesserung ihres Angebots bestehend aus einem Sockelbetrag von 0,25€ ab dem 01.07.2011 und einer Erhöhung um 2,6% ab dem 01.07.2012 signalisiert hatten, wurde kein neues Angebot vorgelegt. Die Forderungen von ver.di wurden weitgehend abgelehnt. Die ver.di-Verhandlungskommission hat den eigenen Kompromissvorschlag aus der letzten Runde noch einmal bekräftigt. Danach muss ein Abschluss mindestens einen Sockelbetrag von 0,45€ ab sofort und eine lineare Erhöhung von 4,5% ab Mitte nächsten Jahres betragen. Zusätzlich muss die geringere Erhöhungswirkung für die Vorführer durch eine Sonderzahlung ausgeglichen werden. Die Einführung der zusätzlichen Berufsjahresstufen kann im Juni 2012 geschehen. *pm* ■

Haustarifvertrag für UCI

Bundesregelungen übernommen

Nachdem die dritte Runde der Tarifverhandlungen zwischen ver.di und dem HDF-Kino ergebnislos endete forderte UCI-Kinowelt ver.di zu Haustarifverhandlungen auf. In dieser ersten Verhandlungsrunde am 21. Juni konnte nach 9 Stunden ein Tarifergebnis für die Beschäftigten der UCI-Kinowelt erzielt werden.

Die Regelungen des Bundestarifvertrages zwischen ver.di und HDF-Kino e.V. konnten im Wesentlichen als Haustarifvertrag für die UCI-Kinowelt in Kraft gesetzt werden, der zum 1. Juli 2011 in Kraft tritt.

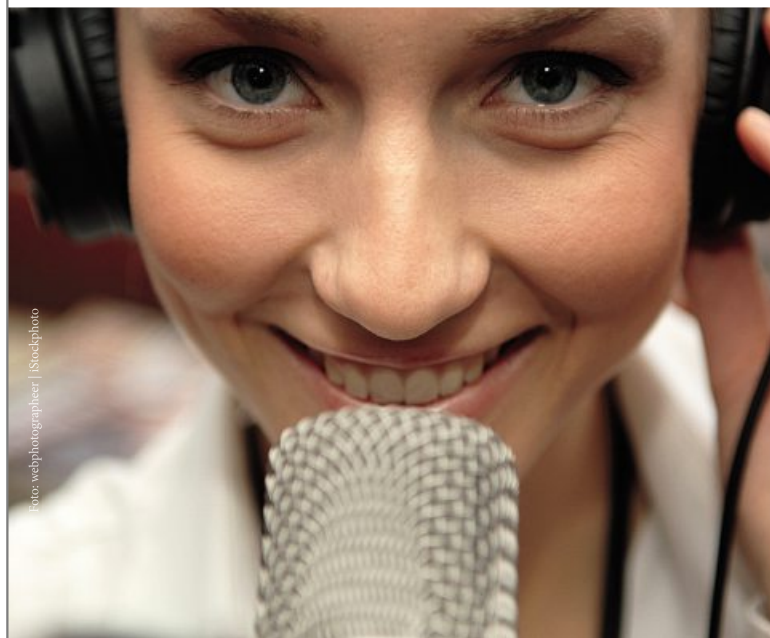
Die Stundenentgelte steigen ab 1. Juli 2011 um einen Festbetrag von 0,45€ je Stunde und ab dem 01.07.2012 um weitere 4,5%. Darüber hinaus konnte u.a. erreicht werden:

Eine weitere Berufsjahresstufe für Kassiererinnen und Einlasskontrollleure, Platzanweiserinnen sowie Verkäufer (Thekenkraft) nach 5 Jahren mit einer Erhöhung der Stundenentgelte um 0,07€ ab 01.07.2013 (Dessau = Ortsklasse S = 0,05€). Sowie die erstmalige tarifliche Regelung der Entgelte der Assistentinnen und Assistenten der Theaterleitung in 4 Berufsjahresstufen. Weiterhin ist uns die Steigerung der Jahressonderleistung gelungen. 2011: 700,00€. 2012: 700,00€. 2013: 745,00 €. Eine Einmalzahlung für Vorführer (Juli 2011): bis 3 Jahre Berufstätigkeit 50,00€ ab 3 Jahre Berufstätigkeit 80,00€, ab 5 Jahre Berufstätigkeit 140,00€.

Der Haustarifvertrag für die UCI-Kinowelt ist erstmals zum 30. September 2014 kündbar. *pm* ■

 pensionskasse
rundfunk

Anzeige



Job: Freien Status genießen.

Ruhestand:
Sicherheit genießen.

Die Altersversorgung für Freie.

Kommen Sie in den Genuss:
www.pk-rundfunk.de/3mmm0711

In der Suchschleife

Praktika als zusätzliche Probezeit auf Kosten der Gesellschaft

Die „Generation Praktikum“ ist kein kurzzeitiges Phänomen unserer Wirtschaft, sie löst sich nicht allein durch den prognostizierten Fachkräftemangel, sondern ist bei vielen Arbeitgebern zu einer zusätzlichen Probezeit auf Kosten der Gesellschaft avanciert. Das stellt die zweite DGB-Studie „Generation Praktikum 2011“ fest, für die nach vier Jahren erneut Absolventinnen und Absolventen über ihren Berufseinstieg befragt wurden. Deshalb fordert der DGB die gesetzliche Regulierung der Praktika als Lernverhältnis.

Nur jeder Fünfte hat 3,5 Jahre nach Studienabschluss eine unbefristete Stelle gefunden. 38 Prozent der Absolventen haben nach dem Studium noch ein Praktikum absolviert. Während Arbeitgeber dies gerne als notwendig wegen der mangelnden Praxiserfahrung der Akademiker bezeichnen, ergab die Befragung, dass ein Drittel der Studierenden das erste Praktikum schon vor Studienbeginn antritt, nahezu die Hälfte in das Studium eingebaute Praktika absolviert und fast zwei Drittel in dieser Zeit freiwillige Praktika ableistet. Von Praxisfremdheit kann wohl nicht ernsthaft die Rede sein.

Hatten die Wissenschaftler der Absolventenforschung der FU Berlin im Auftrag von DGB und Hans-Böckler-Stiftung 2007 rund 500 Fragebögen von Absolventen der FU Berlin und der Universität zu Köln ausgewertet, so liegen der neuen, ebenfalls nicht repräsentativen, Studie diesmal 674 Antworten von Absolventen der FU Berlin, der Kölner Uni sowie der Unis in Rostock und Hamburg zugrunde. Für die Medienbranche ist bei den 38 Prozent, die nach dem Abschluss „ein Praktikum oder eine praktikumsähnliche Tätigkeit“ machen, allerdings Vorsicht geboten, da unter die „praktikumsähnlichen Tätigkeiten“ nicht nur Hospitationen, sondern auch Volontariate und Traineeships gezählt werden. Zum einen also reguläre journalistische Ausbildungsverhältnisse und zum anderen ein Begriff, der auch für den Führungsnachwuchs in der Verlagsbranche verwendet wird. Ohne diese Beschäftigungsverhältnisse bleiben aber im Gesamtbild immer noch 29 Prozent Akademiker mit „echten“ Praktika übrig. Wie 2007 sind

auch 2011 mehr Frauen (32 Prozent) in dieser „Suchschleife“ als Männer (25 Prozent), was auch an den bevorzugten Studiengängen und Branchen liegt.

Auffällig gestiegen ist die Zahl derjenigen, die sich durch ein Praktikum den Einstieg in ein festes Arbeitsverhältnis erhofft: Waren dies 2007 rund 35 Prozent, so setzen jetzt die Hälfte der Absolventen ihre Hoffnung auf den sogenannten Klebeffekt, der aber gerade mal für ein Fünftel Wirklichkeit wird. Gesunken ist die Dauer der Praktika, worin DGB-Jugendsekretär René Rudolf einen Erfolg der gesellschaftlichen Diskussion sieht. Von 45 auf 40 Prozent gefallen ist auch die Zahl der unbezahlten Praktika, allerdings auch der Durchschnittsverdienst, nämlich auf 551 Euro monatlich oder 3,77 Euro pro Stunde – und das obwohl vier Fünftel angeben „vollwertige Arbeit“ geleistet zu haben und drei Viertel völlig in den Arbeitsablauf des Betriebes eingebaut waren.

■ Häufig ein Nullsummenspiel

Die höchsten Praktikazahlen nach dem Studium erreichen die Studienrichtungen Sozialwissenschaften und Psychologie (68 %) sowie Geistes- und Kulturwissenschaften (55 %). Die wenigsten Praktika leisten die Techniker und Ingenieure (3 %), gefolgt von den Erziehungswissenschaftlern und Pädagogen (9 %). Den Spitzenplatz bei den Branchen in der Häufigkeit der Praktika belegen Presse, Rundfunk und Fernsehen (44 %), bei denen zwei Drittel der akademischen Praktikanten mit durchschnittlich 430 Euro oder einem Stundenlohn von 2,93 abgefunden wird. Ein Drittel geht leer aus. Wer sich auf ein Praktikum im Bereich Kunst und Kultur einlässt, sieht diesem Nullsummenspiel allerdings mit einer Wahrscheinlichkeit von 67 Prozent entgegen. Auch bei den Praktika nach akademischen Weihen gibt es ein Nord-Süd-Gefälle: Hochburgen sind Berlin (60 %) und die Küstenländer (63 %), die mit 52 Prozent auch den Spitzenwert bei den unbezahlten Praktika einnehmen.

Finanziert wird diese zusätzliche Probezeit und der „kostengünstige“ Einsatz motivierter junger Arbeitskräfte in Unter-



Praktikantendemo in Berlin 2009

nehmen durch die Gesellschaft, die Arbeitenden und ihre Familien: In 56 Prozent der Fälle zahlen die Eltern zu, 43 Prozent der Praktikanten plündern dafür ihre Ersparnisse und 22 Prozent erhalten in dieser Zeit Sozialleistungen vom Staat.

Der DGB lehnt Praktika nach dem Studienabschluss ab und fordert, Praktika im Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) eindeutig als „Lernverhältnisse“ zu definieren. Doch das bereits vorbereitete Gesetz der schwarzroten Koalition ist ganz tief in den Schubladen der Arbeits- und der Wissenschaftsministerin versunken. Für eine Regulierung sprachen sich bei einer Veranstaltung der DGB-Jugend in der Berliner Volksbühne die Vertreter der Grünen, der Linken und der SPD aus. Sie sehen in der Eingrenzung der Praktika und der Einführung eines allgemeinen Mindestlohns Möglichkeiten, den „ramponierten Faktor Arbeit“ wieder aufzuwerten und den Berufseinstieg wieder zu einer echten Startchance zu machen. Ein länderübergreifendes Problem, wie die Diskussion über die „Generation Praktikum“ nicht nur in der Europäischen Union zeigt. Die Illustrationen und Plakate zur neuen Studie stammen übrigens von zwei jungen Kreativen aus den Niederlanden, die sich nach niederschmetternden Erfahrungen als Layouterin und Fotograf auf Jobsuche schließlich für den Sprung in die Selbstständigkeit entschieden – mit Hilfe ihrer Eltern. Elf Prozent der deutschen Befragten sind den gleichen Weg gegangen.

Susanne Stracke-Neumann ■

Info

Boris Schmidt, Heidemarie Hecht: Generation Praktikum 2011 – Praktika nach Studienabschluss: Zwischen Fairness und Ausbeutung.
<http://www.dgb-jugend.de/>
http://www.boeckler.de/320_113640.html

Kränkelt die Journalistik?

Medienausbildung an Hochschulen: Trend zur Public Relation

Die Zahl der Profis im Journalismus geht zurück, die in den Public Relations steigt. Zeichnet sich in der Ausbildung die gleiche Verschiebung ab wie im Berufsfeld?

Im Januar gab es einen Aufschrei in Wissenschaft und Gewerkschaften, als der Leipziger Journalistik-Lehrstuhl von Michael Haller nach dessen Emeritierung in eine Professur für Umwelt- und Gesundheitskommunikation umgewandelt werden sollte. Die „kalte Übernahme“ durch die PR sei inzwischen zurückgenommen worden und das Institut erarbeite ein neues Profilpapier, entwarnte Haller. Ist der Fall Leipzig symptomatisch für eine „kränkelnde“ Journalistenausbildung an den Hochschulen?

Verschulung und Ökonomisierung der Ausbildung seien zentrale Veränderungen im Zuge des „Bologna-Prozesses“, bilanzierte Klaus-Dieter Altmeyden, Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft (DGPK) zu Beginn einer Diskussion über die Journalistenausbildung an Hochschulen, zu der die Fachgesellschaft während ihrer Jahrestagung Anfang Juni in Dortmund eingeladen hatte. Journalistik werde immer häufiger an Fachhochschulen, oft zusammen mit PR angeboten. Der Praxisbezug sei verstärkt und Impulse aus der Journalistikforschung als Reflexionswissenschaft fehlten.

Für junge Menschen ist es immer noch attraktiv, „etwas mit Medien“ zu machen. Zurzeit gibt es etwa 500 entsprechende Studiengänge an Universitäten und Fachhochschulen. Die öffentlichen Hochschulen regeln den Zugang über einen Numerusklausur und begrenzen ihn

zudem teilweise durch Studiengebühren, die privaten Einrichtungen verlangen. Durch Geld statt Note bekämen die eine Chance, deren Abi-Schnitt z.B. für den Dortmunder Studiengang nicht reicht, erklärte Roland Schröder, Journalistikprofessor an der Business and Information Technology School (BiTS) in Iserlohn, die etwa 700 Euro pro Monat kostet. Die Absolventen hätten gute Jobaussichten.

■ Wenig Zeit für Reflexion

Private Fachhochschulen „bedienen einen Markt“, konstatierte Frank Lobigs, der das von ihm geleitete Dortmunder Institut als „Gegenmodell“ dazu präsentierte, da es „auf eine öffentliche Aufgabe hin orientiert“ sei. In Dortmund gebe es keine PR, denn sie sei nicht „Gemeinwohl orientiert“. Diese Rigorosität, die im Publikum zum Teil als Arroganz gegenüber Fachhochschulen und PR rüberkam, teilten seine professoralen Kollegen nicht. Für die Uni Münster, an der für Medienberufe ausgebildet wird, stellte Professor Bernd Blöbaum fest: „Mit einer soliden Journalistenausbildung kann man auch in der PR arbeiten.“ Allerdings müsse eine „öffentliche Einrichtung nicht für das Industrie geprägte Feld ausbilden.“ Sowohl die private Fachhochschule Iserlohn als auch die staatliche in Bremen bieten grundständige Journalismusstudiengänge an, vermitteln aber zudem Kenntnisse über PR, denn damit müssten Studierende „sich auch auseinandersetzen“, so die Bremer FH-Professorin Beatrice Dernbach.

Das eigentliche Problem sei nicht die Abgrenzung zwischen PR und Journalismus in den Studiengängen, sondern zu

wenig Zeit für Reflexion, sagte Michael Haller. Damit spielte er auf den zunehmenden Medienpraxisbezug an. Dieser gehe auf die Erwartung der Studierenden nach mehr Berufsorientierung zurück, betonte Bernd Blöbaum.

Mit der Metapher vom „Gärtner und Botaniker“ hatte der Hamburger Professor Siegfried Weischenberg veranschaulicht, dass die Journalistik beides braucht: wissenschaftliche Theorie und Medienpraxis. Dabei sei es irrelevant, ob das Fach an einer Uni oder in einer FH gelehrt werde. Ausschlaggebend sei die Qualität der Ausbildung. Als Negativbeispiel nannte er die Fachhochschule Ansbach, wo eine Professur als „Eier legende Wollmilchsau“ verschiedenste Studieninhalte vermitteln müsse, was zu Lasten von Qualität gehe.

Auch dju-Gewerkschafterin Manon Westphal betonte, wie wichtig eine Qualität sichernde Verzahnung von Praxis und Theorie ist, denn: „Die Gesellschaft braucht kritischen Journalismus!“ Kontraproduktiv sei da der Masterstudiengang „Journalismus und Medienwirtschaft“, der zum Wintersemester 2010/11 an der FH Kiel eingerichtet wurde – in Kooperation mit dem Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlag. Er kombiniert die Verlagsausbildung mit dem Studium, so dass die Volontäre etwa 20 Stunden mehr Arbeitsbelastung haben und auf eine Sieben-Tage-Woche kommen. Wo bleibt da noch Zeit für akademische Reflexion der Medienpraxis?

Ulrike Kaiser (DJV) warnte vor einer „rapiden Deprofessionalisierung im Journalismus“ durch den Rückzug der Journalistik zugunsten von PR in den Studiengängen. Sie schlug eine Neuauflage des Memorandums zur Journalistenausbildung vor, das 1973 unter Federführung des Preserates verabschiedet wurde – und stieß damit nicht nur bei ihrer Gewerkschaftskollegin auf offene Ohren.

In der professoral dominierten Debatte kam eins zu kurz: die durch zunehmende Prekarisierung geprägte Arbeitswelt von jungen Wissenschaftlern und Medienschaffenden. Wen wundert es da, dass für eine akademische Karriere eine hohe intrinsische Motivation nötig ist? Dass viele Studierende eine berufsbezogenere Ausbildung in Fachhochschulen – andere Medienberufe als den Journalismus anstreben – mit besseren Jobschancen und höherem Einstiegseinkommen? Das, was zurzeit von der Journalistenausbildung an Hochschulen erwartet wird, bringt ein Vortrags-titel der Dortmunder Tagung auf den Punkt: „Nicht so viel Theorie und später schnell einen sehr guten Job“. Wenn sich das ändern soll, müssen sich die Arbeitsbedingungen ändern – in Wissenschaft und Medienpraxis.

Bärbel Röben ■

Jahrestagung der DGPK in Dortmund



Foto: Caroline Lindkamp

Zweitbestes Ergebnis

VG Wort: Wahlen, Beschlüsse und heftige Diskussion

Mit Erlösen von 131,7 Millionen Euro erreichte die Verwertungsgesellschaft Wort 2010 ihr bislang zweitbestes Ergebnis. Auf den Versammlungen am 20. und 21. Mai in München spielte der Geschäftsbericht allerdings kaum eine Rolle.

Zu groß war der Abstand zum Ausnahmejahr 2009, in dem eine Nachzahlung von 282 Millionen Euro Urhebervergütungen für Multifunktionsgeräte für frühere Jahre zu Erlösen von mehr als 434 Millionen Euro geführt hatte. Zudem standen die Neuwahlen der Delegierten der Wahrnehmungsberechtigten und der Mitglieder des Verwaltungsrats an sowie umfängliche Änderungen und Ergänzungen im Wahrnehmungsvertrag und den Verteilungsplänen.

Besonderheiten gab es im Geschäftsjahr 2010 der VG Wort kaum. Mit über 66 Millionen Euro sind wiederum die Reprografie-Vergütungen für das Vervielfältigen von Texten der größte Einnahmeposten. Im audiovisuellen Bereich gibt es jetzt zwar endlich erste Einnahmen für PCs, Speicherkarten und USB-Sticks, die Aufteilung innerhalb der für die Verwertungsgesellschaften verhandelnden ZPÜ kann aber erst nach einer Studie im Sommer 2011 geregelt werden.

Immerhin ging eine Nachzahlung für 2002 bis 2007 ein, aus der rund 15 Millionen Euro in den Bereich Hörfunk / Fernsehen fließen. Hier stiegen die Einnahmen insgesamt von 10,8 auf 26,8 Millionen Euro. Damit werden die sinkenden Ausschüttungsbeträge an Drehbuch- und Synchronautoren aber nur zum Teil ausgeglichen werden können.

■ Kontroverse um Presse-Repro

Eine heftige Diskussion gab es über die Regelungen zu Presse-Repro und Pressespiegeln. Hier hatten Mitglieder der FAZ-Redaktion beim Deutschen Patent- und Markenamt (DPMA) interveniert, da sie bei der großen Repro-Nachausschüttung leer ausgegangen waren. Denn beide Bereiche waren bisher verknüpft, man erhielt nur die jeweils höhere Ausschüttung und im Unterschied zu Pressespiegeln, die automatisch erfasst werden, sind im Presse-Repro Meldungen notwendig.

Zustimmung fand zwar die „Maßgabe“ der Aufsichtsbehörde, künftig beide Bereiche im Verteilungsplan zu trennen (mit jeweils eigenen Ausschüttungen) und aus Rückstellungen für „Pressespiegel-Leute“ für 2002 bis 2007 Tantiemen auszuschiütten, nicht jedoch der „Vorschlag“ des DPMA, zwei Drittel der Presse-Repro-Vergütung für 2010 in den ohnehin besser vergüteten Pressespiegel-Bereich zu verschieben.

Nach Intervention der Berufsgruppe 2 (Journalisten) einigte man sich darauf, die Trennung beider Bereiche bereits für 2010 anzuwenden. Dies führt allerdings dazu, dass die Presse-Repro-Ausschüttung mit geringer Quote erst in diesem Herbst gemeinsam mit der METIS-Ausschüttung erfolgt. Eine Nachausschüttung wird es dann nach Ablauf der Repro-Meldefrist im Jahr 2013 geben. Keine Mehrheit fand in bei den Journalistender eine vorgesehene Regelung im Verteilungsplan, die METIS-Ausschüttung im Verhältnis 40 zu 60 Prozent zwischen Verlagen und Autoren festzuschreiben. Es bleibt für 2011 beim bisherigen befristeten Aufteilungsschlüssel.

Rüdiger Lühr ■

► Ausschüttungsquoten 2011 für 2010

für Urheber/innen in Euro (= 2009; 2008)

Pressespiegel: Sockel 75,00 (100,00; 80,00) / Punktwert 4,50 (5,20; 5,20)

Elektronische Pressespiegel: Faktor 2,20 (2,20; 2,20)

Presse-Repro: Punktwert 4,50 (21,00; 8,20)

Bibliothekstantieme: mindestens 73,40 (116,90; 73,05)

Beiträge Wissenschaft: pro Normseite 4,00 (6,60; 3,00)

Buch Wissenschaft: 800,00 (1200,00; 500,00)

Broschüre Wissenschaft: pro Druckseite 6,00 (9,90; 4,50)

Hörfunk: 10-Punktwert 1,50 (1,50; 1,80)

Fernsehen: 10-Punktwert 0,35 (0,30; 0,55)



Beide Karikaturen: Reinhold Löffler

Neue Regelungen für METIS beschlossen

Deutlich zugenommen hat die Zahl der Website-Betreiber und Verlage, die sich an dem Online-Meldesystem METIS (Meldung von Texten auf Internet-Seiten) beteiligen. So erreichten 2010 von knapp 1,5 Millionen mit Zählpixeln versehenen Web-Texten rund 190.000 (im Jahr davor etwas mehr als 100.000) die nötige Mindestzugriffszahl von 1.500 Sessions, über 58.000 sogar mehr als 10.000 Sessions. Deshalb wurde der Ausschüttungsbetrag pro Stufe um jeweils fünf Euro gegenüber 2009 gesenkt. Ausgeschüttet wird im Herbst 2011 an die Urheber 8,82 Euro pro Text in der niedrigsten Kategorie, 11,76 Euro bei 3.000 bis 9.999 Sessions und 14,71 Euro ab 10.000 Zugriffen.

Auch bei der METIS-Sonderausschüttung gab es einen deutlichen Teilnehmeranstieg. 2010 haben mehr als 4.700 Autoren, die ihre Internet-Texte nicht verpixeln können, über 300.000 meldefähige Texte gemeldet. 2009 waren es über 180.000 Texte von 2.300 Autorinnen und Autoren. Sie erhalten für den jeweils ersten Beitrag (mindestens 1.800 Zeichen) 11,60 Euro, für weitere jeweils 2,60 Euro.

Insgesamt wurde die METIS-Tantiemen für Internet-Texte aus der CD-/DVD-Brenner-Vergütung jetzt detailliert in den Verteilungsplan aufgenommen. So gibt es spezielle Regelungen für Werke mit mehr als 250.000 und Großwerke mit mehr als zwei Millionen Zeichen.

Für die Sonderausschüttung wurde ein vereinfachtes Verfahren eingeführt: Gemeldet werden muss nicht mehr jeder einzelne Online-Text, sondern die Anzahl der Texte auf einer Domain. Für die Ausschüttung gilt nun eine Regelung in sechs Stufen, so der einfache Betrag für bis zu 20 Texte pro Domain (Stufe 1) bis zum 48fachen Ausschüttungsbetrag für über 480 Texte pro Domain (Stufe 6). Für die METIS-Ausschüttung 2012 müssen Internet-Texte bis zum 31. Januar 2012 online gemeldet werden.

lil ■

Total-Buy-out abgelehnt

AGB der Tageszeitung Nordkurier teilweise rechtswidrig

Die mecklenburg-vorpommersche Tageszeitung **Nordkurier** darf ihren freien Mitarbeitern nicht weiterhin sämtliche Nutzungsrechte an ihren Beiträgen gegen eine einmalige Pauschalvergütung abpressen. Die entsprechenden „Allgemeinen Geschäftsbedingungen“ der Zeitung stellen eine „unangemessene Benachteiligung der freien Journalisten“ dar und dürfen deshalb nicht weiter verwendet werden, urteilte das Landgericht Rostock am 14. Mai.

Eine entsprechende einstweilige Verfügung hatte das Landgericht Rostock auf Antrag des Deutschen Journalisten-Verbandes (DJV) bereits im Jahre 2009 erlassen. Das Gericht untersagte nunmehr in ihrer Entscheidung dem Nordkurier (formell der „Nordost-Mediahouse GmbH“), weiterhin per AGB festzulegen, dass

- die Zeitung bestellte Artikel auch aus „inhaltlichen, qualitativen und rechtlichen Gründen“ zurückweisen darf und dann kein Honoraranspruch besteht,
- generell nur die gedruckten Zeilen und Fotos bezahlt werden – und nicht die bestellten bzw. gelieferten,
- bei „außergewöhnlichen Leistungen mit erheblich über dem Normalfall liegendem (Recherche-)Aufwand“ ein erhöhtes Honorar nur dann gezahlt zu werden braucht, wenn das vorher „in Schrift- oder Textform“ vereinbart wurde,
- die Zeitung „das Recht zur Bearbeitung und Umgestaltung der Beiträge“ hat,

- mit dem vereinbarten Honorar alle „zuvor aufgeführten Nutzungs- und Verwertungsrechte abgegolten“ sind,
- freie Journalisten gegenüber der Zeitung haften, falls diese wegen unklarer Urheberrechte an den Beiträgen in Regress genommen wird.

Fünf weitere Klauseln, die der DJV angegriffen hatte, ließ das Rostocker Landgericht dagegen passieren. Darin geht es um den Umfang der eingeräumten Nutzungsrechte, das Eigentum an gelieferten Manuskripten und Fotos sowie darum, dass sich die Zeitung nicht verpflichtet sieht, bestellte und gelieferte Beiträge zu verwerten. Gegen das Urteil kann noch Berufung beim Oberlandesgericht eingelegt werden.

Nach den Urteilen gegen den Axel Springer-Verlag und den Bauer-Verlag ist dies das dritte Urteil, das Total-Buy-out-AGB von Printmedien als rechtswidrig eingestuft und deren weitere Verwendung untersagt hat. Neben den Namen der verurteilten Verlage ist übrigens auch interessant, wer an ihrer Seite gegen die Interessen der freien Journalisten gestritten hat: Rechtsvertreter der Nordost-Mediahouse GmbH in diesem Verfahren war Prof. Johannes Weberling, der sich erst unlängst mit seiner „Frankfurter Honorarliste“ (M 4–5 / 2011) als engagierter Streiter gegen angemessene Journalistenhonorare ans Licht der Öffentlichkeit gedrängt hat.

Goetz Buchholz ■

www.mediafon.net

Sieg für Freie über Bauer Achat KG

Die Honorarbedingungen der Heinrich Bauer Achat KG für freie Bildjournalisten verstößen in wesentlichen Teilen gegen geltendes Recht. Das hat das Oberlandesgericht Hamburg (Az. 5 U 113 / 09) Anfang Juni entschieden. Der Deutsche Journalisten-Verband als Antragsteller mit Unterstützung der dju in ver.di hat sich damit auch in der Berufungsinstanz im einstweiligen Verfügungsverfahren gegen Bauer weitgehend durchgesetzt. Das OLG ist mit seiner Entscheidung über das Urteil des Landgerichts Hamburg vom Mai 2010 deutlich hinausgegangen.



Das OLG hat den Umfang der einzuräumenden Rechte beanstandet. Zudem sei die Vereinbarung eines Pauschalhonorars unzulässig, mit dem sämtliche vertraglichen Leistungen abgegolten werden sollten. Untersagt hat das Gericht auch eine Klausel, wonach dem Verlag beliebige Bearbeitungs- und Umgestaltungsrechte einzuräumen sind. Ferner hat das Gericht es für unzulässig gehalten, dass der Verlag nicht zur Namensnennung des Fotografen verpflichtet sei, wenn nicht eine schriftliche Vereinbarung über die Namensnennung geschlossen wird. Schließlich hat das Gericht auch die vom Verlag verwendete Haftungsklausel für rechtswidrig erklärt. Danach sollten die Fotografen den Verlag von allen ihm durch Dritte rechtskräftig auferlegten Kosten freistellen.

„Das Urteil bestätigt erstmals die Position der Verbände, dass nicht jeder Umfang der Rechtseinkürzung mit dem Urhebergesetz vereinbar ist. Erneut wird das Recht der Journalisten gestärkt, angemessen honoriert zu werden“, erklärte DJV-Bundesvorsitzender Michael Konken. „Es hilft, ihre wirtschaftliche Basis zu sichern.“ dju-Geschäftsführerin Ulrike Maercks-Franzen sieht in dem Richterspruch die Bestätigung dafür, dass „rechtswidrige und unanständige Honorarbedingungen vor Gericht keine Chance haben“.

PM ■

AUTORENVERSORGUNG

■ Mit 55 Antrag stellen!

Das neu eröffnete Autorenversorgungswerk II der VG Wort zahlt in diesem Jahr erstmals einen einmaligen Zuschuss zur privaten Altersvorsorge an freiberufliche Autoren der Jahrgänge 1942 bis 1944 und 1955 aus, die im Vorjahr einen Antrag bei der VG Wort gestellt haben.

Im Jahr 2011 können nun freie Autorinnen und Autoren der Jahrgänge 1945 bis 1947 und 1956,

die über die Künstlersozialkasse rentenpflichtversichert sind, einen Antrag auf Zuschuss zu einer Altersvorsorge wie Lebens- und Rentenversicherungen oder zu Sparverträgen stellen, deren Versicherungs- bzw. Anlagesumme zum Ende der Laufzeit mindestens 5.000 Euro betragen muss. Dafür gibt es einen Zuschuss des AVW in Höhe von 2.500 Euro.

lji ■

Bissig und aufmüpfig

The Clinic – eine der wenigen unabhängigen Medienstimmen in Chile

„The Clinic“ begann eigentlich als Flugblatt, das sich über Pinochet lustig machte. 12 Jahre später ist sie die meistgelesene Zeitschrift Chiles und behauptet sich auf einem Printmarkt, den zwei Großverlage unter sich aufgeteilt haben. Der Gründer und Chefredakteur hat keine journalistische Ausbildung, aber er kann den Erfolg erklären.

Die Fußgängerzone in Santiago de Chile ist für die Fünf-Millionen-Stadt ein wenig zu eng geraten. Morgens hetzen hier die Banker in Anzug und Krawatte vorbei, nachmittags drängen sich mit Einkaufstüten beladene Angestellte aus dem Zentrum. Eine Büroangestellte Mitte dreißig bleibt amüsiert an einem Zeitungskiosk stehen. Eine Zeitschrift, die auf spanisch erscheint, obwohl sie den englischen Namen *The Clinic* trägt, macht sich ziemlich schamlos über einen populären Showmaster lustig, der eine Vaterschaftsklage am Hals hat. „Ich lese *The Clinic* meist bei meiner Schwiegermutter“, sagt sie. „Und wenn ich mal nicht dazu komme – die Titelseiten kenne ich immer.“ Die Titelseiten sind der Blickfang des Magazins im Zeitungsformat. Juan, der Betreiber des Kiosks, kann das bestätigen: „Wenn ein wirklich bissiger Titel rauskommt, wenn sie wirklich jemandem wehtun, dann verkauft sie sich besonders gut.“

■ Blatt mit den meisten Lesern

The Clinic ist eine Ausnahmeerscheinung in der chilenischen Presselandschaft. Das aufmüpfige Magazin vermischt Satire, beißenden Spott und engagierte Reportagen so munter, dass dem ungeübten Leser ganz schwindelig wird. Engagierte Sozialreportagen und kluge politische Analysen stehen direkt neben Bild- und Wortwitzen, die weit unter der Gürtellinie operieren. Der Spott trifft die Politiker des Landes ebenso wie überhebliche und peinliche Prominente.

„Wir sind in Chile die Zeitschrift mit den meisten Lesern“, sagt Gründer und Chefredakteur Patricio Fernández (Foto) und zündet sich eine Zigarette an. Er weiß, dass *The Clinic* kein Konsensblatt ist und findet den Erfolg manchmal selbst er-

staunlich. 110.186 Leser hat das Magazin nach den letzten Erhebungen des chilenischen Werbeverbandes ACHAP jede Woche, und das bei einer verkauften Auflage von 22.524 Exemplaren. Keine andere chilenische Zeitschrift wird so oft weitergereicht. Und sie ist der einzige nennenswerte Titel, der kein Special Interest-Blatt ist.

Die Redaktion hat ihr Büro nicht weit von der Fußgängerzone, in der Calle Santo Domingo im sechsten Stock eines Altbaus mit Blick auf den Park. Keine zehn Mitarbeiter sitzen in den spärlich eingerichteten Räumen. Als Fernández *The Clinic* 1998 mit einigen Freunden – Schriftsteller wie er, Maler und Designer – an seinem Computer zu Hause ein vierseitiges Pamphlet erstellte, ahnte er nicht, dass daraus einmal ein wöchentliches Magazin mit vierzig Seiten werden sollte. Damals war der Ex-Diktator Augusto Pinochet in London nach einem Klinikaufenthalt festgenommen worden. „Die Zeitungen beklagten die Festnahme als einen Eingriff in die Souveränität Chiles. Wir hingegen waren sehr glücklich über die Festnahme“, sagt Fernández. Sie druckten eine Reihe von Flugblättern, auf denen sie sich über den gefallenen Diktator lustig machten. Den Kopf der Titelseite zierte das Türschild der Londoner Klinik.

Die Gründer beschlossen bald, ein zweiwöchentliches Heft herauszubringen. Nach zwei Jahren stellten sie erstmals zwei Journalisten als Redakteure ein. Dass die Zeitschrift heute eine Mischung von Satire und Politik verkörpert, erklärt Fernández mit der mangelnden Vielfalt in der Presselandschaft des Landes. „Hätten wir uns in Deutschland oder Frankreich gegründet, wären wir vielleicht bei der Satire geblieben“, sagt er. „Aber hier sahen wir uns gezwungen, auch gründliche soziale und politische Reportagen zu schreiben.“ Der grobe Spott ist das Geschenkpapier, in das Fernández die ernstesten Themen verpackt. Als Pinochet 2006 starb, ohne für seine Verbrechen verurteilt worden zu sein, titelte *The Clinic*: „Der Zechpreller hat wieder nicht gezahlt.“

Den chilenischen Zeitungsmarkt teilen zwei große Unternehmen nahezu allein untereinander auf. Der Verlag El Mer-



Foto: Martin Kaluza

curio gibt mit der gleichnamigen Zeitung und *Las Últimas Noticias* die beiden größten landesweiten Tageszeitungen und neunzehn Regionaltitel heraus. *El Mercurio* gehört seit Generationen der chilenischen Bankiersfamilie Edwards. In der Zeit der Militärdiktatur von 1973 bis 1989 zählte das Blatt zu den treuesten Verbündeten Pinochets und wurde von der CIA finanziell unterstützt. Bis heute ist die Linie klar konservativ. Die dritt- und viertplatzierten Titel, das Boulevardblatt *La Quarta* und die seriöse Tageszeitung *La Tercera*, gehören dem Verlag COPESA, der politisch das gleiche Spektrum bedient. *The Clinic* ist eine der wenigen unabhängigen Stimmen in dieser ziemlich gleichförmigen Presselandschaft.

■ Nicht im Ton der Anklage

„Wer Chile nur anhand seiner Medien kennt, bekommt keinen Eindruck davon, wie das Land wirklich ist. Es ist nicht so konservativ wie es in den Medien erscheint“, sagt Fernández. Man müsse sich Chile aus der Perspektive der Straße ansehen, um es zu erkennen. Für ihn ist Chile ein ursprünglich sehr offenes Land mit demokratischer Tradition, das durch den Putsch traumatisiert wurde. Die Spuren sind noch heute sichtbar. „Wir haben eine riesige Armutsschere, die sozialen Klassen sind immer noch sehr stark getrennt. Viele Menschen haben keine Stimme, andere haben zu viel davon“, sagt Fernández. *The Clinic* hat die Mission, denjenigen eine Stimme zu geben, die sich in der von Superreichen und Familienclans dominierten Öffentlichkeit nicht repräsentiert finden. Dass *The Clinic* dies nicht im Ton der Anklage tut, ist vielleicht der Schlüssel zu ihrem Erfolg. Für Fernández gibt es ohnehin keine Alternative: „Egal wie hart die Realität ist, sie erfordert den Blick mit Humor. Es ist eine Frage der Grundhaltung, die alles in Frage stellen kann – sogar uns selbst.“

Martin Kaluza ■

Konkrete Solidarität

„Journalisten helfen Journalisten“ unterstützt Reporter in Krisengebieten

Der gewaltsame Tod von Egon Scotland im Juli 1991 war Anlass zur Gründung eines Vereins, der Reporter in Krisengebieten unterstützt: Die „Journalisten helfen Journalisten“ (JhJ) waren zunächst vor allem auf dem Balkan aktiv, doch längst hat sich ihr Arbeitsgebiet auf die ganze Welt ausgedehnt.

Carl Wilhelm Macke zieht „leider eine gute Bilanz“. Der Verein „Journalisten helfen Journalisten“ sei heute sehr stabil, doch habe er das schrecklichen und tragischen Themen zu verdanken. „Aber es gelingt uns immer wieder, Menschen konkret und ohne großen bürokratischen Aufwand zu helfen.“ Profitiert haben zum Beispiel Reporter oder ihre Angehörigen im ehemaligen Jugoslawien, im afrikanischen Gambia, in Algerien oder auch im Irak. Es geht um medizinische Hilfe für Journalisten, die im Einsatz verletzt worden sind oder um direkte Unterstützung von Kollegen, die ohne Hilfe ihrer Arbeit nicht mehr nachgehen könnten. Manchmal werden Computer gespendet, manchmal

die Kosten für psychologische Behandlung nach der Folter finanziert.

Die Idee zur Vereinsgründung kommt 1993. Auslöser ist der tödliche Beschuss des SZ-Korrespondenten Egon Scotland in Kroatien zwei Jahre zuvor gewesen (siehe Kasten). Seine Witwe Christiane Schlötzer, ebenfalls Journalistin bei der *Süddeutschen Zeitung*, sieht im Tod Scotlands einen „Auftrag der Verzweiflung“, Journalisten in Kriegs- und Krisengebieten zu helfen. Gemeinsam mit einigen Mitstreitern gründet sie in München „Journalisten helfen Journalisten“. Bis heute ist sie im Vorstand des Vereins aktiv.

In den ersten Jahren dreht sich die Arbeit vor allem um die Staaten des früheren Jugoslawien. Opfer in den dortigen Bürgerkriegen wurden vor allem jene Journalisten, die sich gegen Krieg und Nationalismus wendeten – Kroaten genauso wie Bosnier oder Serben. JhJ macht es sich zur Aufgabe, die Erinnerung an die Getöteten wach zu halten, und den überlebenden Angehörigen Unterstützung zukommen



Kontakt: www.journalistenhelfen.org

zu lassen. „Mit dem Ende der Konflikte auf dem Balkan verlagerte sich unsere Arbeit dann auf die ganze Welt“, betont JhJ-Vorstandsmitglied Macke. „Dabei ist in den letzten 20 Jahren erfreulicherweise eine Arbeitsteilung entstanden, die es so früher nicht gegeben hat. Größere Organisationen wie Amnesty International oder Reporter ohne Grenzen (ROG) haben bessere Möglichkeiten als wir, Schicksale verfolgter Journalisten zu recherchieren. Aber bei Anfragen für konkrete Hilfen stehen auch wir zur Verfügung“, erklärt er. Zurzeit bemühe sich sein Verein gemeinsam mit ROG, einem verletzten palästinensischen Journalisten eine dringend erforderliche Operation zu ermöglichen. Das gelingt durch die Beiträge der 130 Mitglieder sowie durch Spenden und Kooperationen beispielsweise bei Veranstaltungen der *Süddeutschen Zeitung*. Das Blatt ist JhJ seit der Gründung besonders verbunden.

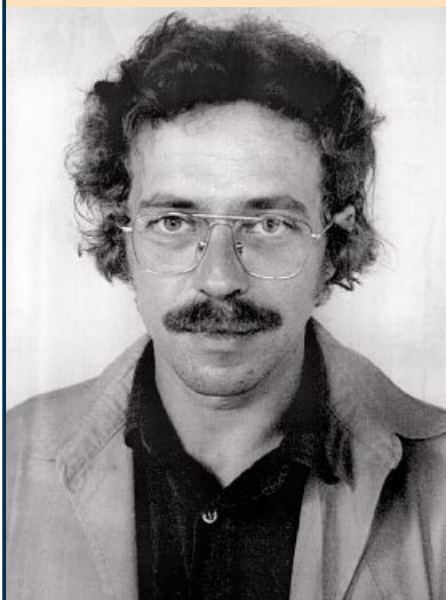
Vor ein paar Wochen hat den Verein das frühere Jugoslawien wieder einmal eingeholt. Als der serbische General und mutmaßliche Kriegsverbrecher Ratko Mladic festgenommen wurde, hat Macke das Grab von Egon Scotland in München besucht und ihm die Nachricht „überbracht“. Auch wenn Mladic nicht direkt mit der Tötung des SZ-Reporters in Verbindung gebracht wird, ist seine Verhaftung für JhJ im Rahmen der Aufarbeitung der Schicksale auf dem Balkan eine Genugtuung. Wenn Macke am Grab von Scotland steht, kommt neben dem Gefühl der Trauer inzwischen auch Freude über die Erfolge des Vereins auf.

Die Mittel für Öffentlichkeitsarbeit sind allerdings begrenzt. Carl Wilhelm Macke ist ehrenamtlicher Sprecher des Vereins. Das Büro in München ist in seiner Wohnung angesiedelt. Er nennt es „Basislager“. Von hier aus koordiniert er die Arbeit. Die Öffentlichkeitsarbeit steht aber ohnehin nicht im Zentrum. „Uns ist es wichtig, Solidarität zu zeigen. Und das nicht nur mit schönen Worten, sondern mit unbürokratischer, direkter und kollegialer Hilfe“, hebt er hervor.

Harald Gesterkamp ■

► Egon Scotland

26. Juli 1991: Egon Scotland recherchiert für die *Süddeutsche Zeitung* in Kroatien. In der serbisch geprägten Region Krajina ist die Lage – kurz vor dem offiziellen Kriegsausbruch zwischen Serbien und Kroatien – angespannt. Serbische Milizen greifen das Dorf Jukinac südlich von Zagreb an. Als sich das deutlich als Pressefahrzeug markierte Auto mit Egon Scotland nähert, eröffnen Heckenschützen das Feuer. Mehrere Schüsse treffen das Fahrzeug. Scotland verblutet noch auf dem Weg ins Krankenhaus. Er ist der erste Journalist, der im Jugoslawien-Krieg getötet wird. Weitere 44 Berichterstatte nach ihm werden die Auseinandersetzungen ebenfalls nicht überleben.



Bis heute ist niemand wegen der Tat zur Rechenschaft gezogen worden. Als mutmaßlicher Drahtzieher der Attacke gilt der serbische Milizenführer Dragan Vasiljkovic, auch Kapetan Dragan (Hauptmann Dragan) genannt. Er soll den damaligen Einsatz befehligt haben. Kroatien will Vasiljkovic, der nach Australien geflüchtet ist, als Kriegsverbrecher vor Gericht stellen. Auch der Mord an Scotland soll Gegenstand der Anklage sein. Grundsätzlich hat der Oberste Gerichtshof Australiens der Auslieferung des Serben, der auch einen australischen Pass besitzt, schon im März 2010 zugestimmt. Zwei Monate später konnte der untergetauchte mutmaßliche Kriegsverbrecher gefasst werden. Doch mehr als ein Jahr später geht das juristische Tauziehen weiter. Vasiljkovic ist weiterhin in Australien in Auslieferungshaft, so dass das Verfahren gegen ihn – 20 Jahre nach der Ermordung Egon Scotlands – noch nicht eröffnet werden konnte. hg ■



Die Witwe Raquel Olea mit dem Bild ihres erschossenen Ehemannes Romeo Olea während der Beerdigung in Manila am 18. Juni 2011.

Philippinischer Radiojournalist erschossen

Am 13. Juni wurde der philippinische Radiojournalist Romeo Olea auf offener Straße in Iriga City, im Südosten der Hauptstadt Pili der Provinz Camarines Sur auf den Philippinen erschossen. Der 49-jährige Moderator war am Morgen mit dem Motorrad auf dem Weg zu seinem Arbeitsplatz beim Radio dwEB, als zwei Unbekannte auf ihn feuerten. Die tödlichen Schüsse trafen ihn nach Polizeiangaben zweimal in den Rücken. Olea erlag nur kurze Zeit nach dem Anschlag seinen schweren Verletzungen im Rinconada Medical Center in Iriga City. Der Journalist moderierte bei Radio dwEB die Sendung „Anything goes“, in der er aktuelle Ereignisse der Kommunalpolitik kritisch kommentierte.

„Der Tod Oleas beweist deutlich, dass die Bemühungen der Sonderbehörde, die letztes Jahr von der Justizministerin Leila de Lima geschaffen wurde, im Kampf gegen die Straffreiheit für Verbrechen gegen Journalisten bislang unzureichend sind“, mahnt Reporter ohne Grenzen (ROG). Das Versprechen der Regierung nach dem Maguindanao-Massaker 2009, bei dem 32 Journalisten getötet worden waren, die Maßnahmen im Kampf gegen die Straffreiheit zu intensivieren, sei bislang nicht eingehalten worden.

Erst am 9. Juli 2010 wurde ein anderer Journalist von Radio dwEB von Unbekannten ermordet. Ähnlich wie im Fall Oleas wurde Miguel Belen von zwei bewaffneten Tätern auf einem Motorrad erschossen. Bis heute sind die Verantwortlichen nicht zur Rechenschaft gezogen wurden. *ROG / Red. ■*

Auf der Flucht

Nothilfebericht von Reporter ohne Grenzen zum Weltflüchtlingstag

Zum Weltflüchtlingstag am 20. Juni erinnert Reporter ohne Grenzen (ROG) an das Schicksal zahlreicher Journalisten und Blogger, die aus ihren Heimatländern fliehen müssen: Im Jahr 2010 zählte ROG rund 130 Journalisten und Blogger, die wegen ihrer Recherchen und Berichte in Lebensgefahr gerieten und deswegen ins Exil gingen. Rund ein Viertel von ihnen kam aus dem Iran, ein weiteres Viertel aus den ostafrikanischen Staaten Eritrea und Somalia.

Die Unterstützung von Journalisten auf der Flucht und im Exil macht den größten Teil der ROG-Nothilfearbeit in Berlin und Paris aus. In ihrem Bericht zieht die Menschenrechtsorganisation eine Zwischenbilanz ihrer Unterstützung von Medienschaffenden in Not während der ersten fünf Monate 2011.

Allein in den ersten fünf Monaten des Jahres 2011 unterstützte ROG 150 Journalisten, Online-Dissidenten und Medien in Not. In rund der Hälfte dieser Fälle richteten sich die Hilfsleistungen an Medienschaffende auf der Flucht und im Exil. ROG hilft unter anderem bei der Beantragung von Visa und des Flüchtlingsstatus bei der UN-Flüchtlingsorganisation UNHCR sowie bei der Finanzierung einer Unterkunft, des Lebensunterhalts oder medizinischer Behandlungen. In 12 Fällen setzte sich ROG bisher in diesem Jahr für Asylgesuche von Journalisten in Deutschland ein. Fünf davon entschieden die Behörden bereits positiv. Für eine Reihe weiterer Journalisten und Blogger (z.B. aus dem Iran) versucht ROG zudem Nothilfe-Visa für einen zeitweiligen Aufenthalt in sicheren Staaten zu erwirken.

„Zum Weltflüchtlingstag bekräftigen wir ein weiteres Mal unsere Forderung an die Mitgliedsländer der Europäischen Union nach regelmäßigen, flexiblen und erweiterten Aufnahmeprogrammen für Medienmacher auf der Flucht“, so Jens-Uwe Thomas, Referent für Migrationsrecht, Flüchtlingsarbeit und Nothilfe bei der deutschen ROG-Sektion. Kontingentregelungen wie sie etwa die deutsche Regierung im vergangenen Jahr für iranische Aktivisten erlassen hat, können nur ein erster Schritt sein. Viele der Flüchtlinge seien auch nach ihrer Flucht in Nachbarstaaten nicht sicher und häufig traumatisiert, nachdem sie überfallen, gefoltert, inhaftiert oder mit dem Tode bedroht worden waren. „Es darf nicht sein, dass diese Menschen Ihr Leben bei illegalen Einreise-

versuchen in sichere Staaten wie EU-Länder oder die USA riskieren müssen“, kritisiert Thomas.

Außerordentlich prekär ist beispielsweise die Lage von Medienmitarbeitern, die aus Ländern am Horn Afrikas wie Eritrea, Äthiopien und Somalia geflüchtet sind. Einige von ihnen sind im kenianischen Flüchtlingslager der Stadt Kakuma an der Grenze zum Sudan gelandet, das niemand ohne Erlaubnis der UN und der lokalen Behörden verlassen darf. Um ein Fenster zur Außenwelt offen zu halten, haben einige Flüchtlinge die Zeitung *Kanere* gegründet. In dem gedruckt



und online erscheinenden Medium berichten die freiwilligen Mitarbeiter über die schwierigen Lebensbedingungen und die beschränkten Rechte der Lagerbewohner. Sie werden regelmäßig tätlich angegriffen, bedroht, ihr Material wird zerstört und ihre Unterkünfte werden beschädigt.

Als respektiertes und einflussreiches Exilmedium hat sich mittlerweile die „Demokratische Stimme Birmas“ („Democratic Voice of Burma“ – DVB) etabliert. Die in Norwegen und Thailand ansässige DVB umfasst einen Satelliten-Fernsehsender, eine Radiostation sowie eine Webseite. Von der birmanischen Regierung als „Lügner“ verfeimt, erfreut sich der unabhängige Sender in der Bevölkerung wachsender Popularität. Mit Hilfe von 100 verdeckt arbeitenden Mitarbeitern versucht die DVB, ausgewogene Informationen zur Situation in dem südasiatischen Land zu liefern. 17 DVB-Videojournalisten wurden deswegen zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt. Unter anderem mit finanzieller Hilfe von ROG hat DVB eine Kampagne zur Freilassung ihrer Mitarbeiter gestartet.

ROG / Red. ■

ROG-Nothilfebericht

ROG-Nothilfebericht in deutsch:
<http://bit.ly/lmtN6y>

Beispiele Exilmedien

<http://www.dvb.no/>
<http://kakuma.wordpress.com/>



Foto: Rainer Reichert

Tagung der Europäischen Journalisten-Föderation (EJF) Mitte Juni in Belgrad:
Kerstin Klamroth, Vertreterin des DJV und auch für die dju in der Gender-Arbeitsgruppe der EJF, Ulrike Maercks-Franzen, Bundesgeschäftsführerin der dju in ver.di, Wolfgang Mayer, Schatzmeister der IJF, Rolf Zerklusen, Vizepräsident der Schweizer Gewerkschaft „Impressum“ und Zdenko Duka, Vorsitzender der kroatischen Journalistengewerkschaft HND (v.l.n.r.)

Diskussionsfreudig

Jahrestreffen (Annual Meeting) der EJF in Belgrad

75 Delegierte und Beobachter von 39 Journalistenorganisationen aus 25 europäischen Ländern trafen sich vom 15. bis 17. Juni 2011 zum Jahrestreffen (Annual Meeting) der EJF in Belgrad unter dem Motto: „The Key to Press Freedom in Europe – Journalism as a Public Good.“

Begrüßt vom serbischen Präsidenten Boris Tadic und den VertreterInnen der drei serbischen Journalistenorganisationen, diskutierten sie am ersten Tag über „Sozialen Dialog und Qualität in transnationalen Medien“ – und die Erfahrungen der EJF damit. Dabei kamen in einem Workshop auch die enttäuschenden Ergebnisse z.B. des Internationalen Rahmenabkommens (International Framework Agreement) mit der WAZ zur Sprache, das in diesem Februar von Seiten der EJF beendet wurde (M berichtete), ein zweiter Workshop entwickelte Strategien und Ziele für den Umgang mit den multinationalen Medienunternehmen.

Über Pressefreiheit in Europa und die Möglichkeiten, dieses fundamentale Recht nachhaltig zu verankern, referierten und diskutierten am nächsten Tag Thomas Hammarberg, zuständig für Menschenrechte in der EU-Kommission, die Journalistin Tanja Fajon, MdEP, und Oliver Vujovic von der SEEMO (South East European Media Organisation).

Um die Möglichkeit, in diesem Prozess auch die Rolle der EJF als Lobbyistin der europäischen Journalisten zu stärken, ging es in einem ausführlich und kontrovers diskutierten und knapp beschlossenen Antrag, der die EJF als eine eigene Rechtspersönlichkeit innerhalb der IJF sehen will. Er wurde von Beschlüssen zur Zusammenarbeit innerhalb von IJF und EJF ergänzt. Weitere Themen der Diskussion waren die Situation der Freelancer (Anträge

von dju und DJV), denen in diesem Jahr u.a. der IJF-Aktionstag am 5. November gewidmet sein soll, konkrete Tarif- und Urheberrechtsprobleme und die prekäre Situation der Pressefreiheit in verschiedenen Ländern, Status und Reisefreiheit für Journalisten, ein Appell für die Freilassung der beiden französischen Journalisten in Geiselhaft in Afghanistan. Weitere deutsche gemeinsame Anträge bezogen sich auch auf Arbeits- und neue Kommunikationsstrukturen der Organisation in Brüssel, zu denen die neue Generalsekretärin der IJF, Beth Costa aus Brasilien, neue Herangehensweisen und Perspektiven ankündigte.

Ulrike Maercks-Franzen ■

Am 23. April 1999 bombardierten NATO-Flugzeuge die damals staatliche Fernsehstation RTS in Belgrad, 16 Menschen starben in den Trümmern, die als Mahnmahl inmitten des modernen Sendergebäudes unverändert blieben.

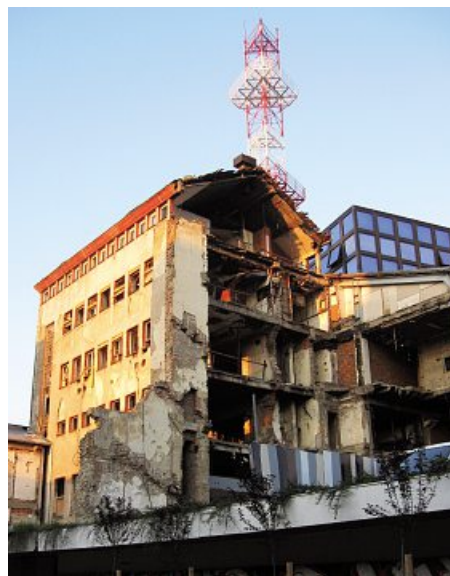


Foto: Ulrike Maercks-Franzen

Bestes Foto und Blog-Award

Shanewaz Chowdhury aus Bangladesch hat den weltweiten Fotowettbewerb „Klick! – Your View of Human Rights and Globalization“ von Deutsche Welle und Amnesty International gewonnen. Die rund 1.500 Teilnehmer des Deutsche Welle Global Media Forum, das vom 20. bis zum 22. Juni in Bonn stattfand, haben sein Foto „Children’s Hands“ zum Sieger bestimmt. „Ein bewegendes Motiv, das zeigt, wie wichtig es ist, dass wir hier auf der Konferenz Lösungsansätze für drängende Fragen entwickeln“, so Erik Bettermann, Intendant der Deutschen Welle. „Kinderarbeit kann bekämpft werden, wenn die Eltern einen Lohn erhalten, mit dem sie in der Lage sind, ihre Familie zu ernähren“, sagte Julia Naumann, Sprecherin von Amnesty International in Deutschland. „Kinder brauchen einen Zugang zu Schule und Bildung. Das ist wesentlich, um der Armut zu entkommen“, so Naumann. Ausgezeichnet wurden zudem die Motive „Multi Kulti“ von Josef Hinterleitner aus Österreich und „Drinking Water“ von Monowara Begum Moni, einer in Stuttgart lebenden Journalistin aus Bangladesch. Alle eingereichten Motive sind unter www.dw-world.de/klick in einer interaktiven Weltkarte sowie auf Facebook (www.facebook.com/dw.gmf) in einer Galerie zu sehen. Die tunesische Bloggerin und Dozentin an der Universität von Tunis, Lina Ben Mhenni erhielt beim Deutsche Welle Global Media Forum in Bonn den **internationalen Blog-Award „The BOBs“**. Die 28-Jährige schreibt in ihrem Blog „A Tunisian Girl“ (<http://atunisiangirl.blogspot.com>) seit mehreren Jahren über die gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen in ihrem Land – auf Französisch, Englisch und Arabisch. In der Kategorie „Special Topic Human Rights“ kürte die internationalbesetzte Jury die Webseite „Migrant Rights in the Middle East“ (www.migrant-rights.org/) von Esra’a Al Shafei. Die Seite aus Bahrain macht auf die Lebensbedingungen von Wanderarbeitern im Nahen und Mittleren Osten aufmerksam. Weitere Preisträger bei der BOBs-Preisverleihung:

Best Social Activism Campaign: Wael Ghonim (vertreten durch Mohamed Ibrahim) mit der Facebook-Seite „We are all Khaled Said“ (www.facebook.com/ElShaheed)

Best Video Channel: „Stands with Fist“ (Künstlername; vertreten durch Hannah Kavian) mit dem Youtube-Kanal „Stands with Fist“ (<http://www.youtube.com/user/standswithfist60>)

Best Use of Technology for Social Good: Pavel Senko mit „Rospil“ (<http://rospil.info>).

Reporter-ohne-Grenzen-Preis: Judith Torrea mit dem Blog „Ciudad Juárez, en la sombra del narcotráfico“. (<http://juarezenasombra.blogspot.com/>)

Alle Gewinner unter: www.thebobs.com

Journalismus aktuell

ABP, München. 25. bis 27. Juli in Kulmbach: Kreatives Schreiben – PR I. 25. bis 29. Juli: Recherche. 22. bis 23. September: Presserecht und Medienethik.

ABZV, Bonn. 25./26. Juli in Blaubeuren: Kreatives Schreiben. 20. bis 22. September: Schreib- und Redigierwerkstatt.

ADB, München. 15. Juli: Crashkurs Presserecht. 12./13. September: Urheber- und Vertragsrecht – Grundlagen. 14. September: Urheber- und Vertragsrecht – Das Jahres-Update. 14. bis 16. September: Arbeit am Manuskript.

AFP, Hamburg. 10. bis 12. August: Kreatives Schreiben. 5./6. September: Redigieren. 15./16. September: Storytelling. 19. bis 21. September: Schreibwerkstatt.

ANM, Kulmbach. 19. bis 23. September: Handwerk II – Layout, Nachrichten, Überschriften & Kurztexte, Recherche.

ARD.ZDF, Wiesbaden. 22. bis 24. August: Gute Ideen? Aber immer! – Kreative Redaktionskultur.

BJS, Berlin. 1./2. August: Ein Sachbuch schreiben. 12./13. August: (Auto)Biografisch schreiben – Sich schreibend eine Bühne geben. 23./24. August: Schreiben auf den Punkt. 29./30. August: Sprache und Stil – Wie Texte für Leser verständlich werden. 31. August: Richtig redigieren. 5./6. September: Guter Stil – Was ist das? 14./15. September: Einfach schreiben – Texten mit Erfolg. 21./22. September: Lebendig und wirkungsvoll schreiben. 23. September: „Hilfe, mir fällt nichts ein!“ – Mit System und Kreativität neue Ideen und Themen finden.

DGB, Hattingen. 28. August bis 2. September: „Habe nichts zu verbergen“ – Ist Überwachung Bürgerschutz oder wer macht was mit den Daten? 28. August: bis 2. September: „Bitte recht feindlich!“ – Welche Rolle spielen Medien im Krieg? (Veranstaltungen im Rahmen des Hattinger Mediensommers).

FES/JAK, Bonn. 29. August bis 2. September: Ein Thema, viele Kanäle – Multimediales Storytelling (Basismodul Berufsrolle und zusätzliche Qualifikationen). 12. bis 14. September: Bild, Bams, Boulevard – Meinungsmache für Millionen (Basismodul Medienpraxis).

IFP, München. 10. bis 12. September: Auf verschlungenen Pfaden – Recherche intensiv.

JA, München. 29. bis 31. Juli: Kreatives Schreiben (dju-Mitglieder erhalten 50 % Rabatt).

JHB, Hagen. 7. September: Einführung in das Medienrecht. 12./13. September: Recherche – Einführung und Training.

KLARA, Berlin. 28./29. Juli: Texte bearbeiten.

MAZ, Luzern. 5. bis 9. September: Schreibwerkstatt – Wider das Grau des Schreiballtags. 19./20. September: Mehr Quellen nutzen – Ran an den Bürger.

MH, Hamburg. 12. bis 16. September: Journalistisches Schreiben.

NA, Hamburg. 29. August: Effizientes Korrekturlesen.

NK, Rendsburg. 2. bis 4. September: Vom Manuskript zum Verlag.

PFA, Frankfurt. 19./20. August: Grundkurs Zeitung – Die Arbeit als Reporter und Redakteur. 27. August: Gute Schreibe für Print und Online – Eine Textwerkstatt.

TA, Augsburg. 30./31. August in München: Textwerkstatt I + II. 20./21. September in Stuttgart: 100-Ideen-Seminar I + II.

ZV, Berlin. 14./15. September: Kompakt, umfassend, kompetent – Das Betriebsverfassungsgesetz in Verlagen und Zustellgesellschaften.

Journalistische Themen

ABP, München. 16. bis 19. August: Technikjournalismus. 19. bis 23. September: Wirtschaftsjournalismus.

ABZV, Bonn. 19./20. September in Stuttgart: Sportjournalismus.

ADR, Rottenburg-Stuttgart. 1. bis 5. August: Kulturjournalismus.

AFP, Hamburg. 15./16. September: Wissenschaftsjournalismus. 29./30. September: Wirtschaftsjournalismus.

ANM, Kulmbach. 18. bis 22. Juli: Politik – Kommunalen Haushalt, Bauleitplanung, Gemeindeordnung, Landkreis und Bezirk, überregionale Politik.

APB, Tutzing. 1. bis 4. August: „Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu bauen“ – Ursachen, Folgen und Hintergründe des Mauerbaus in Berlin vor 50 Jahren. 4. bis 7. August: Internationale Politik. 4. bis 8. September: Wirtschafts- und Sozialmodelle im Wandel.

BJS, Berlin. 3./4. August: Schreiben für Kinder. 19. bis 21. September: Die Gerichtsreportage.

JSR, Essen. 5. bis 9. September: Grundseminar Polizei und Presserecht.

KEP, Wetzlar. 9. September: Schreiben wie die Meister – Berühmten Schreib-Vorbildern auf Feder, Bleistift und Füller geschaut.

MAZ, Luzern. 12./13. September: Society- und Lifestyle-Texte – Journalistisch professionell.

MH, Hamburg. 5. bis 7. August: Aufbaukurs Reisejournalismus.

Journalistische Formen

ABP, München. 1./2. September: Titel, Vorspann, BU – Zeitschrift. 19. bis 23. September: Interview.

ABZV, Bonn. 6./7. September in Düsseldorf: Magazinjournalismus. 21./22. September in Stuttgart: Das Feature.

ADB, München. 9. September: Interviews führen und redigieren für Fachzeitschriften – Von der Terminanfrage bis zur Druckversion.

AFP, Hamburg. 14. bis 16. September: Das Print-Interview. 23. September: Kleintexte.

ARD.ZDF, Wiesbaden. 12. bis 16. September: Interview.

BJS, Berlin. 18. bis 20. August: Klarheit

► Kontakt zu den Seminaranbietern

Die Adressen zu unten stehenden Kontakten sind im Internet abrufbar unter: <http://mmm.verdi.de>

ABP Fon 089/49 99 92 – 0, www.a-b-p.de

ABZV Fon 02 28/259 00 – 0, www.abzv.de

ADB Fon 089/29 19 53 84, www.buchakademie.de

ADR Fon 07 11/16 40 726, www.seminarprogramm.info

AFP Fon 040/41 47 96 – 0, www.akademie-fuer-publizistik.de

AGI Fon 023 65/91 89 – 0, www.grimme-akademie.de

AKAD Fon 030/61655 – 0, www.akademie.de

AM Fon 02 11/43 69 01 50, www.medienverband.de

ANM Fon 092 21/13 16, www.bayerische-medienakademien.de

APB Fon 081 58/256 – 0, www.apb-tutzing.de

ARD.ZDF Fon 06 11/59 05 04 – 0, www.ard-zdf-medienakademie.de

BET Fon 040/4 10 84 – 0, <http://bet.de>

BJS Fon 030 23 27 60 02, www.berliner-journalisten-schule.de

BVPA Fon 030/324 99 17, www.bvpa.org

DC Fon 076 34/59 13 16, www.drehbuchcamp.de

DGB Fon 023 24/50 80, www.hattingen.dgb-bildungswerk.de

DJU Fon 030/88 66 41 06, www.dju-berlinbb.de

DWH Fon 040/390 37 22, www.drehbuchwerkstatt-hamburg.de

FCP Fon 089/34 07 79 77, www.forum-corporate-publishing.de

FES/JAK Fon 02 28/883 -7124, www.fes.de/journalistenakademie

FFH Fon 061 01/988 – 140, www.ffhacademy.de

FHB Fon 040/399 099 31, www.filmhochschule-hamburg-berlin.de

FHF Fon 069/13 37 99 94, www.filmhaus-frankfurt.de

HFS Fon 069/92 10 74 05, www.hoerfunktsschule-frankfurt.de

IFFMA Fon 089/89 39 89 60, www.iffma.de

IFP Fon 089/54 91 03 – 0, www.ifp-kma.de

ISFF Fon 030/200 92 – 74 42, www.isff-berlin.eu

JA Fon 089/167 51 – 06, www.journalistenakademie.de

JHB Fon 023 31/365 – 6 00, www.hausbusch.de

JSR Fon 02 01/80 41 961, www.journalistenschule-ruhr.de

KEP Fon 064 41/91 51 66, www.cma-medienakademie.de

KLARA Fon 030/690 415 85, www.KLARABerlin.de

MAC Fon 089/544 151 – 74, www.macromedia.de

MAZ Fon 00 41/41/226 33 33, www.maz.ch

MEZ Fon 030/68 30 20 90, www.medienkonkret.de

MH Fon 040/306 201 140, www.medienbuero-hamburg.de

MQ Fon 02 21/29 93 05 – 31, www.medienqualifizierung.de

MSD Fon 030/30 87 93 15, www.masterschool.de

NA Fon 040/41 13 – 28 42, www.newsaktuell.de

NK Fon 043 31/14 38 – 11, www.nordkolleg.de

NW Fon 040/538 60 85, www.nw-medien.de

PFA Fon 069/92 10 72 22, www.ev-medienhaus.de

PRE Fon 04 21/789 13, www.akademie-pressearbeit.de

RTL Fon 02 21/82 02 – 0, www.rtl-journalistenschule.de

TA Fon 08 21/41 90 36 – 0, www.textakademie.de

VSM Fon 089/83 51 91, www.videoschule.de

ZKB Fon 030/26 34 01 72, www.kommunikation-beruf.de

ZV Fon: 030/72 62 98 – 240, www.zv-online.de

und Substanz – Nachrichten in Zeiten von Web 2.0. 18. bis 30. August: Einführung in die journalistischen Darstellungsformen. 22./23. August: Interview für Printmedien. 24./25. August: Im Mittelpunkt der Mensch – Porträts schreiben. 26./27. August: Die Reportage. 29./30. August: Kommentar, Rezension, Glosse. 22./23. September: Informativ und verlockend – Überschriften und Bildtexte.

IFP, München. 4. bis 7. September: Die Geschichte hinter der Nachricht – Reportage für Fortgeschrittene.

JHB, Hagen. 23. bis 26. August: Feature. 24. bis 26. August: Kommentar und Glosse – Schreibtraining. 19./20. September: Das Interview – Einführung und Training. 19./20. September: Vorspann, Textestieg und Überschriften – Training für journalistische Einsteiger.

JSR, Essen. 26./27. September: Klar argumentieren, rational überzeugen – Kommentartraining.

KEP, Wetzlar. 16./17. September: Porträts schreiben. 23. September: Die Meinung im Journalismus – Kommentar, Glosse, Rezension.

KLARA, Berlin. 12./13. September: Textformen Reportage, Feature, Report.

MAZ, Luzern. 5. bis 7. September: Kommentar – Worte zu Taten.

MH, Hamburg. 17./18. September: Kurzgeschichte.

PFA, Frankfurt. 2./3. September: Das Interview – Zwischen live und Perfektion.

Journalismus online

ABP, München. 16. bis 18. August: Kreatives Schreiben – Online.

ABZV, Bonn. 15./16. September: Redaktionelle Konzepte für Online-Videos.

AFP, Hamburg. 3. bis 5. August: Crossmedial arbeiten I. 8. August: Datensicherheit für Journalisten.

11./12. August: Online-Konzeption.

15. bis 19. August: Crossmedial arbeiten II. 18./19. August: PR-Instrumente im Netz.

5./6. September: Community-Management II. 8./9. September: Schreiben fürs Netz. 9. September: Onlinequellen prüfen.

21. bis 23. September: Video fürs Netz.

AKAD, Berlin. 18. August: Beginn des 3-wöchigen Online-Kurses „Bilder und Bildbearbeitung fürs Web“.

BJS, Berlin. 25. August: Homepage und Newsletter – Erfolgreich kommunizieren im Netz. 31. August bis 2. September: Videos fürs Web. 1./2. September: Texten fürs Internet. 8./9. September: Social Media – Die Grundlagen.

DGB, Hattingen. 28. August bis 2. September: Von künstlicher Intelligenz, Internetkulturen und Globalisierung – Die Rolle des Internets bei der Veränderung

unserer Gesellschaft (Veranstaltung im Rahmen des Hattinger Mediensommers).

FES / JAK, Bonn. 14. bis 21. September: Web 2.0 – Impulse für Einsteiger (Webinar, jeweils 90 Minuten abends)

JSR, Essen. 12. bis 14. September: Journalismus 2.0 – Alles neu im Netz?

MAZ, Luzern. Jeweils am 5., 16. und 19. September: Tageskurs Multimedia II – Produzieren fürs Web.

MH, Hamburg. 20./21. August: Social Media.

NA, Hamburg. 30. August: Social Media Strategie. 14. September: Strategien und Einsatzmöglichkeiten für Online-Videos.

TA, Augsburg. 25. August in München: Powertag Online – Texten für Internet und E-Mails, Suchmaschineoptimierung, E-Mail-Marketing.

Layout / Infografik

ABP, München. 8. bis 12. August: Zeitschriftenlayout. 6. bis 8. September: InDesign CS4.

BJS, Berlin. 16./17. August: Elektronisches Layout mit InDesign. 18./19. August: Layout mit Adobe InDesign für Fortgeschrittene (Aufbaukurs).

5./6. September: Elektronisches Layout mit QuarkXpress. 7. bis 9. September: Layout von A bis Z mit Adobe Creative Suite.

DGB, Hattingen. 28. August bis 2. September: Die Dinge zum Sprechen bringen: Wie sich politische Wirklichkeit in Design widerspiegelt (Veranstaltung im Rahmen des Hattinger Mediensommers).

MAC, München. An den Standorten München, Stuttgart, Köln, Osnabrück, Hamburg und Berlin werden laufend zahlreiche mehrtägige Kurse in den Bereichen Grafik, Bildbearbeitung, AV, 3D-Animation, Multimedia und Internet angeboten. Kurse gibt es etwa zu Printdesign, InDesign, Photoshop, Adobe Illustrator, Freehand und QuarkXpress, Flash, Dreamweaver, CSS oder Typo 3. Informationen zu den genauen Terminen bitte im Internet suchen oder telefonisch erfragen (siehe Kasten).

MAZ, Luzern. 12./13. September: Datenjournalismus, Visualisierung, Mashups – Datenmengen übersichtlich darstellen.

NA, Hamburg. 28. September in Düsseldorf: Desktop-Publishing mit Adobe InDesign und Co.

NW, Hamburg. 23./24. September: Print bleibt Print – Wie kann ich meine Publikationen optisch optimieren?

Volontäre

ABP, München. 25. Juli bis 5. August: Grundkurs II – Zeitung. 22. August bis

2. September: Grundkurs I – Zeitschrift. 5. bis 9. September: Grundkurs I – PR für Nonprofit-Organisationen. 5. bis

16. September: Grundkurs I – Zeitung. 5. bis 16. September: Grundkurs II – Zeitschrift. 19. bis 23. September in Kulmbach: Grundkurs I – Public Relations.

ABZV, Bonn. 15. bis 26. August: Grundlagen journalistischer Arbeit. 12. bis 23. September: Aufbaukurs III.

AFP, Hamburg. 25. Juli bis 5. August: Volontärskurs Radio/Online. 1. bis 26. August: Volontärskurs Print/Online. 29. August bis 23. September: Volontärskurs Print/Online.

JHB, Hagen. 5. bis 16. September: PR-Volontärseminar. 5. bis 30. September: Volontärseminar – Journalistische Grundlagen.

KLARA, Berlin. 1. bis 26. August: Volontärskurs Printmedien.

Fotografie

ABP, München. 19. bis 23. September: Fotojournalismus.

ADB, München. 25./26. Juli: Das wirkungsvolle Coverfoto.

ADR, Rottenburg-Stuttgart. 22. bis 26. August: Bildjournalismus.

AFP, Hamburg. 24. bis 26. August: Bildauswahl.

BJS, Berlin. 4./5. August: Fotografie in der Praxis. 8. bis 10. August: Digitale Fotografie und Bildbearbeitung mit PhotoShop. 11. August: PhotoShop Aufbaukurs – Freistellen und Ebenenmasken.

BVPA, Berlin. 19. September: Kundenbeziehungen in der Bildagentur typgerecht gestalten.

DGB, Hattingen. 28. August bis 2. September: (Digitale) Bilder – Wie man sie macht und verändert und wie sie unsere Wahrnehmung täuschen (Veranstaltung im Rahmen des Hattinger Mediensommers).

11. bis 16. September: Bilder prägen unseren Blick auf die Welt – Digital fotografieren, Fotos bearbeiten und gesellschaftlich deuten lernen.

KEP, Wetzlar. 9. bis 10. September: Das Bild zum Text – Aufbaukurs Pressefotografie.

MAZ, Luzern. 31. August bis 2. September: Semiprofessionelle Digitalfotografie – Porträt.

Hörfunk

ABP, München. 8. bis 10. August: Hörfunkbeiträge texten. 12. August: Radiobeiträge professionell zu Hause produzieren. 13. August: Professionelle Audio-Produktion mit dem DigAS-Multitrack-Editor.

ADR, Rottenburg-Stuttgart. 25. bis 29. Juli: Hörfunkjournalismus.

AM, Düsseldorf. 22./23. September: Radio-Moderation.

ANM, Kulmbach. 5. bis 9. September: Sprach- und Sprechtraining.

ARD, ZDF, Wiesbaden. 5. bis 9. September: Grundlagen Radiomoderation. 5. bis 8. September: Radionachrichten.

DGB, Hattingen. 28. August bis 2. September: RUHR 2010 – Europäische Kulturhauptstadt, was hat's gebracht? Eine tönende Nachbetrachtung mit Erstellen einer Radiosendung oder eines Podcasts (Veranstaltung im Rahmen des Hattinger Mediensommers).

FFH, Bad Vilbel. 9./10. September: Schnell, präzise, auf den Punkt: Korrtalk, Kollegengespräch & Co.

HFS, Frankfurt. 13./14. August: Medienhaus Netzwerk-Tagung – Networking-Treffen für junge Journalisten. 2./3. September: Das Interview: Zwischen live und Perfektion. 10. September: Online-Recherche im Journalismus. 17. September: Die Morningshow im Radio.

ISFF, Berlin. 3., 4., 10., 17., 18. September: Synchronbuchautor.

MAZ, Luzern. 23. August: Mit Hörern reden – Professionell und unterhaltsam. 5. bis 7. September: Radio für Nicht-Radioteute – Ein Einblick. 12. September: Comedy Writing fürs Radio – Achtung, fertig, lustig. 19. bis 21. September: Das journalistische Radiointerview – Interviewtypen und Fragetechniken.

MEZ, Berlin. Diverse, frei zusammenstellbare Seminare vor allem zum Radio-, aber auch zum TV-, Web- und Printjournalismus unter: www.medien-konkret.de.

MH, Hamburg. 27./28. August: Sprechen für Radio und Fernsehen. 2. bis 4. September: Hör-Spiel.

MQ, Köln. 23./24. September: Der Regio-Reporter. 8. September: Sprechtraining intensiv.

Film & TV

ABP, München. 12. bis 16. September: Fernsehmoderation.

AFP, Hamburg. 8./9. August: Musik im Fernsehen. 9. bis 12. August: Der TV-Beitrag. 25. bis 27. August: Die Textperson. 16. bis 18. August: Dramaturgie im Dokumentarischen. 19./20. September: Der TV-Aufsager.

AGI, Marl. 18./19. August: Storytelling für nonfiktionalen Programme. 2./3. September in Köln: Comedy Master Class. 15./16. September: Projektmanagement und Producing.

ANM, Kulmbach. 12. bis 16. September: Crossmediales Arbeiten – Videojournalist.

ARD, ZDF, Wiesbaden. 29. August bis 2. September: Fernsehnachrichten – Beiträge und NIFs. 29. August bis

1. September: Fernsehtexten für lange Formate. 5. bis 9. September: Fernsehporträt und Personalisierung. 19. bis 23. September: VJ-Basistraining. 19. bis 21. September: Emotionen in Nachrichten und Magazinbeiträgen – Mit Laptopschnitt. 19. bis 22. September: Meisterklasse Fernsehgestaltung. **BET, Hamburg.** 8. August: File-Technologie. 2. bis 4. September: Broadcast Kamerarecorder. 24./25. September: Videotechnik Editing HD. **BJS, Berlin.** 1. August: Video-Schnitt und -Produktion mit dem Avid Media Composer. 2./3. August: Das Auge hört mit – Texten fürs Fernsehen. 9./10. TV-Training für Journalisten. **DC, Freiburg.** 5. bis 10. September in Wiesbaden: 6-tägiges Drehbuch-Camp mit der Möglichkeit, Kurse zu folgenden Themen besuchen: Scriptentwicklung I – Das dramatische Gerüst; Figurenentwicklung und Dialoge; Stoffentwicklung für Dokumentarfilme – Modul II; The Hero's Journey – Grundkurs; Ich habe ein Drehbuch geschrieben – was nun?; Urheber-, Vertrags- u. Verwertungsrecht; Next Steps – Einzelcoaching; Pitching – Professionelle Projektpräsentation; Dramaturgie der Wirklichkeit; Doku-Fiction am Beispiel Kohl; Writing Love Stories and Romantic Comedies. **DGB, Hattingen.** 28. August bis 2. September: Dokumentarfilmseminar: Von der Idee zum fertigen Film (Veranstaltung im Rahmen des Hattinger Mediensommers). **DWH, Hamburg.** 10./11. September: Kompaktkurs Plotentwicklung. **FES/JAK, Bonn.** 19. bis 23. September: Alles aus einer Hand – Einführung in den Videojournalismus (Basismodul Medienpraxis). **FHB, Hamburg.** 23./24. Juli: Script & Continuity – Anschlüsse gibt es nicht nur am Bahnhof. 1. bis 5. August: Sommerakademie Kurs I – Der subjektive Zugang. 10. bis 14. August: Sommerakademie Kurs III – Reise zum Wald. 19. bis 21. August: Drehbuchszene der neuen Art – Teil II. 27./28. August: Drehbuch – Die 8-Sequenz-Methode. 3./4. September: Die Faszination von Mad Men & Co. 9. bis 11. September: Drehbuch – Dialoge schreiben. **FHF, Frankfurt.** 3./4. September: After-Effects. 10. September: Von der Idee zur Filmvorlage. 17./18. September: Digitaler Bildschnitt am AVID Mediacomposer. **IFFMA, München.** 16./17. August: Stereo-3D (S3D) – Kamera-Workshop für TV-Kameralente. **IFP, München.** 25./26. Juli: Bilder, Montage, Technik – Einführung in den digitalen Fernsehschnitt. **JA, München.** 23. bis 25. September:

Professioneller Videoschnitt mit AVID. **KEP, Wetzlar.** 23. bis 25. September: Aufbaukurs Regie. **MAZ, Luzern.** 31. August: Das professionelle TV-Feedback – Motivieren statt Verreiben. 5./6. September: Von der Idee zum Videobeitrag – Die schöne Welt der Storybauer. **MH, Hamburg.** 24. bis 29. Juli: Fernsehjournalismus. 26. bis 28. August: Texttraining TV und Video. **MSD, Berlin.** 28. Juli bis 25. August: Abendseminar Drehbuch – Grundkurs. 1. August bis 7. November: Berufsbegleitender Online-Kurs Drehbuch-Development. 3. September: Drama – Theorie. 4. September: Drama – Praxis. 7. September bis 30. November: Abendseminar Drehbuch-Development. 8. September bis 6. Oktober: Abendseminar Drehbuch – Aufbaukurs I. 22. September bis 18. Dezember: Berufsbegleitender Online-Kurs Drehbuch – Aufbaukurs. **NK, Rendsburg.** 16. bis 18. September: Drehbuch schreiben. **PFA, Frankfurt.** 13. bis 15. September: Trainingsworkshop für Video-Journalisten. **RTL, Köln.** 17./18. September: Praktikums-TV-Workshop – Auf dem Weg zum Volontariat. **VSM, München.** 25. Juli: HD-Videofilmen mit HDV- und AVCHD-Camcordern. 6. August: Der richtige Umgang mit der DV- oder HDV-Videokamera. 23. August in Straubing und 27. August in München: MEDIA-MANAGER – Import, Export und Bearbeitung mit BOGART-Systemen. 29. August: ARABESK 5 (BluRay + DVD) in Casablanca-Systemen – DVDs/BDs selbst programmieren und produzieren.

Selbst- und Medienmanagement

ABP, München. 25. bis 27. Juli: MiR (Management in Redaktionen) – Relaunch und Redesign Zeitung. 29./30. Juli: MiR – Begleitendes Coaching für Führungskräfte II. 19. August: MiR – Budgetplanung und Controlling. 22. bis 24. August: Freie Journalisten – Existenzgründung. 29. bis 31. August: Mitarbeiterzeitschrift. 29. bis 31. August: Online texten – PR und UK. 1. September: Freie Journalisten – Crossmedia Publishing. 2. September: Freie Journalisten – Urheber- und Verwertungsrecht. 12./13. September: Community Management. **ABZV, Bonn.** 21./22. September: Redaktionelles Coaching – Modul III. **ADB, München.** 27. Juli: Crashkurs Presstexte. 28./29. Juli: Steuerung von Autorenteams. 8./9. August in Frankfurt: Freies Lektorat III – Die bessere Lösung finden und begründen.

22./23. August in Hamburg: Freies Lektorat I – Sicher redigieren. 25./26. August in Berlin: Freies Lektorat III – Die bessere Lösung finden und begründen. 5./6. September in Frankfurt: Freies Lektorat I – Sicher redigieren. 8./9. September in Düsseldorf: Freies Lektorat III – Die bessere Lösung finden und begründen. 14. September: Virales Marketing, Empfehlungsmarketing, Social Media für Verlage – Mundpropaganda im Web. **AFP, Hamburg.** 22./23. August: Moderation von Veranstaltungen. 26./27. August: Fachzeitschriften managen II. 8./9. September: Kommunikation am Newsdesk. 12./13. September: Rhetorik III – Souverän vor Kamera und Mikro. 26./27. September: Storytelling in der PR. **AKAD, Berlin.** 11. August: Beginn des 3-wöchigen Online-Kurses „Erfolgreiche Pressearbeit und Online-PR“. 1. September: Beginn des 3-wöchigen Online-Kurses „Kleine Unternehmen auf Erfolgskurs“. **ARD.ZDF, Wiesbaden.** 31. August bis 2. September: Erfolgsfaktor Persönlichkeit. 12. bis 16. September: Rhetorik für Journalisten. 15./16. September: Zeit- und Selbstmanagement. **BJS, Berlin.** 10./11. August: Texten von Pressemitteilungen. 15./16. August: Strategische Pressearbeit. 17./18. Grundlagen der Öffentlichkeitsarbeit. 19. August: Interne Kommunikation. 22./23. August: Die professionelle PR-Konzeption. 26. August: Geschäftsbriefe und E-Mails sicher und erfolgreich schreiben. 12./13. September: Professionelle Kommunikation mit Social Media. 13./14. September: moderieren vor Publikum – Menschen miteinander ins Gespräch bringen. 15./16. September: TV-Training für Pressesprecher. 19./20. September: Corporate Publishing – Klassische Unternehmenspublikationen. 21. September: Unternehmenspublikationen – Eine geeignete Konzeption entwickeln. 21./22. September: Pressekonferenzen und Presseveranstaltungen. **DJU, Berlin.** 20. September: Selbstvermarktung freier journalistischer Arbeit. 20./21. September: Selbstständigkeit und Hartz IV. **FCP, München.** 25./26. Juli: Social Media für Corporate Publisher. 16. September: Redaktionelle Qualitätssicherung und Schlusskorrektur im CP. 21. September in Hamburg: Storytelling für Corporate Publisher. **JHB, Hagen.** 19./20. September: Auf den Punkt gebracht – Medientraining für Wissenschaftler. **KEP, Wetzlar.** 2./3. September: Das 1x1 der Unternehmenskommunikation. **KLARA, Berlin.** 19. bis 23. September: Fortbildung zum Pressesprecher. **MAZ, Luzern.** 1. September: Sprech-

und Lesetechnik – Texte wirkungsvoll präsentieren. 2. September: Feedback geben und annehmen. 19./20. September: Arbeitstechnik – Im Druck sein ohne Stress. 19./20. September: Atem und Stimme – Entspannte Spannung. **NA, Hamburg.** 8./9. September in Hamburg: Pressearbeit für Einsteiger. 19./20. September in Berlin: Kampagnen-PR. 22./23. September in Düsseldorf: Erfolgreiche PR-Konzepte. 22./23. September in Hamburg: Krisenkommunikation. **PRE, Bremen.** 22./23. September: Professionelle Pressearbeit mit Pepp – Grundlagenseminar. 22. bis 25. September: Die Pressearbeit übernehmen – Ausbildung für die Pressearbeit. 24./25. September: Pressemitteilungen mit Pfeffer – Training zum schnelleren Schreiben von Presstexten. **ZKB, Berlin.** 23./24. September: Intensiv-Workshop Berufliche (Neu-)Orientierung.

termine

Journalismus

BVK-Journalistenpreis

FRANKFURT. Prämiert werden deutschsprachige Artikel und Beiträge, die sich mit dem Thema Private Equity auseinandersetzen und ein tieferes Verständnis dafür ermöglichen. Unter Private Equity versteht der BVK sowohl Venture Capital als auch Minderheitsbeteiligungen (Wachstumsfinanzierungen) und Mehrheitsbeteiligungen (Buy-Outs). Der Preis wird in den Kategorien „Tageszeitungen/Nachrichtenagenturen“, „Magazine/Wochenzeitungen“, „TV/Hörfunk“ sowie „Online“ vergeben. Die Arbeiten müssen zwischen 25. Mai 2010 und 26. Mai 2011 erschienen sein. Dotierung: Insgesamt 16.000 €. Einsendeschluss: 31. Juli. Kontakt: Bundesverband Deutscher Kapitalbeteiligungsgesellschaften (BVK), Martin A. Bolits, Reinhardtstr. 27c, 10117 Berlin, E-Mail: bolits@bvkap.de, Internet: www.bvkap.de.

Writing for CEE

WIEN. Journalisten aller europäischen Staaten sind eingeladen, sich mit Beiträgen zu Fragen der europäischen Integration und zur Zukunft Europas unter besonderer Berücksichtigung Osteuropas (CEE) und Südosteuropas zu bewerben. Gefragt sind Arbeiten, die helfen, Grenzen und Vorurteile zu überwinden. Auch Journalisten aus Nicht-EU-Staaten wie Russland, Belarus oder der Ukraine

dürfen teilnehmen. Eingereicht werden können Beiträge in der jeweiligen Landessprache mit einer Übersetzung ins Englische, die zwischen dem 1. August 2010 und 31. Juli 2011 publiziert worden sind. Auch Transkripte von Radio-, TV- und Online-Beiträgen sind willkommen. Dotierung: Insgesamt 5.000 €. Einsendeschluss: 31. Juli. Informationen: Bank Austria und Austria Presse Agentur (APA), Christina Bischof, Fon: 0043 / (0) 505 05 / 571 26, E-Mail: cee.award@apa.at, www.apa.at/cee-award.

BNK Medienpreis 2011

ERKELENZ. Der Bundesverband Niedergelassener Kardiologen (BNK) schreibt einen Medienpreis zum Thema „Bedeutung des niedergelassenen Kardiologen bei der Behandlung der chronischen Herzinsuffizienz“ aus. Zugelassen sind Beiträge aus Zeitungen, Zeitschriften, Radio und Fernsehen sowie Internetangebote oder Buchbeiträge, die im Zeitraum von Oktober 2010 bis Juli 2011 in Deutschland veröffentlicht wurden. Dotierung: 2.000 €. Einsendeschluss: 1. August. Informationen: Dr. med. Heribert Brück, Tenholter Str. 43a, 41812 Erkelenz, E-Mail: hbrueck@kardiologie-erkelenz.de, www.bnk.de/medienpreis.

KAUSA Medienpreis

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat zum zweiten Mal den KAUSA Medienpreis ausgeschrieben. Der Wettbewerb richtet sich an junge Journalistinnen und Journalisten, die zu einer ausgewogenen Berichterstattung zum Thema Migration, Integration und Bildung beitragen. Nachwuchsjournalisten können sich mit Print-/Online-, Hörfunk- oder TV-Beiträgen über „Bildungswege von Migrantinnen und Migranten“ bewerben. Der Preis ist insgesamt mit 30.000 Euro dotiert. Einsendeschluss: 16. September 2011. Mehr Informationen unter: www.kausa-medienpreis.de.

Otto Brenner Preis für kritischen Journalismus

HAMBURG. Unter dem Motto „Kritischer Journalismus – Gründliche Recherche statt bestellter Wahrheiten“ vergibt die Otto Brenner Stiftung (OBS) fünf Preise an junge journalistische Talente. Ziel des Wettbewerbs ist es, gesellschaftlich relevante, aber vernachlässigte Themen ins Blickfeld der Öffentlichkeit zu rücken. Er soll ermutigen, unbequeme Fragen aufzugreifen und Missstände in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft klar zu benennen. Der Brenner Preis „Spezial“ zeichnet die beste Analyse – Leitartikel, Kommentar, Essay – aus und soll dazu

12. bis 17. September in Hannover: dju-Fotografenseminar

Workshop Audioslideshow

Audio-Slideshows bieten Fotografen gute Möglichkeiten, sich mit ihrer Fotografie nicht nur in Printmedien zu präsentieren, sondern über das Internet in sehr kurzer Zeit ein größeres Publikum zu erreichen.

Der Workshop vermittelt grundlegende Kenntnisse in Interviewtechniken, Dramaturgie und Tonschnitt, die für das Erzählen einer Geschichte in Bild und Ton notwendig sind. Die Teilnehmer bringen ein Laptop, eine digitale Kamera und möglichst Audioaufnahmegeräte, Mikrofone und Kopfhörer mit.

Themenschwerpunkte: Analyse von Beispielen, Interviewtechniken, Dramaturgie, Bildauswahl, Tonschnitt und -bearbeitung, Vermitteln von Grundkenntnissen der Software Soundslides, Erstellen einer eigenen Audioslideshow

Zielgruppe: Fotografen und Journalisten, fotografische Kenntnisse sowie EDV-Basiswissen werden vorausgesetzt

Veranstaltungsort: Fachhochschule Hannover und Umgebung

Teilnehmerzahl: Maximal 15 Kolleginnen und Kollegen

Kosten: Für dju- bzw. ver.di-Mitglieder 300 €, für Nichtmitglieder 400 €, jeweils zzgl. Übernachtung und Verpflegung (zwölf günstige Pensionzimmer in der Nähe sind reserviert, bei Anmeldung erfragen)

Dozenten: Nicole Strasser, Fotografin und Dozentin für Magazin- und Internet-Reportage (www.nicolestrasser.de); Franz Bischof, Fotograf und Dozent (www.franzbischof.de)

Anmeldung: Bis 15. August, dju-Bundesgeschäftsstelle, Andje Raudszus, E-Mail: andje.raudszus@verdi.de.

beitragen, dem „Kikeriki-Journalismus“ (Heribert Prantl) und der unkritischen Übernahme einer Mehrheitsmeinung entgegenzuwirken. Zusammen mit dem „netzwerk recherche“ werden zudem drei Recherchestipendien in Höhe von jeweils 5.000 € an Nachwuchsjournalisten vergeben, die damit wichtige Themen aufgreifen und über einen längeren Zeitraum recherchieren können. Dotierung: 45.000 €. Einsendeschluss: 15. August. Infos: www.otto-brenner-preis.de.

Deutscher Preis für Naturjournalismus

HAMBURG. Der Preis der Deutschen Wildtier Stiftung und GEO trägt dem Leserinteresse und der Bedeutung an Natur- und Umweltthemen Rechnung. Gesucht werden Texte, die durch gute Erzähldramaturgie und Sachkenntnis gleichermaßen überzeugen. Dotierung: 5000 €. Weil gerade bei Kindern großer Aufklärungsbedarf bezüglich Themen rund um die heimische Natur besteht, wird für Veröffentlichungen in Kinder- und Jugendmedien außerdem der mit 1.000 € dotierte Sonderpreis „Der wilde Rabe“ verliehen. Prämiert werden Texte aus Zeitschriften, Wochen- und Tageszeitungen sowie deren Online-Publikationen, die zwischen dem 1. November 2010 und dem 31. August 2011 in deutschsprachigen Medien veröffentlicht wurden. Einsendeschluss: 31. August. Kontakt: Deutsche Wildtier Stiftung, Fon: 040 / 733 39 – 18 80, E-Mail:

Info@DeWiSt.de, Internet: www.DeutscheWildtierStiftung.de.

Preis Wissenschaftsjournalismus

BERLIN. Die Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie, Psychotherapie und Nervenheilkunde (DGPPN) und die Stiftung für Seelische Gesundheit vergeben den Preis für allgemein verständliche Arbeiten, die zur Popularisierung wissenschaftlicher Sachverhalte aus den Bereichen Psychiatrie, Psychotherapie sowie seelische Gesundheit beitragen. Die Auszeichnung wird entweder für eine Arbeit in den Bereichen Zeitung / Zeitschrift oder aus dem Bereich der elektronischen Medien (TV, Hörfunk, Internet) vergeben. Die Beiträge müssen zwischen 1. September 2010 und 31. August 2011 publiziert worden sein. Dotierung: 10.000 €. Einsendeschluss: 1. September. Infos: www.dgppn.de.

Medienpreis ERGO Direkt

NÜRNBERG. Für den Medienpreis der ERGO Direkt Versicherungen zugelassen sind journalistische Arbeiten, die zwischen dem 1. September 2010 und dem 31. August 2011 entweder auf der Internet-Seite eines klassischen Mediums erschienen sind – Print, Hörfunk, Fernsehen – oder originär fürs Internet produziert wurden. Sie müssen Trends und Innovationen zum Thema haben: Welche neuen Ideen gibt es, wie werden sie umgesetzt – nicht nur in der Versiche-

rungsbranche? Was sagen Zukunftsforscher, Wissenschaftler, Designer und Mode-Ikonen? Wie wird die Technologie in Zukunft aussehen, wie die Medizin, die Kultur, der Sport und die Gesellschaft überhaupt? Dotierung: 17.000 €. Einsendeschluss: 1. September. Infos: www.ergodirekt-journalistenpreis.de.

Hauptsache Biologie

MANNHEIM. Der Wissenschafts- und Journalistenpreis für gute Veröffentlichungen rund um die Biologie zeichnet Beiträge aus, die den Leser zwanglos an Inhalte, Konzeptionen und Schlüsselfragen der Disziplin heranführen. Die Artikel müssen in einem Team aus Journalist und Wissenschaftler entstanden sein. Zugelassen sind deutschsprachige Tageszeitungsartikel sowohl der Print- als auch der Onlineausgabe. Dotierung: Insgesamt 20.000 €. Einsendeschluss: 15. September. Informationen: Promega GmbH, Dr. Anette Schwenzer, Fon: 06 21 / 85 01 – 110, E-Mail: biologie@promega.com, Internet: www.promega.com/b/de/Hauptsache_Biologie/default.aspx.

Seminare zur Europapolitik

Das EU-Hospitanzprogramm „Einblicke in die Europa-Politik“ in Brüssel und das Einführungsseminar „Europa besser verstehen“ in Bonn finden vom 7. – 14. Oktober 2011 statt.

Seminarinhalte:

- Besuche von Parlamentsausschüssen, Pressekonferenzen und Redaktionen
- Arbeitsberichte und Gespräche mit Pressereferenten des Europäischen Parlaments und der EU-Kommission
- Diskussionen mit EU-Parlamentariern und Korrespondenten.

Programmablauf unter: http://journalistenakademie.fes.de/aktivitaeten_detail.php?seminar_id=31792

An der Teilnahme Interessierte können sich mit einem Motivationsschreiben, einem Kurzlebenslauf sowie einem Lichtbild bewerben. Bitte schriftlich – gerne per E-Mail – an:

Friedrich-Ebert-Stiftung, Journalisten-Akademie, z.Hd. Marion Fiedler, 53170 Bonn. E-Mail: Marion.Fiedler@fes.de
Bewerbungsschluss: 26. August 2011.
Teilnahmebeitrag: 300,00 Euro inkl. Unterkunft/Frühstück.

Film

Duisburger Filmwoche

DUISBURG. Eingereicht werden können Dokumentarfilme, Grenzgänger des Genres sowie Mischformen. Die Filme sollten mindestens 45 Minuten lang sein – Ausnahmen gelten für Fernsehproduktionen und Hochschulfilme, die

eine Länge von 30 Minuten nicht unterschreiten sollten. Berücksichtigt werden Produktionen, die ab dem 1. September 2010 ihre Uraufführung bzw. Erstausstrahlung hatten. Filmemacher müssen in Deutschland, Österreich oder der Schweiz leben bzw. Angehörige dieser Staaten sein. Während der Filmwoche müssen sie in Duisburg anwesend sein und ihren Film vertreten.
Dotierung: Rund 20.000 €. Einreichschluss: 26. August. Informationen: www.duisburger-filmwoche.de/archiv/index.html.

eDward –

The Young Filmmaker's Award

FRANKFURT. eDward – The Young Filmmaker's Award wird im Rahmen des eDIT 14. Filmmaker's Festival ausgeschrieben. Junge Filmemacher bis 30 Jahre sind aufgerufen, sich allein oder in Teams mit einem 30-Sekunden-Film zum Wettbewerbsthema „Freiheit!“ zu bewerben. Die drei Gewinner werden vom 30. Oktober bis 1. November 2011 zum Festival nach Frankfurt eingeladen. Dotierung: Geldpreise in Höhe von insgesamt 4.000 €, eine eDward-Trophäe sowie Sachpreise. Einsendeschluss: 19. September. Informationen: www.eDward.de.

Nonfiktionale „Nabelschau“

BAD AIBLING. Von 2012 an findet die Bad Aiblinger Nonfiktionale nicht mehr wie gewohnt im Herbst, sondern im März statt. Um die Zeit zu überbrücken, richtet das Festival im Rahmen einer Sonderveranstaltung vom 23. bis 25. September den Blick auf die Festivalmacher und -macherinnen selbst. Bei dieser „Nabelschau“ zeigt das Nonfiktionale-Team eigene filmische Arbeiten. Zu sehen sind stilistisch wie thematisch sehr unterschiedliche Filme. Im Anschluss an die Vorführungen besteht die Gelegenheit zu ausführlichen Gesprächen. Programm in Internet: www.nonfiktionale.de.

Rundfunk

Bürgerfunk NRW

DÜSSELDORF. Die LfM zeichnet herausragende Programmleistungen von Bürgerfunkern aus. Bei der Bewertung der eingereichten Beiträge werden insbesondere die Schwerpunkte „kreative innovative Umsetzung“ und „lokale publizistische Ergänzung“ berücksichtigt. Prämiert werden jeweils die besten Sendebeiträge in den drei Kategorien „Beitrag“, „Format“ (Magazin/Monothematische Sendung) sowie „Hörspiel bzw. Feature“. In jeder Kategorie wer-

den Preise in drei Altersgruppen – bis 12 Jahre, bis zu 18 und über 18 Jahren – vergeben. Dotierung: Rund 5.000 €. Darüber hinaus wird ein mit € 1.000 dotierter Publikumspreis verliehen. Teilnahmeberechtigt sind Bürgerfunkgruppen, Schul- und Jugendradioprojektgruppen, deren Beitrag in einem Lokalradio in Nordrhein-Westfalen in der Zeit vom 1. Oktober 2010 bis 31. Juli 2011 gesendet wurde. Bewerbungsschluss: 1. August. Informationen: Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen (LfM), Internet: www.lfm-nrw.de/buergermedien/buergermedienpreis/buergermedienpreis-2011.html.

Tutzing Radiotage 2011

TUTZING. Radio ist attraktiv und wird intensiv gehört. Das beweisen die Zahlen der Mediaanalyse. Dennoch leidet das Radio unter einem Anerkennungsdefizit und wird als Nebenbei-Medium belächelt. Wenn Radio „leiser“ wird, wie wird es sich profilieren? Wie wird ihm in Zeiten komplexer Medienangebote genügend Aufmerksamkeit zuteil? Relevante Inhalte, neues Storytelling,

abwechslungsreichere Darstellungsformen, Audio-Slideshows im Netz, Engagement in Social Media und geschickte Verbindungen mit dem Internetangebot sollen für mehr Relevanz sorgen. Um all dies geht es bei den Tutzinger Radiotagen der Bundeszentrale für Politische Bildung vom 18. bis 20. September (Anmeldung bis 29. Juli). Ort: Akademie für Politische Bildung Tutzing, Buchensee 1, 82323 Tutzing. Teilnahmebeitrag: 80 €. Informationen und Anmeldung: Ina Rauß, Fon: 081 58 / 256 – 53, E-Mail: i.rauss@apb-tutzing.de, Internet: www.hoerfunker.de.

Fotografie

World Press Photo Ausstellung

MÜNCHEN. Die Deutsche Bahn und die BahnhofsGeschäfte präsentieren von Juli bis Oktober erneut die World Press Photo Ausstellung an sieben deutschen Bahnhöfen. Gezeigt wird eine Auswahl von 177 Fotos aus neun Kategorien, die im Rahmen des World Press Photo Awards eingesendet wurden. Sie dokumentieren die Zeitgeschichte des ver-

gangenen Jahres und vermitteln einen Einblick in aktuelle Tendenzen der Pressefotografie. Zu sehen sind Bilder aus den Konfliktgebieten der Erde, aus Kultur, Sport und Wissenschaft sowie Natur. Orte und Termine: München Hbf.: 1. bis 11. Juli; Mannheim Hbf.: 15. bis 25. Juli; Stuttgart Hbf.: 29. Juli bis 8. August; Köln Hbf.: 19. bis 29. August; Halle Hbf.: 2. bis 12. September; Braunschweig Hbf.: 16. bis 26. September; Berlin-Friedrichstraße: 14. bis 24. Oktober.

Danube Photo Contest

BUDAPEST. Anlässlich der Ungarischen EU-Ratspräsidentschaft schreibt die Organisation der „World Press Photo Exhibition“ den internationalen „Fotowettbewerb Donau“ aus. Er soll auf die Donauregion aufmerksam machen und ein Bewusstsein für ihre Schutzwürdigkeit schaffen. Die Siegerbilder sollen vom 29. September bis 30. Oktober im Völkerkundemuseum Budapest ausgestellt werden und das Leben in den 14 Donauanrainerländern vom Schwarzwald bis zum Schwarzen Meer zeigen. Kategorien sind: „Natur und Umwelt“, „Industrie und Landwirtschaft“, „Fischerei und Schifffahrt“, „Kultur und Wissenschaft“ sowie „Alltagsleben“. Einsendeschluss: 15. Juli. Informationen: www.worldpressphoto.hu/info/danube.

Faszination E-Sport

BONN. Die photokina veranstaltet gemeinsam mit der gamescom, der fotocommunity sowie der Electronic Sports League den Fotowettbewerb E-Sport. Die Teilnehmer sind aufgefordert das Thema E-Sport, also das Spielen am Computer in der Gemeinschaft, ins Bild zu setzen und den „Spaß am Spielen“ in einem Foto festzuhalten. Über die Sieger entscheiden die Mitglieder der Fotocommunity. Dotierung: Insgesamt 11.000 €. Upload bis 18. Juli. Infos: www.fotocommunity.de/info/Contest_Faszination_E-Sport

gute aussichten

– junge deutsche fotografie

FRANKFURT. Am Wettbewerb „gute aussichten – junge deutsche fotografie 2011/2012“ können Studentinnen und Studenten der Fotografie ausschließlich mit ihren Abschlussarbeiten (Diplom, Master, Bachelor usw.), die sie an einer deutschen Institution (Hochschulen, Universitäten, Fachhochschulen, Akademien) erlangt haben, teilnehmen. „gute aussichten“ nimmt maximal fünf Abschlussarbeiten pro Institution an. Einsendeschluss: 29. Juli. Informationen: www.guteaussichten.org.

Impressum

«M – Menschen Machen Medien»

Medienpolitische ver.di-Zeitschrift, erscheint neun Mal im Jahr

Herausgeber: Fachbereich 8 (Medien, Kunst, Industrie), Bundesvorstand: Frank Bsirske / Frank Werneke

Redaktion: Karin Wenk (verantwortlich), Telefon 030 / 69 56 23 26

Anschrift: ver.di Bundesverwaltung / Karin Wenk, Redaktion M, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin, Fax: 030 / 69 56 36 76

E-Mail: karin.wenk@verdi.de

Für unverlangt eingesandte Artikel und Bilder übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Gezeichnete Beiträge stimmen nicht immer mit der Meinung der Redaktion überein.

Anzeigen:

Network Media GmbH
Stressemannstraße 30, 10963 Berlin
Ansprechpartner:
Nicole Stelzner (Leiterin)
Tel: 030 / 255 94 – 180
Fax: 030 / 255 94 – 190
E-Mail: stelzner@nwmd.de

Gültige Anzeigenpreisliste:

Nr. 16 gültig ab 1.1.2011

M im Internet

<http://mmm.verdi.de>

Layout: Petra Dreßler, Berlin

Tel. 030 / 322 18 57

Titelbild: Hermann J. Haubrich, Berlin, Tel. 0171 / 343 88 10

Druck und Vertrieb:

alpha print medien AG (apm)
Kleyerstraße 3, 64295 Darmstadt

Jahresabonnement:

36,- € einschließlich Versandkosten.

Abonnementsverwaltung:

Verlagsgesellschaft W.E. Weinmann mbH, Postfach 1207, 70773 Filderstadt, Telefon 0711 / 700 15 30. Fax: -10
E-Mail: service@verlag-weinmann.de
Für Mitglieder der Medien-Fachgruppen ist die Bezugsgebühr im Mitgliedsbeitrag enthalten. ver.di-Mitglieder aus anderen Fachgruppen zahlen 18 € – eine gesonderte Bestellung ist notwendig.

Weitere Publikationen:

„Kunst & Kultur“

verantwortlich: Burkhard Baltzer
Tel. 030 / 69 56 – 10 60

„Druck + Papier“ verantwortlich:

Henrik Müller Tel. 030 / 69 56 – 10 76

Redaktionsschluss:

M 6 – 7.2011: 10.06.2011

M 7 – 8.2011: 17.08.2011

ISSN-Nr.: 09 46 – 11 32

Fotowettbewerb Fremde Heimat

FRANKFURT. Der Fotopreis der Reise-Bank richtet sich an Menschen mit ethnischen Hintergrund ebenso wie an Fotografen, die sich mit den Lebensumständen von Migranten in Deutschland auseinandersetzen möchten. Fokus des Wettbewerbs ist die Suche nach dem persönlichen Blickwinkel auf das fremde Deutschland, auf die eigenen Lebensumstände im Spannungsfeld von Ankommen, Fremde und Migration. Dotierung: 10.000 €. Einsendeschluss: 15. August. Informationen: <http://www.reisebank.de/photocontest>.

acatech PUNKT – Foto

BERLIN. acatech, die Deutsche Akademie der Technikwissenschaften verleiht den PUNKT, Preis für Technikfotografie. Ausgezeichnet werden Arbeiten, die Themen mit Technikbezug originell darstellen und einen Zugang zu innovativen Technologien eröffnen. Neben Auszeichnungen für das beste Einzelfoto, die herausragende Fotoserie und exzellente Beiträge in den Sparten Tageszeitung und Magazin wird auch ein Fotostipendium für eine Technikreportage ausgelobt. Die Preise und das Stipendium sind mit jeweils 5.000 Euro dotiert. Einsendeschluss: 16. August. Kontakt: acatech, Anna Gauto, Fon: 030 / 20 63 09 6 – 46, E-Mail: gauto@acatech.de, Internet: www.acatech.de, www.journalistenpreis-punkt.de.

Dresdner Fotografie-Stipendium

DRESDEN. Mit dem Stipendium werden künstlerische und/oder dokumentarische Projekte gefördert, in deren Fokus das fotografische Bild und fotografische Prozesse stehen. Dabei soll die fotografische Auseinandersetzung mit der Stadt Dresden eine zentrale Rolle spielen, ohne dass das Stipendium auf Stadtfotografie im engeren Sinne beschränkt sein muss. Die Anwesenheit vor Ort wird erwartet. Angesprochen sind selbstständige oder hauptberufliche Fotografen ohne Lebensmittelpunkt in Dresden. Das dreimonatige Stipendium umfasst eine Förderung in Höhe von monatlich 1.000 €, einen Zuschuss für Materialkosten in Höhe von maximal 1.000 € sowie freie Unterkunft. Bewerbungsfrist: 31. August. Informationen: Museen Dresden, Technische Sammlungen, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Internet: www.tsd.de/aktuell.

Fotowettbewerb Sportfotografie

BERLIN. Die Peter-Christian-Schlüschen-Stiftung unterstützt mit ihrem Wettbewerb für Sportfotografie junge Talente

auf dem Weg in den Beruf des Sportfotografen. Neben einem Förderpreis und der Leihgabe einer Profikamera-ausrüstung werden Geldpreise von insgesamt 10.000 € ausgelobt. Einsendeschluss: 15. August. Informationen: www.pcs-stiftung.de.

Förderpreis PhotoVision

HAMBURG. Der Förderpreis soll Ansporn und Bestätigung für junge Talente sein, die sich um eine neue fotografische Sehweise bemühen. Das Thema der diesjährigen Ausschreibung lautet „Horizonte“. Erwartet werden nicht nur Landschaftsaufnahmen, auch gesellschaftliche, gestalterische und technische Sichtweisen sind denkbar. Teilnehmen können Studenten der Fachrichtung Fotografie, Fotoassistenten in der Ausbildung und Fotografen mit einem abgeschlossenen Studium oder einer abgeschlossenen Ausbildung ab Geburtsjahr 1979. Dotierung: 5.000 € sowie Sachpreise im Wert von ca. 8.000 €, Bewerbungsschluss: 31. August. Informationen: www.photographie.de.

Sportfotografie im Wandel

SINZHEIM. Zunehmend steht bei der Sportfotografie nicht mehr der Sportler im Vordergrund, sondern dessen Umfeld: begeisterte oder verzweifelte Trainer, jubelnde Zuschauer, sogar Kinder, vor allem von Fußballern. Dennoch gibt es noch die eigentlichen Sportfotos, die Siege, Pannen und Erfolge widerspiegeln, Siegerehrungen auf dem „Treppchen“ oder Porträtaufnahmen von Sportgrößen zeigen. Exemplarisch soll der Wandel, den die Sportfotografie in den letzten Jahrzehnten durchlaufen hat, dargestellt werden. Prämiert wird das beste Sportfoto der letzten 100 Jahre (von 1911 bis 2011). Einsendeschluss: 15. September. Informationen: www.piag.de/sportfoto-wettbewerb.

Varia

Frauen in MINT-Berufen

BIELEFELD. Um mehr junge Frauen für technische Berufe bei Fernsehen, Hörfunk und Internet zu begeistern, hat der „Nationale Pakt für Frauen in MINT-Berufen“ (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) die ARD.ZDF Medienakademie als neuen Partner für „Komm, mach MINT“ gewonnen. Das Informationsportal bietet Hinweise zur Gewinnung weiblicher Nachwuchskräfte, konkrete Tipps, Handlungsempfehlungen und eine bundesweite Projektlandkarte. Projekte und Maßnahmen können eingetragen werden. Bisher konnten 90.000 Mädchen und

junge Frauen angesprochen werden.

Informationen:

Geschäftsstelle Nationaler Pakt für Frauen in MINT-Berufen, Christina Haaf, Fon: 05 21 / 32 98 21 – 62, E-Mail: haaf@komm-mach-mint.de, Internet: www.komm-mach-mint.de.

Informationen zum Journalismus

MÜNCHEN. Ein MedienWiki will Orientierung zur journalistischen Aus- und Fortbildung liefern: www.medienwiki.org zeigt Wege in den Journalismus, in die Film- oder Gamesbranche, in die Öffentlichkeitsarbeit und in die Medientechnik. Berufsbilder im Medienbereich werden vorgestellt, grundlegende Begriffe aus der Medienwelt erklärt. Lehrern und Berufsberatern bietet das MedienWiki die Möglichkeit, schnell an fundierte und umfassende Informationen über die Medienaus- und -fortbildung zu gelangen. Das MedienWiki gibt auch Literaturtipps und informiert, wie man einen Bericht oder eine Reportage schreibt. Dafür sorgt Gabriele Hooffacker, Herausgeberin der Reihe „Journalistische Praxis“ im Econ-Verlag. Umgekehrt fließen die Bildungsangebote aus dem MedienWiki in die Lehrbücher ein. Kontakt: www.medienwiki.org, Fon: 089 / 21 66 91 – 0, E-Mail: medienwiki@mediencampus.de.

Dieter Baacke Preis

BIELEFELD. Mit dem Preis zeichnen die Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur (GMK) und das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend beispielhafte Medienprojekte der Bildungs-, Sozial- und Kulturarbeit aus. Im Mittelpunkt steht herausragende Medienpädagogik: Bewertet wird nicht allein das Produkt, sondern auch der medienpädagogische Prozess. Der Dieter Baacke Preis wird in fünf Kategorien verliehen: „Projekte von und mit Kindern“, „Projekte von und mit Jugendlichen“, „Interkulturelle und internationale Projekte“, „Intergenerative und integrative Projekte“ sowie „Projekte mit besonderem Netzwerkcharakter“. Bewerben können sich Institutionen, Initiativen oder Einzelpersonen mit Projekten zur Förderung der Medienkompetenz. Dotierung: Je Kategorie 2.000 €. Bewerbungsschluss: 31. August. Informationen: GMK-Geschäftsstelle, Anja Pielsticker, Fon: 05 21 / 677 88, E-Mail: gmk@medienpaed.de, Internet: www.medienpaed.de.

ver.di Literaturpreis

BERLIN-BRANDENBURG. Zum achten Mal wird der ver.di-Literaturpreis ausgeschrieben, diesmal für Lyrik. Eingereicht

werden können veröffentlichte Werke zeitgenössischer deutschsprachiger Literatur in Buchform, die innerhalb der letzten drei Jahre in Erstauflage erschienen sind und die nicht durch die Autorin oder den Autor (mit)finanziert wurden. Dotierung: 5.000 €. Einsendeschluss: 31. August. Bewerbungen an: ver.di, FB 8 (Medien, Kunst und Industrie), Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin. Nachfragen: Anke Jonas, Fon: 030 / 88 66 – 54 03.

leute

ZDF-Programmdirektor **Thomas Bellut** ist am 17. Juni in Berlin zum neuen Intendanten des Mainzer Senders gewählt worden. 70 der 73 anwesenden Fernsehratsmitglieder stimmten für den 56-Jährigen. Er wird im März 2012 die Nachfolge des amtierenden Intendanten **Markus Schächter** antreten.

Nikolaus Blome, zusammen mit **Rolf Kleine** Leiter des Hauptstadtbüros der Bild-Zeitung, wurde zugleich stellv. Chefredakteur des Blatts und Leiter des Wissenschaftsressorts.

Hendrik Brandt, Mitglied der Chefredaktion der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung, sowie **Matthias Koch**, bisher Leiter des Ressorts Politik und stellv. Chefredakteur, lösten als Doppelspitze in der Chefredaktion des Blatts **Ulrich Neufert** ab, der in der Position eines Chefredakteurs für die Mediengruppe Madsack neue Print- und elektronische Produkte entwickeln soll.

Die Autorin **Anna Dünnebier**, Mitglied des Verbands deutscher Schriftsteller in ver.di, wurde zur Vizepräsidentin des European Writer's Council (EWC) gewählt.

Jürgen Ebenau, bisher Leiter des digitalen Service- und Wissensprogramms Einsplus, übernahm die Leitung der Hauptabteilung SWR.Online.

Der Kabarettist **Christian Ehring**, Mitglied des Teams der ZDF-Satiresendung „heute show“ und künstlerischer Leiter des Düsseldorfer Kabarets „Kom(m)ödchen“, löst im August als Frontmann bei der NDR-Satiresendung „extra 3“ **Tobias Schlegel** ab, der aber weiterhin in der Sendung vertreten sein wird.

Arnd Festerling, derzeit bei der FR Ressortleiter Politik / Wirtschaft, wird Redaktionsleiter Frankfurt / Rhein-Main.

Andreas Gerling, zuletzt Leiter des Showbereichs beim NDR, wurde beim ZDF Leiter des neu geschaffenen Programmbereichs Quiz und Showentwicklung / ZDFneo und übernahm die redaktionelle Verantwortung für die Quizformate des Senders.

Hendrik Groth, früher als Journalist tätig, zuletzt Konzernrepräsentant der ThyssenKrupp AG in Südamerika, folgte als Chefredakteur der Schwäbischen Zeitung (Leutkirch) auf **Ralf Geisenhanslüke**, der als Chefredakteur der Tageszeitungen und weiterer Content-Angebote zum Medienhaus Neue Osnabrücker Zeitung wechselte.

Lars Haider, bisher Chefredakteur des Weser-Kuriers und der Bremer Nachrichten, folgte als Chefredakteur des Hamburger Abendblatts auf **Claus Strunz**, der Geschäftsführer des eigens von der Axel Springer AG neu geschaffenen Bereichs für TV- und Videoproduktionen wurde und das Angebot von Bewegtbildern für die Internet-Plattformen ausbauen soll.

Claudia Hohlweg, Art Directorin bei Schöner Wohnen (G+J Exclusive & Living), wurde zusätzlich stellv. Chefredakteurin der Zeitschrift und löste **Juliane Zimmer** ab, die in den Ruhestand ging.

Andreas Hummelmeier, bisher bei ARD-aktuell Redakteur in der Abteilung Strategie und Innovation, folgte als Redaktionsleiter von tagesschau.de und Mitglied der Chefredaktion von ARD-aktuell auf **Jörg Sadrozinski**. Dieser löste als Leiter der Deutschen Journalistenschule (DJS) in München **Ulrich Brenner** ab, der in den Ruhestand trat.

Florian Illies, zusammen mit **Jens Jensen** Feuilletonchef der Wochenzeitung Die Zeit sowie Mitgründer von Monopol, einem Magazin für zeitgenössische Kunst, wechselt als geschäftsführender Gesellschafter zum Berliner Kunst-Auktionshaus Villa Grisebach.

Das Institut zur Förderung publizistischen Nachwuchses (ifp) ist eine Journalistenschule in Trägerschaft der Katholischen Kirche. Im Aufsichtsrat folgten der Mainzer Weihbischof Dr. **Ulrich Neymeyr** und **Ulrich Lücke**, Chefkorrespondent und Ressortleiter Politik des Bonner General-Anzeigers, auf Weihbischof **Josef Grünwald** und **Hanns Funk**, Ex-Chefredakteur der Schwäbischen Zeitung.

Franz Kadell, Ex-Chefredakteur der Magdeburger Volksstimme, löste als Sprecher der Landesregierung Sachsen-Anhalts **Monika Zimmermann** ab.

Tanit Koch, bisher Textchefin der Bild-Zeitung, folgte als Redaktionsleiterin von Bild Hamburg auf **Matthias Onken**, der den Verlag verließ, um sich selbstständig zu machen.

Alois Kösters, derzeit Chefredakteur der Zeitungsgruppe Lahn-Dill (Wetzlarer Neue Zeitung), folgt zum 1. Oktober als Chefredakteur der Magdeburger Volksstimme auf **Franz Kadell**, der Ende vergangenen Jahres ausgeschieden war. Unterdessen leiten die stellv. Chefredakteure **Peter Wendt** und **Günther Tyllack** das Blatt kommissarisch.

Landespressekonzferenz Sachsen-Anhalt: **Jochen Müller** (MDR 1 Radio Sachsen-Anhalt) folgte als Vorsitzender auf **Wolfgang Borchert**, bisher zuständig für die Landespolitik bei Radio SAW, der als Pressesprecher in das Finanzministerium wechselte.

Willy Loderhose, bislang Chefredakteur von Fit for Fun, übernahm beim Corporate Publisher Burda Yukom neue redaktionelle Aufgaben, berät aber weiterhin die Redaktion von Fit for Fun, die zunächst vom bisherigen stellv. Chefredakteur **Andreas Leicht** geleitet wird.

Christian Meier, bisher Berlin-Korrespondent und Ressortleiter Digitale Medien beim Branchendienst kressreport, wechselte als stellv. Chefredakteur zum Mediendienst MEEDIA.de. **Eckhard Müller**, seit 2004 Chefredakteur des kressreport, verlässt das Medienmagazin zum 1. September.

Matthias Opdenhövel, bisher als Fußball-Reporter und TV-Moderator für diverse Sender tätig, u.a. Moderator von „Schlag den Raab“ (ProSieben), wechselte in das Team der ARD-„Sportschau“. Außerdem soll er im nächsten Jahr eine Primetime-Show im Ersten präsentieren. Bei „Schlag den Raab“ folgt ihm **Steven Gätjen** nach. Auch **Alexander Bommers**, bisher Moderator beim NDR, wird für die „Sportschau“ tätig sein.

Personalien bei der RTL-Senderfamilie: **Peter Kleim**, derzeit bei RTL Leiter des Hauptstadtstudios, löst im Herbst als Korrespondent in Washington **Christian Wilp** ab, der als Chefreporter für n-tv in das Berliner Studio zurückkehrt. **Rainer Munz**, bisher Leiter des Landes-



Die Fachzeitschrift «M» hat eine Auflage von 57.000 Exemplaren und ist exklusiv, denn: «M» gibt es nicht am Kiosk! Das Jahresabonnement kostet 36,- Euro, ermäßigt 18,- Euro.

Probeheft und Abonnement: Verlagsgesellschaft W. E. Weinmann, Tel. 0711 / 700 15 30 oder per Formular bei: <http://mmm.verdi.de>

studios Süd von infoNetwork in München, wird zum 1. Juli neuer Leiter des Hauptstadtstudios. Auf ihn folgt in München zum 1. Oktober **Ulrich Oppold**, derzeit Chef des New Yorker Büros. Dessen Leitung übernimmt **Carsten Mierke**, Korrespondent in New York.

Thomas Pult, bisher Chef vom Dienst bei der Ostsee-Zeitung, löste als stellv. Chefredakteur **Thoralf Clevén** ab, der Leiter des Hauptstadtstudios der Madsack-Gruppe (Hannover) wurde.

Stefan Raue, derzeit beim ZDF stellv. Redaktionsleiter im Bereich Politik und Zeitgeschehen, wechselt zum MDR, wo er ab November 2011 als Chefredakteur den trimedialen Newsdesk leiten wird, an dem die Berichterstattung von Fernsehen, Hörfunk und Internet koordiniert wird.

Reporter ohne Grenzen (ROG) / deutsche Sektion: **Katja Gloger** (Stern) und **Matthias Spielkamp** (freier Journalist, Blogger, Referent, Berater) folgten im fünfköpfigen Vorstand auf **Dirk Sager** und **Niels Kadritzke**, die nicht mehr kandidierten. Vorstandssprecher und geschäftsführende Vorstandsmitglieder bleiben **Astrid Frohloff** und **Michael Rediske**.

Christian Röwekamp, bisher beim dpa-Themendienst Chef vom Dienst sowie verantwortlich für das Ressort Reise und Touristik, folgte als Leiter der Unternehmenskommunikation bei der dpa auf Dr. **Carsten Wieland**, der in den Diplomatischen Dienst des Auswärtigen Amtes wechselte.

Oliver Santen, bisher Leiter des Ressorts Wirtschaft der Bild-Zeitung, folgt als Pressechef bei Siemens auf **Constantin Birnstiel**.

Ulrich Schulte, bislang Inlandschef bei der taz, folgte als Leiter des Parlamentsbüros auf **Ralph Bollmann**, der im April als Korrespondent für Wirtschaftspolitik in das Berliner Büro der FAS wechselte. **Ulrike Winkelmann**, zwischenzeitlich Leiterin des Ressorts Politik bei der Wochenzeitung Der Freitag, kehrt zur taz zurück und übernimmt zusammen mit **Hanna Gersmann**, derzeit im Parlamentsbüro zuständig für Wirtschaft und Umwelt, die Leitung des Innenressorts.

Ulrike Silberberg, bisher stellv. Chefredakteurin des BundesBauBlattes (Bauverlag BV GmbH), wurde neue Chefredakteurin der Zeitschrift „Die Wohnungswirtschaft“ (Haufe-Lexware).

Robert Skuppin, bislang u.a. Moderator bei Radioeins (RBB), folgte als Leiter der Welle **Florian Barckhausen** nach, der in den Ruhestand ging.

Daniel Steil, zuletzt mit Sonderaufgaben für die Bild-Chefredaktion betraut, löste zum 1. Juli als Chefredakteur von Focus Online (Tomorrow Focus Media GmbH) **Anita Stocker** ab, die als stellv. Chefredakteurin das Nachrichtenportal interimistisch leitete.

Christine Streichan, bisher zuständig für die Konzeption und Produktion der für-mich-Zeitschriften, wurde Chefredakteurin der Für-mich-Verlag GmbH (WAZ Mediengruppe).

Marco Vollmar, bislang Leiter des Online- und Radioangebots der DW, wechselte als Leiter der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit und Politik zu der Umweltschutzorganisation WWF Deutschland.

Sven Voss, Moderator von Sportübertragungen im ZDF, löst im August mit

Beginn der Bundesliga-Saison 2011 / 2012 in der Moderatorenriege des „Aktuellen Sportstudios“ **Wolf-Dieter Poschmann** ab, der als Chefreporter Sport fungieren wird.

Burkhard Weber, bisher Geschäftsführer der Probono Fernsehproduktion GmbH und der Firma LYNX and friends GmbH, wurde neuer Sportchef beim Bezahlsender Sky Deutschland.

Jan Weyrauch, derzeit Leiter der Jugendwelle YOU FM des HR, folgt zum 1. September als Programmdirektor von Radio Bremen auf **Dirk Hansen**.

Natascha Zeljko, bisher u.a. Leiterin des Ressorts Wahres Leben bei dem Frauenmagazin myself (Condé Nast), folgte als stellv. Chefredakteurin auf **Jenny Hoch** und wurde außerdem Textchefin. Die Leitung des Ressorts Wahres Leben übernahm **Kerstin Weng**.

Rolf Zick, der vor mehr als 60 Jahren als Reporter begann, wurde Ehrenvorsitzender der Landespressekonferenz Niedersachsen und des Presse Club Hannover.

preise

ver.di Fernsehpreis

Der ver.di-Fernsehpreis 2011 geht in diesem Jahr an **Robert Thalheim** für das Drehbuch zum Film „Am Ende kommen Touristen“ (ZDF) und **Aelrun Goette** für ihre Regie bei dem Film „Keine Angst“ (WDR). Der ver.di-Fernsehpreis für die Sparten Drehbuch und Regie ist mit je 7.500 Euro dotiert.

ver.di Literaturpreis

Nicol Ljubiaë, 1971 in Zagreb geboren und in Griechenland, Schweden und Russland aufgewachsen, lebt als freier Autor und Journalist in Berlin. Er erhält im September für seinen Roman „Meeresstille“ den mit 5.000 € dotierten ver.di-Literaturpreis Berlin-Brandenburg, der für das Genre Prosa ausgeschrieben worden war.

12. Alternativer Medienpreis – Print / 1. Preis: **Annika Eckel** (Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin) und **Uli Jentsch** (apabiz e.V.) für „Berliner Zustände. Ein Schattenbericht“; 2. Preis: **Ulrike Winkelmann** für „Integriert Euch!“ (Der Freitag). Internet – 1. Preis: **Willi Lang** und **Oliver Fleiner** für ihre Website behindert-barrierefrei.de; 2. Preis: **Robert Schrem** für seinen Web-TV-Sender fluegel.tv und dessen Berichterstattung zu Stuttgart 21. Audio / Hörfunk – 1. Preis: **Benedikt Strunz** für eine Sendung zum Jahrestag von Tschernobyl (Radio Dreyeckland, Freiburg); 2. Preis: **Aleksandra Kolodziejczyk** für das Radiofeature „Autonomie oder Prostitution – Die Zelte im Iran“. Video – 1. Preis: **Marina Bänke** und ein Kinder-Filmteam vom Bennohaus Münster für „Verloren“ über Kinderarmut; 2. Preis: **Carolyn Lano** (Medienwerkstatt Franken) für „Ein heiliger Berg“ über den Hesselberg im Nationalsozialismus. Der Preis wird u.a. unterstützt von der Nürnberger Medienakademie, der Stadt Nürnberg und der dju. Die Preisgelder belaufen sich insgesamt auf 4.000 €.

20. Axel-Springer-Preis für junge Journalisten – Kategorie Print: Überregionale / Nationale Beiträge: **Alard von Kittlitz** für „Die Namenlosen“ (FAZ); Lokale / Regionale Beiträge: **Katrin Blum** für „Ich will's wiederhaben“ (Stuttgarter Zeitung); Wochen- / Monatspublikationen: **Gerald Drißner** für „Glücklich ist tot“ (Österreichisches Magazin DATUM). Kategorie Fernsehen – 1. Preis: **Fritz Ofner** für „Fremde Kinder: Von Bagdad nach Dallas“ (ZDF / 3sat); 2. Preis: **Anke Hunold** für „Brüten für den Weltmarkt – Das Hühnerimperium an der Nordsee“ (NDR / ARD); 3. Preis: **Basil Honegger** für „Fehlgebildete Säuglingsherzen – Wenn das Leben mit einer Operation beginnt“ (SF 1). Kategorie Hörfunk – 1. Preis: **Tina Hüttl** für „Der Bürgermeistermacher“ (Deutschlandradio Kultur); 2. Preis: **Carolyn Courts** für „Unfallkreuze – Die Seele scheint an diesen Ort gebunden“ (WDR 5); 3. Preis: **Nadine Dietrich** für „Eichhörnchens permanente Revolte“ (Deutschlandfunk). Kategorie Internet – 1. Preis: **Michael Hauri** für „Islam-Konvertiten“ (2470media.eu); 2. Preis: **Felix Zeltner** für „Tonspur – Musik auf sechs Kontinenten“ (tonspur.arte.tv); 3. Preis: **Ole Reißmann** und **Maria Marquart** für „Anti-Castor-Protest 2010“ (spiegel.de). Es wurden insgesamt 34.000 € an Preisgeldern vergeben.

Sibylle Bassler, Redaktionsleiterin des ZDF-Magazins „ML Mona Lisa – Frauen, Männer & mehr“ wurde für ihre Berichterstattung über Kindesmissbrauch mit dem Medienpreis der Stiftung „Bündnis für Kinder“ ausgezeichnet.

BVKJ-Medienpreis 2011 des Berufsverbands der Kinder- und Jugendärzte – Print: **Alexander Neubacher** für den Artikel „Die Mär vom armen Kind“ (Der Spiegel); TV: **Anja Reschke** und das Redaktionsteam von „Panorama“ für die Reportage „Das Märchen von der Chancengleichheit“ (NDR); Hörfunk: **Charly Kowalczyk** für das Feature „Angelika – Annäherung an ein Kinderleben“ (Deutschlandradio / NDR). Die Preise sind mit je 5.000 € dotiert.

CIVIS Medienpreis für Integration und kulturelle Vielfalt – Europäischer Fernsehpreis / Information: **Karin Bauer** für „DOK: Der Asylchef und die Nigerianer“ (SRF); Unterhaltung: **Richard Cottan** (Buch) für „Kommissar Wallander – Mörder ohne Gesicht“ (ARD / BBC). Deutscher Fernsehpreis / Information: **Nicole Rosenbach** für die Dokumentation „Hart aber herzlich – Eine türkische Lehrerin gibt nicht auf“ (WDR); Unterhaltung: **Jürgen Werner** für den Film „Zivilcourage“ (WDR). Europäischer Radiopreis / lange Programme: **Marco Maurer** für die Reportage „Mein Türke und ich“ („Zündfunk“, BR); kurze Programme: **Katja Artsiomenka** für die Serie „Radio Essen am Morgen: Integration und ich“ (Radio Essen). Förderpreis: **Loretta Arnold**, **Fabio Friedli**, **Marius Portmann** und **Andrea Schneider** für den animierten Kurzfilm „Heimatland“ (HSLU – Hochschule Luzern Design & Kunst). Das Preisgeld pro Kategorie betrug 5.000 €.

CNN Journalist Award für Nachwuchsjournalisten – Journalist of the Year und bester Radiobeitrag: **Benjamin Best** mit „Tor, Sieg, Betrug – Wettmanipulation im Sport“ (WDR 5); Print: **Frederik Obermaier** für die Reportage „Ich denke, dass es meine Bestimmung ist, hier zu sein“ (Zeit Campus); TV: **Sebastian Kuhn** für die Reportage „USA: Unter der Brücke von Miami“ (ARTE); Online: **Simon Kremer** und **Marc Röhligh** für „Die gleichzeitige Stadt“ (soukmagazine.de).

Andreas Dresen gewann mit „Halt auf freier Strecke“ (Koproduktion RBB / ARTE) gemeinsam mit **Kim Ki-Duk** (Korea) und dessen Film „Arirang“ bei den Internationalen Filmfestspielen von

Cannes den Hauptpreis in der Reihe „Un certain regard“.

19. Deutsches Kinder-Medien-Festival „Goldener Spatz“ – eine Auswahl der Preisträger. Kinderjury – Bester Kino- / Fernsehfilm und Sonderpreis der Thüringer Staatskanzlei für Regie (1.500 €): „Groupies bleiben nicht zum Frühstück“ von **Marc Rothemund** (Regie); Information / Dokumentation: Folge „Computerspiele“ des Entdeckermagazins „pur+“ (ZDF); Kurzspielfilm, Serie / Reihe: „Halbe Portionen“ (SWR / ARTE / BR) von **Martin Busker** (Buch / Regie); Unterhaltung: Folge 172 der „Sendung mit dem Elefanten“ (WDR) von **Leona Frommelt** und **Renate Bleichenbach** (Buch / Regie); Animation: „Konferenz der Tiere“ von **Reinhard Klooss** und **Holger Tappe** (Regie); Minis: „Hurdy Gurdy“ von **Daniel Seideneder** und **Daniel Pfeiffer** (Regie); Bester Darsteller: **Lorenz Harder** („Halbe Portionen“). Online-Angebote für Kinder – Webseite: ampelini.de vom Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft e.V.; TV-Webseite: zdftivi.de (ZDF); Online-Spiel: „Löwenzahn: Superbauwagen“ (zdftivi.de, ZDF). Fachjury – Vorschulprogramm: „JoNaLu“ (ZDF) mit der Folge „Prinz Dreckspatz“ von **Konrad Weise** (Regie); Preis des MDR-Rundfunkrats für das beste Drehbuch (3.000 €): **Michaela Hinnenenthal**, **Thomas Schmid**, **Butz Buse** und **Johannes Schmid** für „Wintertochter“ (RBB / BR / MDR / NDR / SWR) von Johannes Schmid (Regie); Sonderpreis für Innovation: Studio Soi (Ludwigsburg) für die Animationsfilme „Das Bild der Prinzesin“ (Serie „Siebenstein“, ZDF tivi) von **Klaus Morschheuser** und **Johannes Weiland** (Regie) sowie „Der Gruffelo“ (BBC / Nick Jr. / ZDF tivi) von **Jakob Schuh** und **Max Lang** (Regie). Ehrenpreis: **Rolf Losansky**, Regisseur zahlreicher DEFA-Kinderfilme.

Deutscher Dokumentarfilmpreis 2011 – Hauptpreis (20.000 €): **Wim Wenders** für „Pina“ (Neue Road Movies / ZDF / 3sat / ARTE); Preis des Stuttgarter Hauses des Dokumentarfilms (3.000 €): **Gereon Wetzl** und **Jörg Adolph** für „How to make a book with Steidl“ (if Productions / ZDF / 3sat); Preis der Stadt Ludwigsburg (2.000 €): **Philip Scheffner** für „Der Tag des Spatzen“ (pong / ZDF / ARTE).

Der Dr. Georg Schreiber-Medienpreis zur Förderung des journalistischen Nachwuchses wird von der AOK Bayern in Zusammenarbeit mit dem Verein Nachwuchsjournalisten in Bayern und

mit Unterstützung der Deutschen Journalistenschule (DJS) vergeben. Print – 1. Preis (5.000 €): **Birgit Lutz-Temsch** für „Am schlimmsten ist die Liebe“ (SZ); 2. Preis (3.500 €): **Katharina Blum** für „Der Schatten des Begehrens“ (Münchner Merkur); 3. Preis (2.000 €): **Karin Prummer** und **Dominik Stawski** für „Die große Walze“ (SZ). Bundesweiter Sonderpreis (5.000 €): **Mareike Fallet** für „Wie Dana es wollte“ (Chrismon). Hörfunk (5.000 €): **Klaus Schirmer** für „Sich selbst fremd geworden. Wenn das Gedächtnis plötzlich weg ist“ (BR). Fernsehen (5.000 €): **Barbara Cervený** für „Mein Leben als Gehörloser“ (ProSieben). Ehrenpreis: Realschule Hilpoltstein für die Ausgabe „Spezial Sex“ der Schülerzeitung Egon.

Fahrstil – Das Radkulturmagazin (Göttingen) wurde mit dem European Design Award in Silber und dem iF communication design award in Gold ausgezeichnet.

Dr. **Gunter Hauptmann**, Vorstandsvorsitzender der Kassenärztlichen Vereinigung Saarland, wurde mit dem Medienpreis „Goldene Ente“ der Landespressekonferenz Saar ausgezeichnet. Der Negativpreis „Kröte“ ging an **Karl Rauber**, Kulturminister und Chef der Staatskanzlei.

Der Henri Nannen Preis wird vom Verlag Gruner + Jahr und dem Magazin Stern vergeben. Die Preisträger 2011 – Investigation: **René Pfister** wurde von der Jury für die beste Reportage „Am Stellpult“ (Spiegel) ausgezeichnet. Bei der Preisverleihung kam es zum Eklat. Es stellte sich heraus, dass der Autor niemals selbst am Ort des Geschehens, im Keller des Ferienhauses von Horst Seehofer war, obwohl er das sehr eindrucksvoll in seinem Text beschrieb. Die Jury erkannte den Preis daraufhin wieder ab, weil sie den „besonderen Anforderungen“ einer preiswürdigen Reportage damit nicht genüge. **Christine Kröger** für „Im Zweifel für den Staatsanwalt“ (Weser-Kurier); Dokumentation: ein elfköpfiges Autorenteam für „Ein deutsches Verbrechen“ (Der Spiegel); Humor: **Hans Zippert** für „Mich trifft der Schlag“ (Die Welt); Fotoreportage: **Stephan Vanfleteren** für „Es gibt was Neues hier seit gestern“ (DU – Zeitschrift für Kultur); Sonderpreis: **Susanne Leinemann** für „Der Überfall“, eine Geschichte darüber, wie sie selbst Opfer eines Raubüberfalls wurde (Zeit Magazin); Preis für Pressefreiheit: Redaktion der französischen Wochenzeitung Le Canard enchaîné;

Wie erscheint man / frau in der Rubrik leute / preise?

Durch unsere Auswertung von Pressediensten, Zeitungen, Informationen der Institutionen, Redaktionen, Verbände ... oder besser durch eigene kurze Mitteilung an die „Redaktion_M“: Fax (030) 69 56 36 76 oder per E-Mail: karin.wenk@verdi.de

Preis für sein publizistisches Lebenswerk: **Wolf Schneider**, Journalist, Sachbuchautor und Sprachkritiker, u.a. von 1978 bis 1995 Leiter der Hamburger Journalistenschule. Die Preisgelder betrugen insgesamt 35.000 €.

Der Herbert-Award, benannt nach dem legendären Sportreporter **Herbert Zimmermann**, ist ein Medienpreis von Sportlern für Journalisten. Die Preisträger 2011 – Sportfachzeitschrift: 1. Sport Bild; 2. Kicker; 3. Elf Freunde. Sportteil Tages- / Wochenzeitung: 1. Bild; 2. FAZ; 3. SZ. Sportauftritt Magazin / Wochenzeitschrift: 1. Der Spiegel; 2. Fit for Fun; 3. Stern. Sport-Internet-auftritt: 1. sport1.de; 2. sport.zdf.de; 3. kicker.de. Sportsendung: 1. „Das aktuelle Sportstudio“ (ZDF); 2. „Sportschau“ (ARD); 3. Sky Bundesligakonferenz (Sky). Sportexperte: 1. **Jürgen Klopp**; 2. **Franz Beckenbauer**; 3. **Sven Fischer**. Sportmoderator: 1. **Günther Jauch**; 2. **Frank Buschmann**; 3. **Gerhard Delling**. Sport-Livekommentator: 1. **Tom Bartels** (ZDF); 2. **Béla Réthy** (ZDF); 3. **Wolff-Christoph Fuss**. Newcomer des Jahres: **Kati Wilhelm**. Lifetime-Award: **Ernst Huberty**, früher langjähriger Moderator der ARD-„Sportschau“. Bild.de Publikumspreis – Emotionalste TV-Livereportage des Jahres: **Wolff-Christoph Fuss**.

Der Herbert Quandt Medien-Preis geht an „Journalisten und Publizisten, die sich in herausragenden und allgemein verständlichen Beiträgen mit der Rolle von Unternehmern und Unternehmen in der Marktwirtschaft auseinandersetzen“. Hörfunk (15.000 €): **Sabine Eichhorst** für „Laufschuhe aus dem Kuhstall“ (NDR Info); Fernsehen (15.000 €): **Marcus Niehaves** für die Reportage „Raus aus der Krise – Ein Jahr in der Schwabensmiede“ (ZDFinfo). Wirtschaftsbuch (10.000 €): **Joachim Käppner**, Redakteur bei der SZ, für „Berthold Beitz – Die Biographie“. Print (10.000 €): **Nikolaus Blome** und **Paul Ronzheimer** für die Artikel-Serie „Geheimakte Griechenland“ (Bild). Zu dieser Entscheidung der Jury gibt es Kritik. Die Bild-Berichterstattung über

die Situation in Griechenland wird als verleumderische Kampagne und als journalistisches Negativ-Beispiel in der Studie „Drucksache Bild“ der Otto-Brenner-Stiftung gebrandmarkt (S. 15 und Kommentar S. 3).

26. Internationales Dokumentarfilmfestival München – eine Auswahl der Preisträger. Internationaler Wettbewerb / Dokumentarfilmpreis des BR und der Telepool GmbH (10.000 €): „Khodorovsky“ von **Cyril Tuschi** (Deutschland). Wettbewerb Horizonte / Horizonte-Preis (3.000 €): „El Mocito“ von **Marcela Said** und **Jean de Certeau** (Chile). Deutscher Wettbewerb / BLM-Filmpreis (5.000 €): „Wadans Welt“ von **Dieter Schumann** (Deutschland). FFF-Förderpreis (5.000 €): „El Bulli – Cooking in progress“ von **Gereon Wetzel** (Deutschland). Speed Pitch Award für das beste Nachwuchs-Projekt (3.000 €): **Valerie Gudenus** (Zürich) für „Matru Sapanu“. Mimikri media Förderpreis (Sachpreis für Untertitelung): „Tiger-nase“ von **Lobsang Tashi Sotrug** (Schweiz).

18. Internationales Trickfilm-Festival Stuttgart – eine Auswahl der Preisträger. Internationaler Wettbewerb / Grand Prix (15.000 €): „The External World“ von **David O'Reilly** (Deutschland); Lotte-Reiniger-Förderpreis für Animationsfilm (10.000 €): „The Boy who wanted to be a Lion“ von **Alois di Leo** (Großbritannien); Lena-Weiss-Animationspreis für Menschlichkeit (5.000 €): „Wechselbalg“ (nach einem Märchen von Selma Lagerlöf) von **Maria Steinmetz** (Deutschland); SWR-Publikumspreis (6.000 €): „The Lost Thing“ von **Shaun Tan** und **Andrew Ruhemann** (Australien); Animationsdrehbuchpreis (2.500 €): **Konradin Kunze** für „Die letzte Welt“ (nach dem Roman von Christoph Ransmayr); Spezialpreis Music for Animation: **Corey A. Jackson** für die Musik in dem Film „The Cow who wanted to be a Hamburger“ von Bill Plympton; Sprecherpreis (2.500 €): **Christoph Maria Herbst** („Die Konferenz der Tiere“, Deutschland); Young Animation Award (2.500 €): „Bottle“ von **Kirsten Lepore** (USA); Kindertrickfilm (4.000 €): „Ente, Tod und Tulpe“ von **Matthias Bruhn**

(Deutschland); Kategorie AniMovie / Animations-Langfilm (2.500 €): „Chico y Rita“ von **Javier Mariscal**, **Fernando Trueba** und **Tono Errando** (Großbritannien / Spanien); Animated Com Award / Hauptpreis (10.000 €): „Death Penalty“ von **Pleix** für Amnesty International (Frankreich).

Steffi Illinger wurde für ihre Fernsehreportage „Traditionsbewusst, heimatverbunden, schwul – Eine ganz normale bayerische Volkstanzgruppe“ im Bayerischen Fernsehen mit dem Felix-Rexhausen-Preis 2011 ausgezeichnet. Der Bund Lesbischer und Schwuler JournalistInnen e.V. BLSJ vergibt den Preis seit 1998 jedes Jahr und würdigt damit ein besonderes publizistisches Engagement bei der Berichterstattung über Lesben, Schwule und Bisexuelle.

Katharina Iskandar und **Helmut Schwan** erhielten für ihre Berichterstattung in der FAS zu einer Frankfurter Polizeiaffäre den mit 10.000 € dotierten Medienpreis der Heinrich-Mörtl-Stiftung, mit dem Berichte über die Polizeiarbeit ausgezeichnet werden. Eine undotierte Anerkennung ging an **Ulrike Pflüger-Scherb** (Hessische / Niedersächsische Allgemeine, Kassel).

Der Journalistenpreis der deutschen Zeitungen / Theodor-Wolff-Preis wird vom Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) ausgelobt. Kommentar / Glosse / Essay: **Mely Kiyak** für „Liebe Sakineh Ashtiani!“ (Berliner Zeitung); Lokales: **Rena Lehmann** für „Ein Schnitzel und viele Verlierer“ (Rhein Zeitung) und **Jan Rübel** für „Die Tänzer von Zehlendorf“ (Berliner Morgenpost); Allgemeines: **Uwe Ebbinghaus** für „Der Zugnomade“ (FAZ) und **Kirsten Küppers** für „Das wieder gewonnene Gesicht“ (taz); Preis für das Lebenswerk: der Journalist und Autor **Klaus Harpprecht**. Die Preise sind mit je 6.000 € dotiert.

Ernst Kahl, zu dessen vielfältigen künstlerischen Aktivitäten auch des Drehbuchs schreiben und Filmemachen gehört, erhielt den mit 10.000 € dotierten Wilhelm-Busch-Preis 2011. Der mit insgesamt 1.500 € dotierte Wilhelm-Busch-Förderpreis für humoristische und satirische Versdichtung ging an **Barbara Bürger**, **Antje Mesdag** und **Fritz Hans Rückel**.

Der Karl Theodor Vogel Preis der Deutschen Fachpresse / Fachjournalist des Jahres wird von der Deutschen Fachpresse in Kooperation mit der Karl

Theodor Vogel Stiftung (Würzburg) verliehen. 1. Preis (7.500 €): **Mathieu Klos** für „Standortvorteil“ (Juve Rechtsmarkt); 2. Preis (5.000 €): **Jan-Henrik Mende** für „Veränderte Verhältnisse“ (LebensmittelZeitung); 3. Preis (2.500 €): **Michael Ziesmann** für „Zerreißprobe statt Wertschöpfung“ (Absatzwirtschaft).

Jasmin Klofta und **Anne Ruprecht** erhalten für den Beitrag „Aktienbetrug – Journalisten unter Verdacht“ („Zapp“, NDR) den mit 5.000 € dotierten Förderpreis für Wirtschaftspublizistik der Ludwig-Erhard-Stiftung.

Der Bundesverband der Film- und Fernsehregisseure e.V. (BVR) verleiht in diesem Jahr zum ersten Mal den Deutschen Regiepreis Metropolis. Den dort integrierten Ehrenpreis der VG Bild-Kunst für ein Lebenswerk erhält der Filmemacher **Peter Lilienthal**.

LFK-Medienpreise der Landesanstalt für Kommunikation Baden-Württemberg für Radio- und Fernsehbeiträge – eine Auswahl der Preisträger. Hörfunk / Information: 14-köpfiges Team von DIE NEUE 107,7, Stuttgart; Unterhaltung: **Susanka Bersin**, **Yo Yo Nickel**, **Hans Blomberg**, **Daniel Spieker**, **Patrick Morgan**, **Karsten Kröger** (bigFM, Stuttgart); Volontäre: **Mareike Makosch** (DIE NEUE 107,7); Nichtkommerzielle Veranstalter, Hochschulen, Ausbildungseinrichtungen: **Philipp Eckstein** (Radio Dreyeckland, Freiburg). Fernsehen / Aktueller Beitrag: **Katrin-Cécile Ziegler**, **Heide-Marie Joos** (REGIO TV Bodensee, Friedrichshafen); Hintergrundberichterstattung: **Herbert Kreuz**, **Patrick Allgaier** (TV Südbaden, Freiburg); Reportage: **Norbert Lang**, **Fabian Esther**, **Daniela Fournes** (Rhein-Neckar-Fernsehen, Mannheim); Volontäre, Hochschulen, Ausbildungseinrichtungen: **Maximilian Williams** (Institut LernRadio, Hochschule für Musik Karlsruhe) und ein 9-köpfiges Team von uni.tv freiburg. Insgesamt wurden Preisgelder in Höhe von 33.000 € vergeben.

Lokaljournalistenpreis der Konrad-Adenauer-Stiftung 2010 – 1. Preis: Südkurier (Konstanz) für sein Relaunch-Konzept; 2. Preis: Sächsische Zeitung (Dresden) für den „SZ-Krankenhausführer 2010“; Kommunalpolitik: Badische Zeitung für die crossmediale Berichterstattung zur Oberbürgermeisterwahl; Freizeit: Berliner Morgenpost für das Konzept „Berlin live“; Schule: Braunschweiger Zeitung für die Serie „Der große Schultest“; Investigativer Journalismus: Hamburger Abendblatt für die Berichterstattung zu einem Abschiebeskandal; Wirtschaft: Neue Presse Hannover für die Serie „Unternehmensporträts“; Zeitgeschichte: Oranienburger General-Anzeiger für die Serie „20 Jahre Wiedervereinigung“ und Thüringer Allgemeine für die Serie „Meine Wende“; Lokalsport: Westfälische Rundschau für die Sonderveröffentlichungen „Unsere Sportschau“.

Der Marler Fernsehpreis für Menschenrechte 2011 wurde vom Bezirk Ruhrgebiet Mitte von Amnesty International ausgeschrieben. Magazin Inland: **Nicola Timm** und **Thomas Reutter** für „Vertreibung für deutsche Bioproducte – Die dubiosen Lieferanten der Biobranche in Kolumbien“ („Report Mainz“, SWR); Magazin Ausland: **Georg Restle** für „Russland – Auftragsprügel – Der Fall Oleg Kaschin“ („Weltspiegel“, NDR); Dokumentation Inland: **Tina Soliman** für „Zur Heirat verurteilt“ („37°“, ZDF); Dokumentation Ausland: **Ina Ruck** und **Stephan Stuchlik** für „Mord in Moskau – Wer erschoss den Menschenrechtler Markelow?“ (WDR); Spielfilm: **Alrun Goette** für „Keine Angst“ (WDR); Sonderpreis: **Gerd Ruge**, langjähriger ARD-Auslandskorrespondent; Ehrenpreis: **Pia Schrörs**, China-Korrespondentin der Mediengruppe RTL Deutschland, und RTL-Chefredakteur **Peter Kloeppel** für fünf Reportagen unter dem Titel „Chinas ungehörte Hilfeschreie“.

Medienpreis des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) 2010 – Fernsehen: **Martin Suckow-Rewer** für „Der lange Weg zur Gerechtigkeit“ („hier und heute“, WDR Fernsehen); Print: **Roland Kirbach** für „Der Kinderknast von Lesbos“ (Die Zeit); Hörfunk: **Svenja Pelzel** für „Weinen alleine hilft nicht“ (Deutschlandradio Kultur). Der Preis ist mit insgesamt 10.000 € dotiert.

Starter-Filmpreise der Stadt München für den Regie-Nachwuchs (je 6.000 €): **Mareille Klein** und **Julie Kreuzer** („Auf Teufel komm raus“); **Jesper Petzke** („Wie Matrosen“); **Christine Repond** („Silberwald“). Produktionspreis von Arri Film & TV (6.000 € an geldwerten Leistungen): **Daria Onyshchenko** („Dogs of Ukrainka“).

Studio Hamburg Nachwuchspreis – Drehbuch: **Sophie Heldmann** (DFFB) für „Satte Farben vor Schwarz“; Regie: **Alexander Dierbach** (HFFM) für „Uns trennt das Leben“; Produktion: **Stefan Gieren** für „Raju“ von Max Zähle

(Hamburg Media School); Kurzfilm (Publikumspreis): **Steffen Cornelius Tralles** für „Listenhunde“; Sonderpreis Bester Film: **Andreas Kannengießer**, **Nico Woche** und **Anna Wendt** für „Vergiss Dein Ende“. Günter-Strack-Fernsehpreis / Nachwuchsdarstellerin: **Liv Lisa Fries** für „Sie hat es verdient“ von Thomas Stiller; Nachwuchsdarsteller: **Joel Basman** für „Picco“ von Philip Koch. Hamburger Krimipreis zu Ehren Jürgen Rolands: **Christian Zübert** für „Tatort: Nie wieder frei sein“. Der Preis ist mit insgesamt 45.000 € dotiert.

VIR-Journalistenpreis des Verbands Internet Reisevertrieb e.V. – 1. Preis: Online-Reisedredaktion von zeit.de; 2. Preis: Online-Reisedredaktion von sueddeutsche.de; 3. Preis: Spiegel Online.

Günter Wallraff wurde für den Dokumentarfilm „Schwarz auf Weiß“ (WDR / ARTE) beim New York Festival mit der Goldmedaille in der Kategorie Investigativer Report ausgezeichnet.

WorldMediaFestival 2011 in Hamburg – zwei Preisträger: Hauptpreis intermedia-globe Grand Prix, Jury-Sonderpreis Grand Award, intermedia-globe Gold / Documentaries: „Das Beethoven-Projekt. Eine Musikdokumentation mit Paavo Järvi und der deutschen Kammerphilharmonie Bremen“ (DW-TV). Intermedia-globe Gold / Internal Communication: „Stories“ (Regie: **Ian Thomson**, Hafengold Film und Post productions, Hamburg).

Max Zähle (Hamburg Media School) gewann mit dem Kurzspielfilm „Raju“ den mit 2.000 \$ dotierten bronzenen Studenten-Oscar der Academy of Motion Picture Arts and Sciences (Los Angeles).

Nina C. Zimmermann, Redakteurin für die Ressorts Gesundheit und Ernährung beim dpa-Themendienst, wurde „für ihre hervorragende Berichterstattung über Herz-Kreislauf-Erkrankungen“ von der Deutschen Herzstiftung ausgezeichnet.

Anzeigen

Kleinanzeigen schalten:
haertig@nwmd.de

CINQUE TERRE
WANDERN & MEER

FeWo oder Haus mit Terrassen,
traumhafter Meerblick.
Idealer Ausgangspunkt zum
Wandern + Schwimmen im Meer.

www.arucca.com
Tel+Fax 0039-0187-821304

Titelschutzanzeige

Unter Hinweis auf § 5 Abs. 3
MarkenG nehme ich Titelschutz
in Anspruch für:

**Hinter der Zahnlücke
– Wagners wahre Welt –**
in allen Schreibweisen
und Darstellungsformen.

Wulf Beleites
Osterstr. 19 · 20259 Hamburg

Pressestellenanzeigen erhalten einen Rabatt von 30 % auf den Grundpreis.

Bei Fragen steht Ihnen Frau Claudia Härtig unter der
Telefonnummer (030)255 94 160 gern zur Verfügung.

SOZIALVERBAND

VdK
BAYERN

Zukunft braucht Menschlichkeit.

Ob Rente, Behinderung, Gesundheit oder Pflege,
Fachkompetenz in allen sozialpolitischen Fragen.

Michael Pausder, Pressesprecher

Schellingstraße 31 · 80799 München · Tel. 089 / 21 17-217

Fax 089 / 21 17-280 · pausder@vdk.de · www.vdk-bayern.de



+++ Streik +++

Qualität kostet!
Und dabei ist Geiz gar nicht geil!

Tausende Redakteure und Drucker protestierten auf dem Römer in Frankfurt am Main und in anderen Verlagsorten bundesweit gegen den arbeitgebergewollten massiven Tarifabbau.

Eine gemeinsame EXTRA-Ausgabe von DRUCK+PAPIER und MENSCHEN MACHEN MEDIEN wird im Juli über den aktuellen Stand der Tarifverhandlungen in der Druckindustrie, in Zeitungsverlagen und Redaktionen berichten (Infos Seite 4)!

Fotos: Bert Bostelmann (7), Jürgen Seidel (2), Joachim E. Rötgers (3), Christian von Polentz (2)

